

schaftliche Betriebe gehabt in der Steiermark. (Abg. Mag. Rader: „Du sagst, das hat nicht funktioniert!“) Das hat schon funktioniert. (Abg. Mag. Rader: „Du sagst, daß das nicht funktioniert, was Erzherzog Johann gemacht hat. Du hast den Erzherzog Johann verleugnet!“) Also, jetzt hat Dr. Maitz wirklich recht, du bist doppelzüngig. (Abg. Mag. Rader: „Ich habe den Erzherzog Johann nicht verleugnet!“) Lieber Kollege Rader, so billig erwischst du mich sicher nicht. Zur Jahrhundertwende, weißt du, wie damals die ganze agrarische Situation war? Genau in der Richtung hat sie sich entwickelt, wie sie jetzt bei der Tür hereinschaut, der Großliberalismus hat dort die steirische Bauernschaft zu Zehntausenden in den Konkurs und in die totale Verschuldung getrieben. Damals zu dieser Zeit war die Gründungsphase der Genossenschaften, der Interessensvertretung, auch der demokratischen Vertretung. Wir haben das Prinzip, daß jeder Bauer ein Stimmrecht hat, nicht nach Hektar, nicht nach Einheitswert, lieber Freund. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Rader: „Was ist daraus geworden?“) Da haben wir keine Probleme. In der EG sind einige Dinge anders gelaufen. Buchberger Bertl hat da immer offensiv agiert. Die EG ist für uns leider ein Faktum, das können wir uns nicht aussuchen. Wir haben also in der EG zur Kenntnis zu nehmen, daß wir uns einem Wettbewerb zu stellen haben, aber wir haben ein EG-Memorandum entwickelt, unter welchen Bedingungen die Landwirtschaft dort bestehen kann, und einige Entwicklungen in der EG sind Gott sei Dank vernünftig gelaufen. Wie auch jetzt in den GATT-Auseinandersetzungen nachgewiesen ist, daß diese bäuerliche Landwirtschaft nicht auf dem Papier, sondern im konkreten Entscheidungsbereich wirklich auch funktionieren muß.

Verehrte Damen und Herren! Es gibt auch eine Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Bauern. Zwischen Voll- und Nebenerwerb und wer wo und wie vertreten ist. Eine Geschichte habe ich schon erzählt. Lies einmal den Huber-Plan. Da schaue ich mir an, wie das geht. Wenn das kein Klassenkampf ist, dann sage ich nichts mehr. Da haben der Kollege Zellnig und ich eine ganz enge Bindung, da haben wir nie Probleme gehabt. Das ist fast symptomatisch. Der Kollege hat einen Betrieb mit 53 Hektar und ich mit sieben Hektar. Beide vertreten wir die Voll- und Nebenerwerbslandwirtschaft. (Beifall bei der ÖVP.) Da haben wir keine Unterschiede. Ich bin selbst zwei Jahre arbeiten gegangen. Ich habe selbst angefangen mit Ferkel-, mit Rinderzucht, mit Bohnen, mit Minimals, mit Gurken und habe engstens kooperiert mit unseren bäuerlichen Interessensvertretungen und vor allem mit den Vermarktungseinrichtungen, die heute ebenfalls kritisiert werden. Und nicht nur GATT, EG und Osten, sondern vor allem die Vermarktungsstrukturen, die Großmärkte. Da sind eigentlich in der Grundkonsequenz sehr viele Sachzwänge, die uns direkt und indirekt in Entscheidungen pressen, die auch nicht in das bäuerliche Vorstellungsbild hineinpassen. Nur, eines darf man auch nicht vergessen: Die Glocken läuten. Ich könnte da einige Dinge vorlesen. Es gibt auch Länder, die sich im Westen verspekuliert haben – denken wir an die holländische Landwirtschaft. In der „Süddeutschen Zeitung“ ein Artikel, liebe Freunde: „Der Gemüsegarten ist verseucht. Das Image der Landwirtschaftsprodukte ist miserabel“

und, und – da wird die Gundi klatschen –, aber was schreibt dieser Journalist, der Sigi Weidemann? (Abg. Kammlander: „Ich bin heute ein bißchen zu langsam!“) Ja, du bist spät liegen gegangen; das weiß ich eh. „Schon der Name Holland genügt, um die Käufer abzuschrecken.“ Nächste Passage, der Befund des Reporters: „Niederländische Produkte zu verkaufen, ist eine undankbare Aufgabe. Die Händler bieten zwar holländische Produkte an, vermeiden jedoch, das Herkunftsland anzugeben.“

Und was haben wir in der Steiermark gemacht? Die gesamte Palette könnten wir anbieten. Es gibt eine steirische Tageszeitung, die sich mit Überzeugung und durchargumentiert zu schreiben traut: „Österreich kann der Tafelspitz Europas werden.“ Das ist ein entscheidender, richtiger Weg, wo wir vor allem – (Abg. Kammlander: „Eine Delikatesse!“) ja – eine breite Palette von der Bauernvertretung her, sozusagen von den Zwangsgliedern her – wenn ihr es schon so haben wollt, daß wieder ein wenig Schwung hineinkommt – (Abg. Mag. Rader: „War das die ‚Tagespost‘?“) Leider nicht, leider nicht. Es ist ein objektives Medium gewesen. Weil da würdest du sagen: „Das sind die Rußkehrer.“ Das könnte schon möglich sein. (Abg. Mag. Rader: „Was hast du gesagt?“) Du kennst ja die Spezialbegriffe in der Obersteiermark, da werden sie meistens gehandelt: „Die Kohlsäcke“, habe ich erzählen gehört. Das soll nicht ganz objektiv sein. Du kennst dich bei so etwas sicher nicht aus. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Er ist kein Demagoge!“ – Abg. Dr. Maitz: „Er kennt sich dabei nicht aus!“) Du tust nur so.

Nur, wir haben eine sehr klare und präzise Palette, einen Schwerpunkt, an den Tag gelegt, wo diese Bauernvertretung konsequent Interessensvertretung vertritt und konkret ausübt. Und ich wäre sehr dankbar, Kollege Zellnig, wenn du in einigen Dingen mitgehen würdest, wenn es konkret wird, wenn es um die Bauerninteressen geht. Hast du jetzt irgendwo einen gehört, über den Milchpreis einen Wirbel zu schlagen, wo Abschlüsse in anderen Bereichen gemacht werden und die Bauern mit den Milchpreiserforderungen draußen bleiben? Schauen wir die Dinge ganz konkret an! Im sozialen Bereich haben wir gewaltige Dinge erreicht – Gott sei Dank. Und ich glaube vor allem, daß es klar ist, daß wir um unsere Interessen kämpfen müssen, eine nach der anderen: für die bäuerlichen Familien, für den Schutz des Eigentums, was die Einheitswerterhöhungen betrifft, laufend Anläufe immer wieder unmittelbar da, praxismgerechte Vermarktung bäuerlicher Produkte, in unseren Unterlagen Gott sei Dank genauso wie in den Zellnig-Vorstellungen drinnen; eine Gewerbeordnung, wo der Bauer für eine Direktvermarktung Freiheit bekommt – da haben wir überhaupt keine Probleme. Dieser Freiraum muß dem Unternehmer Bauer selbstverständlich geschaffen werden, aber im Einklang auch mit unserem ländlichen Raum und der gesamten Gastronomie- und Fremdenverkehrswirtschaft – nicht unbedingt auch dort den Klassenkampf. Wenn wir keine weltweite Bauernvertretung hätten und da auch in der Steiermark hätten – da sind wir uns Gott sei Dank einig in diesen zentralen Fragen: GATT, EG und solchen Dingen. Nur brauchen wir konkrete Maßnahmen: die Grenzlandförderung, die Hügellandförde-

rung, die gewaltige Steigerung, was die Direktzuschüsse betrifft, die massive Unterstützung mit dem Schwerpunkt Ökologie und Marketing. Im konkreten muß das passieren, von unter her tragen. Das ist also eine entscheidende Frage. Und die Gundi Kammländer geht mich immerfort wegen der Biobauern an: Gar keine Probleme. Ich sag's jetzt noch einmal: Wir haben 600. Da haben wir überhaupt keine Probleme. Wir haben die Beratung verdoppelt – überhaupt keine Probleme. (Abg. Rainer: „Auch nicht mit der Handelskammer?“ – Abg. Kammländer: „Sag' die Zahl. Von einem halben auf einen ganzen?“) Was, von einem halben auf einen ganzen? Du mußt den Landeskammerrat oder irgendwie mich einmal direkt fragen, dann sage ich es dir. Es sind schon mehrere. Wir sind ja nicht einäugig, wir kooperieren sogar. (Abg. Kammländer: „Es ist doppelt, ob ich das von eins auf zwei oder von 10 auf 20 mache!“) Wir sind schon viel weiter, als du denkst. Wir kooperieren bereits mit der ÖAR. Alle guten Leute müssen wir dort anzapfen. Wir machen miteinander Veranstaltungen, wo der Pörtl Erich und auch der Übergangsberater auftreten. Wir sind ja doch nicht so schmal programmiert. Die Sache ist entscheidend! (Abg. Kammländer: „Bravo. Es hat lange gedauert!“) Nein, das hat nicht gedauert! Wir müssen ja auch die Konsumenten mitzuchten, liebe Gundi Kammländer. Ich weiß nicht, ob du alles Biologische schnabelst; so sicher bin ich mir nicht. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kammländer: „Der Wein war biologisch!“) Ja, wenn du dazukommst. Ich bin mir nicht ganz sicher, daß du heute nacht alles Biologische erwischt hast. Nicht einmal ein Stampferl Schnaps wirst du erwischt haben – ein gesundes Bauernprodukt.

Ich muß mich in die Hand nehmen, verehrte Damen und Herren. (Abg. Mag. Rader: „Die Zwischenrufe ziehen wir ab!“) Nein, das macht mir gar nichts aus. Zwischenrufe sind für mich keine Probleme. Ja, das paßt schon. Ich pack' das jetzt eh locker z'samm'. Ich will jetzt praktisch sozusagen in die Zielgerade kommen.

Ich stelle abschließend noch einmal fest: Die Spielereien mit der bäuerlichen Interessensvertretung – ich sage ganz bewußt die Spielereien – lasse ich mir demokratiepolitisch gefallen, kann man ohne weiters probieren. Wir werden uns dieser Herausforderung stellen. Nur, eines steht ganz klar fest: Wir Bauern lassen uns mit Volksabstimmungen nach dem Volksrechtgesetz nicht durch die Gassen jagen. Das steht ganz klar fest! (Abg. Mag. Rader: „Das Gesetz ist von euch!“) Nein, nein, deinen Antrag lies selber durch (Abg. Mag. Rader: „Dazu brauchen wir kein Gesetz!“), und wenn du den bei jeder Bauernversammlung vorliest, dann mußt du in der Nähe der Türe stehen, daß das gut ausgeht – das sage ich dir. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Rader: „Damit ich dich hinauslassen kann!“) Da bin ich mir nicht so sicher, daß das gut geht. Weil so viel Realismus haben wir schon: Lob und Anerkennung für die Bauern allgemein schon, aber im Supermarkt läßt das gewaltig nach. Daher müssen wir für unsere Interessen kämpfen, Maßnahmen, Marketing machen. Schön vorsichtig sein! Ja, da machen wir 20 Vereine (Abg. Kammländer: „Lieber Erich, ich werde sie dir alle aufzählen!“), die hetzt gegeneinander, und dann bin ich gespannt, ob du irgendeine Entscheidung herausbringst. Da kenne ich mich gut

genug aus auf dem Gebiet. Denke an den Fremdenverkehr: Da ist der Herr Mag. Rader gestanden, warum wir noch kein Fremdenverkehrsgesetz haben, daß die Trittbrettfahrer auch endlich mitzählen müssen, und die Frau Landesrat Klasnic muß endlich etwas tun (Abg. Mag. Rader: „Ein Herr Landesrat war das, der Landesrat Fuchs!“), und der Präsident hat immer gesagt: „Gut Ding braucht Weile.“ Dort willst du voll, sozusagen mit dem Oberdruck, niederdrücken – Zwangsmitgliedschaft, alle mit –, aber da, wo wir das haben, demokratische Voraussetzungen, wo jeder mitmischen kann – (Abg. Mag. Rader: „Ich muß das berichtigen!“) Du kannst ruhig berichtigen, aber das ist meine Meinung. Das gehört auch dazu. (Beifall bei der ÖVP.) Auf dieser Ebene gehen wir unseren eigenen Weg.

Und jetzt zum Schluß: Wir haben die verschiedenen Rahmenbedingungen ausgeleuchtet. Es gibt aber auch noch, ohne daß ich dramatisiere, Wissenschaftler auf der Welt, die Weltmodelle errichten. Und wenn man so einen Vortrag einmal erlebt hat, dann werden alle miteinander kleinlaut. Wißt ihr, was die sagen? Die Menschheit, die Bevölkerung explodiert, genau statistisch nachgewiesen und auch begreifbar; die Reichen werden reicher und älter, und die Armen werden ärmer und mehr. Was sich da in der Zukunft abspielt, werden wir vielleicht in 20 Jahren ganz anders diskutieren. Da gilt das, was der Gerhard Hirschmann redet. (Abg. Weilharter: „Jetzt reden wir von den steirischen Bauern!“) Jetzt sind wir genau dort. Die Biomasse wird weltweit weniger. Weißt warum? Weil die nicht bäuerliche Land- und Forstwirtschaft leider die Welt regiert auf weiten Gebieten, und daher haben wir recht, ohne daß wir da die Wichtigsten auf der Welt sein wollen, weil der Treibhauseffekt kommt nicht aus den bäuerlichen Schornsteinen, sondern aus der industriellen Denkungsweise, der unnatürlichen Form, wie man auf dieser Welt lebt. Daher lassen wir uns Bauern in keinsten Weise ignorieren, deprimieren, sondern wir gehen mit unseren Konsumenten, mit den Marktstrukturen offensiv als Unternehmer mit unseren Partnern in die Zukunft. Das ist in dem Budget drinnen. Das werden wir in Zukunft offensiv vertreten. Ich danke euch allen und bitte um Vergebung, ich denke, es ist ein wenig mehr gewesen, als es hat sein dürfen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 14.15 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter (14.16 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich muß eingangs zwei Agrardebatten in diesem Haus revidieren. Ich habe im Jahre 1987 anläßlich der Budgetdebatte zur Gruppe Landwirtschaft meine Freude zum Ausdruck gebracht, daß die Bauernvertreter bereit waren, ihre Solidarität der Landwirtschaft und den Bauern gegenüber kundzutun, indem sie sich damals in unsere wunderschöne Landestracht begeben haben, nämlich in das sogenannte „Sonntagsg'wand der Bauern“, in den Steireranzug. Dieses Bild hat sich innerhalb von zwei Jahren geändert. Nicht nur hier im Haus, sondern im speziellen Sinne auf unseren landwirtschaftlichen Höfen draußen. Heute ist die Situation so, daß nur mehr die Kammerfunktionäre den Steirer-

anzug tragen, denn unsere Bauern können sich ihn nicht mehr leisten. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Blöder geht es nicht mehr!“ – Abg. Schützenhöfer: „Das war besonders geschickt. Du hättest die Rede vom Rader durchlesen lassen sollen!“ – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Laß den Rader reden!“)

Ich bin auch bereit, eine zweite Aussage zu revidieren. (Abg. Dr. Hirschmann: „Was revidierst du?“) Lieber Kollege Dr. Hirschmann, ich warte auf deine Beiträge zur Landwirtschaft. Du kannst dich dann gerne zu Wort melden. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ein Höhepunkt des Landtages!“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Rader hat dir einen Hund angetan!“)

Vor einer Woche haben wir hier in diesem Haus sehr ausführlich zum Thema Landwirtschaft und im besonderen zur Landwirtschaftskammer debattiert. Ich habe damals erklärt, daß es ein sogenanntes offizielles Organ der sogenannten überparteilichen steirischen Bauernkammer gibt, nämlich die Zeitung „Die landwirtschaftlichen Mitteilungen“. Ich muß auch diese Aussage revidieren, denn bei Durchsicht dieser Zeitung vom 1. Dezember dieses Jahres bin ich dahintergekommen, und es wird mir bestätigt, daß ein Gutteil dieser Zeitung Sprachrohr oder offizielles Organ des Bauernbundes ist. (Abg. Pörtl: „Dann mußt du halt inserieren!“) Weil dieser Zwischenruf vom Kollegen Pörtl kommt, man sollte in dieser Zeitung inserieren. Mich würde interessieren, welchen Kostenbeitrag der steirische Bauernbund für dieses halbseitige Inserat geleistet hat. Ich hoffe, die Kammer wird mir darüber Auskunft geben. (Abg. Mag. Rader: „Da mußt du den Rechnungshof fragen!“ – Abg. Ing. Stoisser: „Wenn der Rechnungshof die Parteien auch noch überprüft, dann bist du dran!“ – Heiterkeit bei der ÖVP.) Ich glaube aber in der Situation, in der sich unsere Landwirtschaft jetzt befindet, sollte man doch bemüht sein, allen Ernstes auf ein paar Dinge näher einzugehen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wie war das mit dem Sonntagsanzug? Das habe ich vergessen!“ – Abg. Ing. Stoisser: „Steireranzug!“) Es ist bekannt, daß wir in der Steiermark und darüber hinaus bundesweit uns beklagen über das Bauernsterben. So weist die Statistik im Jahre 1950 noch eine Million Vollerwerbsbauern in Österreich aus, so sind es heute nur mehr 250.000. Eine ähnliche Entwicklung haben wir heute auch in der Steiermark. Wir haben auch einen Rückgang der Vollerwerbsbetriebe im landwirtschaftlichen Bereich, und das wird auch bestätigt in einer Aussendung der steirischen Landwirtschaftskammer. Man zählt im Jahre 1989 nur mehr 57.000 Bauern in der Steiermark. Ein Gutteil dieser landwirtschaftlichen Betriebe sind Kleinbetriebe. Ich verstehe dann den Präsidenten Pörtl nicht ganz, wenn er in seinen Ausführungen vor mir auf die internationalen Probleme der Landwirtschaft eingeht, aber er bezeichnet sich selbst in diesem Haus immer als sogenannter Anwalt der Kleinlandwirte. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist er auch!“) Zur steirischen Landwirtschaft und zur Mehrheit unserer Bauern habe ich wirklich eine dezidierte Aussage vermisst. (Abg. Pörtl: „Wir sind Bauernvertreter. Da kannst du nicht die Kurve kratzen!“) Es könnte nämlich dem Präsidenten Pörtl passieren, daß er die steirischen Agrarzahlen und die Entwicklung der Landwirtschaft offenlegen muß. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das tut er jedesmal!“) Da darf ich mit einem Beispiel die

Situation unserer Bauern untermauern. Als der jetzige Vizekanzler, der damalige Landwirtschaftsminister – (Abg. Grillitsch: „Riegler ist das!“) Das ist noch nicht sicher, aber ihr wißt es schon. Es ist nicht sicher, wie lange. Aber der derzeitige Vizekanzler und damalige Landwirtschaftsminister (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Sehr spannend. Tu' nur weiter!“) hat bei seinem Antritt als Landwirtschaftsminister die Bauern in der Steiermark und bundesweit aufgefordert, damit in Österreich die Überproduktion in den Griff gebracht wird, nur im Bereich der Milchwirtschaft die Liefermengen zu reduzieren. (Abg. Grillitsch: „Wer hat das versucht?“) Lieber Kollege Grillitsch, war dieser Aufruf nicht von deinem Schwager, vom Vizekanzler Riegler? (Abg. Grillitsch: „So ein Blödsinn!“) Hat er aufgerufen, die Produktionsmengen zurückzunehmen? Die Bauern waren immer gutgläubig und sind diesem Aufruf gefolgt. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du verstehst ja nichts!“ – Abg. Grillitsch: „Und du kommst aus der Obersteiermark!“) Du wirst ja nicht sagen, daß dein Schwager damals einen falschen Aufruf getätigt hat. (Abg. Grillitsch: „Einen ganz richtigen!“) Das beweist und belegt unsere Landwirtschaftskammer in der Steiermark. So wurde die Produktionsmenge am Milchmarkt innerhalb der Steiermark um gut 10 Prozent, um den sogenannten Rieglerwunsch, zurückgenommen. Gleichzeitig, hat der damalige Landwirtschaftsminister Riegler angekündigt, wird er die Bauern dafür belohnen, nämlich, daß der Absatzförderungsbeitrag abgeschafft wird. (Abg. Grillitsch: „Um wieviel ist er hinuntergegangen?“) Die Bauern sind diesem Wunsch gefolgt. Der Absatzförderungsbeitrag ist aber leider, sehr wohl in einem verringerten Ausmaß, aber leider geblieben. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Noch verringert!“ – Abg. Grillitsch: „Sie haben keine Ahnung!“)

Ähnlich war die Entwicklung in einem weiteren Bereich unserer Milchwirtschaft. Es wurde angekündigt, wenn die Bauern freiwillig bereit sind, die Produktionsmengen zu reduzieren, daß insgesamt der Milchpreis attraktiviert wird und daß sehr wohl auch über den Transportkostenausgleich eine Objektivierung erfolgen wird. Das wurde ja angekündigt. Die Bauern waren im guten Glauben, in der Hoffnung und haben damals noch im Irrglauben dem (Abg. Grillitsch: „Wieviel wurde ausgehandelt?“) Bauernbund anlässlich der damaligen Kammerwahl das Vertrauen geschenkt. Das wird sich ja im Frühjahr ändern, denn die Situation ist ja heute folgende: Wir haben bundesweit durchschnittlich 37 Groschen Transportkostenausgleich, und der damalige Landwirtschaftsminister und Oberbauernvertreter Riegler hat es geschafft (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Von den Erfolgen des Herrn Muhrer mußt du sprechen!“), daß in seiner Amtszeit als Landwirtschaftsminister der Transportkostenausgleich in Wien, bitte – wo es im ganzen Bereich des Bundeslandes Wien keine Kuh und keine Milchproduktion mehr gibt – (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wirklich?“), 86 Groschen betrug. Wir, die steirischen Bauern (Abg. Erhart: „Eichtinger versteht etwas von den Bauern, weil er ein Bauernfänger ist!“), zahlen daher 10 Groschen über dem Bundesdurchschnitt und müssen diese Regelung, die Ihr damaliger Landwirtschaftsvertreter, Ihr Vizekanzler, genehmigt hat, in Kauf nehmen. Er war ja – ich hoffe es; ich lasse mich ja gerne belehren, wir sind ja sehr lernfähig – (Abg. Prof.

Dr. Eichtinger: „Du mußt noch viel lernen!“ mit Sicherheit bei den Preisverhandlungen in der Paritätischen Kommission dabei. (Abg. Grillitsch: „Zellnig, heute tust du dir leicht – nach ihm!“)

Meine Damen und Herren, aber zurück in die Steiermark. In der Steiermark hat es den Anschein, daß in der Agrarpolitik ein sogenannter neuer Weg gegangen wird. Der zuständige Referent der Regierung hat ja sehr lautstark und sehr mediengewaltig die sogenannte „steirische Agrarmilliarde“ angekündigt. Und diese Ankündigung (Abg. Grillitsch: „Du hast das Budget nicht gelesen!“) ist ja in einer Aussendung der Bauernbundzeitung „Neues Land“ vom 2. Dezember nachzulesen. Da sind ja die Agrarschwerpunkte dieser steirischen Landesregierung festgehalten. Verwunderlich ist wirklich ein Punkt in diesem Bereich: (Abg. Grillitsch: „Hast du die Zusatzerläuterungen gelesen?“) Da wird der Budgetansatz für die Sicherung des Viehabsatzes um 11 Millionen Schilling reduziert. Und es mag nur ein Zufall sein – niemanden etwas zu unterstellen – (Abg. Grillitsch: „Hast du die Erläuterungen gelesen? Erkläre sie!“), daß genau diese 11 Millionen Schilling im Personalaufwand im Kammerbereich aufgestockt werden. Das heißt im Klartext: Die Existenzsicherung unserer Viehbauern und das vorgesehene Geld, die Budgetmittel, werden verwendet, um die Agrarbürokratie in der Steiermark fortzusetzen. (Abg. Pörtl: „Du mußt mit den Bauern auf den Viehmärkten darüber reden!“) Lieber Kollege Pörtl, ich habe sehr viel Gelegenheit, auch als Betroffener, auf den Viehmärkten mit den Bauern darüber zu reden. (Abg. Pörtl: „Mache eine Exkursion nach Südtirol!“) Das ist ja bitte die Ursache, daß die Züchter, die Bauern, die dem Zuchtviehverband angehören, zur Zeit kaum mehr ihre Zuchtrinder verkaufen können (Abg. Grillitsch: „Du bist so weit weg von den Dingen!“), da die steirischen Bauern ja auf Grund des Agrarbudgets eine Schlechterstellung – (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Gegenüber Kärnten!“) genau, ich danke für den Hinweis – gegenüber den Kärntner Bauern haben. (Abg. Grillitsch: „Du bist entfernt von der Realität!“) In Kärnten gibt es sehr wohl die Von-Bauer-zu-Bauer-Prämie. Und eingeführt wurde diese Prämie unter der Federführung eines freiheitlichen Agrarreferenten in Kärnten.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, man könnte bei Durchsicht dieser Ankündigung noch auf viele Punkte der Agrarmilliarde kommen. Es ist auch bemerkenswert, daß die sogenannte Betriebssicherung, die Besitzfestigung, eine wesentliche Bauernfinanzierung, um 50 Prozent reduziert wurde. Es ist aber auch innerhalb dieser Agrarmilliarde bemerkbar, was dieser Landesregierung und dem politischen Referenten die Umwelt im agrarischen Bereich wert ist, nämlich wenn ich da lese: Für den Fonds zur Rettung des Waldes sind überhaupt nur lächerliche 500.000 Schilling vorgeschlagen.

Meine Damen und Herren, ich erspare mir jetzt die weitere Aufzählung dieses Agrarbudgets. (Abg. Grillitsch: „Muß ich dir eine Liste geben?“) Ich darf – und es ist ja nachvollziehbar; diese Aussendung von seiten des Bauernbundes hat ja jedes Mitglied dieses Hauses, ich erspare mir daher die weitere Aufzählung – aber abschließend festhalten: Jene Damen und Herren, die hier in diesem Haus diesem Agrarbudget, dieser soge-

nannten Agrarmilliarde, die in Wahrheit eine Roßtäuscherei gegenüber unseren Bauern ist, zustimmen, die bedienen sich (Abg. Freitag: „Das ist ein mitreißender Redner!“) einer Täuschung gegenüber unseren Bauern und leisten unserer Landwirtschaft gegenüber Sterbehilfe. Ich (Abg. Grillitsch: „Die Bauern haben die Roßtäuscherei hinnehmen müssen!“) appelliere daher an dieses Haus, diesen Agraransätzen nicht zuzustimmen. (Beifall bei der FPÖ. – 14.31 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig.

Abg. Zellnig (14.31 Uhr): Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Agrardiskussion läuft heute nach dem Stärkeverhältnis der Bauernschaft in der Gesamtbevölkerung. Unser Anteil in der Gesamtbevölkerung ist sehr gering; dementsprechend gering auch die Gesamtbesetzung in diesem Haus.

Bevor ich zur Sache komme, habe ich mich heute schon gefreut, daß es Äpfel gegeben hat, ja, und ein schönes Sackerl, umweltbewußt verpackt, mit der Aufschrift „Erich Pörtl und seine Bauern“, und vorn ist die Etikette vom Bauernbund zu sehen. (Abg. Grillitsch: „Der zahlt die Äpfel.“) Also, Bauer ist gleich Bauernbund. Das ist eine Annahme. Bauer ist nicht gleich Bauernbund! Voriges Jahr hat's noch die Kammer gemacht (Abg. Kammlander: „Ist das nicht ehrlicher?“), heute der Bauernbund. Sie können heute rote Äpfel essen, zwei rote sind im Sackerl – schwarze wären schlechter. Aber in dem Sackl, wenn ihr genau hineinschaut, sind noch ein paar braune Nüsse drinnen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ja, das ist die Geschenkspackung der ÖVP heute, sehr geehrte Damen und Herren. (Abg. Grillitsch: „Schau, ich beiße in einen roten Apfel!“) Ja, Herr Kollege Pörtl – und ich bin dir wirklich sehr verbunden, Herr Präsident, daß du auch auf das Bezug nimmst. (Abg. Pörtl: „Es wird immer gefährlich, wenn du solche Annäherungsversuche machst!“) Das Problem ist, wenn du mich streichelst, muß ich aufpassen, daß ich nicht ersticke, aber ich meine es ehrlich, wenn ich dich streichle. (Abg. Grillitsch: „Die roten Äpfel sind viel süßer als deine Wadeln!“) Aber rot schmeckt auch dir, Kollege Grillitsch!

Aber sehr wesentlich, auf was ich hinaus will, sehr geehrte Damen und Herren, ist – und das freut mich wirklich –, daß der Bauernbund und insbesondere der Herr Präsident Pörtl lernfähig sind. Voriges Jahr habe ich ihm das Programm der SPÖ-Bauern gegeben, heuer hat er es selber zum Rednerpult mitgenommen und hat gesagt: „Die SPÖ-Bauern haben in weiten Bereichen recht.“ Und das ist das Positive in der Politik, nur, das Pech dabei ist, sehr geehrte Damen und Herren – (Abg. Pörtl: „Reden und Handeln habe ich auch gesagt!“) ich komme auf das auch zurück –, daß es meistens fünf, zehn Jahre später ist und die Bauernschaft inzwischen auf das Positive warten und leiden muß. Vielleicht können wir es zukünftig etwas schneller einer Lösung zuführen. (Abg. Pörtl: „Den Vaterschaftsprozeß verlierst du sicher. Das sage ich dir!“) Was der Bauernbund in den letzten Jahrzehnten verwirklicht hat, ist schlimmer als der Manholdsplan. (Abg. Pörtl: „Im Umland haben sie ihn entwickelt!“)

Und jetzt die Statistik dazu: Im Jahre 1959 hat es den ersten Grünen Bericht gegeben in Österreich. Dieser umfaßte 78 Seiten. Der Kollege Weilharter hat schon gesagt, für 750.000 bäuerliche Vollerwerbsbeschäftigte in der Landwirtschaft. 30 Jahre später hat dieser Bericht über 300 Seiten, aber nur mehr für 240.000 Bauern. Das ist die Entwicklung in der Richtung Manholds. Kollege Pörtl, jetzt etwas, du hast Wesentliches gesagt da am Rednerpult. (Abg. Pörtl: „Jedes Jahr das gleiche!“) Du hast gesagt, um die Jahrhundertwende ist es den Bauern nicht gut gegangen. Ganz deiner Meinung. In diesem Jahrhundert wurde der genossenschaftliche Bereich zum Schutz der Bauern ausgebaut. Ich habe vorhin nicht 100 Jahre verglichen, sondern die 30 Jahre mit voller Mitwirkung dieser Genossenschaft. Wie erklärst du dir, daß 68 Prozent der Bauern in dieser kaputt geworden sind? Wie erklärst du das als Genossenschaftsfunktionär? Das Wirken der Genossenschaft wurde von euch so verändert, daß diese nicht mehr für die Bauern da ist. Das ist doch die Realität, sehr geehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Pörtl: „Die Bauern haben Billa, Metro, ADEG, den Konsum gegründet? Das haben alles die Bauern gemacht?“ – Abg. Trampusch: „Den letzteren schenken wir dir!“)

Das nächste Beispiel. Der Kollege Pörtl hat richtig gesagt, jeder Bauer muß ein freier Unternehmer sein. Ja. Wenn heute in Österreich ein junger Mensch den Bauernhof seiner Eltern übernimmt, hat er dann realistisch diese Chancen. Wenn im gegenwärtigen Agrarsystem die landwirtschaftlichen Einkommen gegenüber anderen Berufen immer weiter zurückbleiben, auch wenn der Bauer und seine Frau eine längere Arbeitszeit auf sich nehmen und die Kinder mithelfen. (Abg. Pörtl: „Wer beschließt die Marktordnung?“) Ist das eine Zukunftsalternative, Herr Kollege Pörtl? (Abg. Pörtl: „Das ist Kindesweglegung.“) Es ist so schwierig. Als du geredet hast, bin ich nicht nervös geworden. Ich habe dir aufrichtig zugehört, habe nicht einmal einen Zwischenruf gemacht (Abg. Pörtl: „Weil du ganz betroffen warst!“), weil ich mir gesagt habe, jeder hat das Recht, es so umzusetzen, wie er es sieht. Darf ich um Fairneß bitten. Wenn im Agrarsystem nur mehr Kontingente, Lieferrechte, Produktionsausweitungen überhaupt nicht mehr möglich sind, wenn der Bauer seine Geschäftspartner nicht mehr aussuchen kann, ist er dann der freie Bauer? Wenn bäuerliche Genossenschaften wie Konzerne überregional zusammengefaßt werden, wie im Falle der AMF, und diese den Bauern und Konsumenten als Monopol gegenüberstehen und dafür die Bauern bei neuen Genossenschaften, wie zum Beispiel Rapsproduktion, in diese Genossenschaft hineingedrängt werden, indem sie sonst nicht produzieren können, ist das diese Selbsthilfeorganisation für den freien Bauern? (Abg. Grillitsch: „Jawohl, sie ist es.“) Wenn die Ausübung des Berufes Bauer immer mehr abhängig wird von dem notwendigen Wohlwollen der Politiker, der Steuerzahler, der Sozialpartner, der Bundes-, Landes- und Kammerbeamten oder gar vom Bauernbund, ist es der freie Bauer, von dem du geredet hast? (Abg. Grillitsch: „Bei uns gibt es nur den freien Bauern!“) Die Bauern müssen wir fragen, ob sie das wollen, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.) Wer beschließt in der Vieh- und Fleischkommission, ob Fleisch importiert oder exportiert wird? Sehr geehrte Damen und Herren, diese Kommission –

aber einstimmig. Der Bauernbund stellt den Obmann. (Abg. Pörtl: „Wer stellt die Wortanträge? Wer blockiert gewisse Maßnahmen?“) Dann schau, daß der Obmann, also ein Parteifreund, nicht mehr ja sagt, dann wird nichts mehr exportiert und importiert werden. Redet nicht immer von Gemeinsamkeit, und sucht nicht immer das Feindbild. (Beifall bei der SPÖ.) Ist doch unehrlich. (Abg. Pörtl: „Wo ist dein Parteikollege, der Herr Muhm?“) Der sitzt auch drinnen. Kollege Pörtl, du hast früher gesagt, ich nehme nur deine Worte, Bauern brauchen Partner. Unsere Partner sind auch die Konsumenten. Muhm ist der Vertreter der Konsumenten, ist er dann nicht mehr unser Partner? Warum macht ihr aus ihm ein Feindbild für den Bauern? (Abg. Pörtl: „Da kommt dir das Lachen!“) Das ist ja das, wo du herumjonglierst, einmal Partner, einmal Feindbild. Bauer sein ist mehr als ein Beruf. Auch wenn die wirtschaftliche Basis des Bauernhofes nur mehr ein Zusatzeinkommen ist, manches Jahr sogar einen Verlust bringt, bewirtschaften viele Familien den elterlichen Hof weiter. Aus Liebe zum Beruf, aus Verbundenheit mit der Natur, aus Gewohnheit am Lebensraum, aus Tradition. Das Einkommen dieser Bauern kommt nicht oder nur mehr im geringeren Maße aus dem landwirtschaftlichen Betrieb. Die SPÖ-Bauern bejahen diese Bewirtschaftungsform und wollen die Randbedingungen so verändern, daß die Menschen dort bleiben. Dabei geht es nicht nur um die persönliche Zufriedenheit der betroffenen Familien. Auch die Gesellschaft hat in vielen Regionen und aus umweltpolitischen Überlegungen ein steigendes Interesse an einer flächendeckenden Landbewirtschaftung. Zur Erfüllung der umwelt- und gesellschaftspolitischen Aufgaben brauchen wir die kleinstrukturierte Landwirtschaft, und daher brauchen wir Reformen in der Landwirtschaft, in der Landwirtschaftskammer und in allen Bereichen. (Beifall bei der SPÖ.) Jetzt zu einigen Reformen. Nicht da vom Rednerpult oder sonstwo argumentieren, wie man es gerne hört. Wenn wir verändern wollen, dann brauchen wir eine andere Agrarpolitik, ein anderes Agrarsystem, überhaupt andere Einkommenskomponenten. Mir ist vollkommen bewußt, daß das, was ich jetzt sage, auf Widerspruch stoßen wird. Aber wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch der unselbständig Erwerbstätigen, auch unserer Pensionistinnen und Pensionisten, von Mindesteinkommen zu Recht gesprochen wird, dann steht dieses Mindesteinkommen auch den bäuerlichen Betrieben zu. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schrammel: „Das war die Riegler-Forderung!“) Werde nicht nervös, hör mir einmal zu. (Abg. Pörtl: „Wir werden nicht nervös. Was hast du dazu geäußert?“) Ein solches Modell habe ich hier. Es ist vom Bergbauerninstitut vor eineinhalb Jahren vorgestellt worden, und in diesem Modell ist vorgesehen, daß auch die 10.000 Schilling Mindesteinkommen für die Arbeitskraft in der Landwirtschaft gesichert sind. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie bereit sein, das fiktive Einkommen als landwirtschaftliches Einkommen nicht mehr zur Anrechnung zu bringen. Sie können nicht sagen: Kombiniertes Einkommen ist die Zukunft der Landwirtschaft, der Landbewirtschaftung. Sobald einer einem außerlandwirtschaftlichen Beruf nachgeht, wird er dann von der Förderung ausgeschmissen. Er wird bestraft, weil er das tut, was ihm der Bundesminister als solches empfiehlt, und ihr betet es alle nach und ändert es nicht! (Abg. Pörtl: „Bitte um

einen Termin bei Lacina!") Wenn, dann brauchen wir dieses Mindesteinkommen. (Abg. Pörtl: „Bitte, diese Forderung ganz konkret auch in Zahlen umzusetzen!") Ich habe es dir schon gesagt. Es ist eine Studie vorhanden, wo auch die Finanzierung gesichert ist. Aber, Herr Präsident Pörtl, bis zu der nächsten Vollversammlung hast du diese Studie. Du wirst dann wahrscheinlich ein Jahr brauchen, bis du sie studiert hast. Aber es ist nachher immer noch früh genug, wenn wir zeitgemäß versuchen, etwas umzusetzen. (Abg. Trampusch: „Wenn der Bauernbund schwach ist, geh' mit!") Ja, und jetzt noch einmal: Welche Vorteile bringt ein garantiertes Mindesteinkommen? (Abg. Erhart: „Wenn sie dich brauchen, geh' mit!")

Und jetzt noch einmal ein Beispiel: (Abg. Trampusch: „Die Saatmaisabgabe hat eh der Riegler erfunden!") Vor lauter Zwischenrufen komme ich mit meinem Konzept nicht zu Ende. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Franzl, das macht nichts!") Paß auf, das ist ja eine Taktik vom Bauernbund: Die schreien so lange, bis meine Zeit weg ist. Ich meine, die sind ja gar nicht so ungeschickt, meine Freunde von rechts.

Noch einmal: Ein solches Mindesteinkommen würde wesentliche Vorteile bringen: weniger Verwaltungsaufwand, freie Entscheidung der Bauern, Sicherung der flächendeckenden Landwirtschaft, Verbesserung der Umweltbedingungen, Einkommenssicherung der Bauern, und wir brauchen weniger Geld für das Konzept. Da bleibt für die Allgemeinheit auch noch etwas übrig. Ich frage mich: Warum tut ihr das nicht? Ich weiß aber, warum ihr das nicht tut. (Abg. Pörtl: „Das ist der wichtigste Punkt.") Das ist der wichtigste Punkt, was ich jetzt sagen will: Warum könnt ihr das nicht machen? Schaut euch einmal das an. Ich brauche jetzt einen, der mir das Plakat hält, damit ich es auch interpretieren kann. Geh, komm her, Grillitsch, bitte. Na geh, bitte, komm her, dann tu ich mir leichter. (Die Abgeordneten Hammer und Erhart halten ein Plakat des Abgeordneten Zellnig.) Meine Freunde lassen mich nicht im Stich.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe dieses Modell nicht erfunden, sondern ich habe es von der Raiffeisenzeitung – alles unter einem Dach, die ganze Bauernschaft ist unter einem Dach. Oben haben wir den Raiffeisenlandesverband. Beim Raiffeisenlandesverband ist der Obmann der altbewährte, mein persönlicher Freund, Buchberger, und der Präsident Pörtl ist dort in diese Vorstandsfunktion hineinkooptiert. Er hat aber gesagt, er übt diese Funktion nicht aus. (Abg. Buchberger: „Um laufend seine Berichte zu erstatten. Das ist alles, was er zu tun hat!") Hast du gesagt. Dann haben wir in diesem Alles-unter-einem-Dach die Agrosserta. Da ist der Vorstandsvorsitzende Landeskammerrat Herr Küberger. Dann ist die Raika-Landesbank, da ist der Vorstandsvorsitzende der Vizepräsident Schwab. (Abg. Buchberger: „Alles gestandene Leute!") Dann haben wir herunter die Molkerei, und drüben – hörst du – haben wir die Raika in Feldbach unten. Und da habe ich mir erlaubt, werte Kolleginnen und Kollegen, den Bauern hineinzuzzeichnen. Und den Bauern gibt es in Feldbach, ich kann nur den Namen nicht sagen. Und der Bauer hat bei der Molkerei Feldbach 17.000 Schilling Anteile, nicht wertgesichert. Und gleichzeitig liefert er nicht mehr die Milch, weil er

vom Milchliefern aufgehört hat, und er muß auf Grund der Satzungen fünf Jahre auf sein Geld warten. Dieser Bauer hat große wirtschaftliche Schwierigkeiten, und dieser Bauer muß jetzt das Geld bei der Raiffeisenbank um die vollen Zinsen aufnehmen, obwohl er bei der Molkerei ein zinsloses Guthaben von 17.000 Schilling besitzt. (Abg. Kollmann: „Dann ist das so wie beim Konsum!") Und das spielt sich alles unter einem Dach ab. Das könnt ihr lösen. Daher fordern wir die Trennung der Funktionen: Genossenschaft und standespolitische Vertretung. (Abg. Ing. Stoisser: „Er kann das Darlehen auch bei der Sparkasse aufnehmen!") Es kann ein Bauer nicht standespolitischer Vertreter sein und gleichzeitig der Zertreter der Bauernschaft. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist eine Forderung – danke –, die wir aufgestellt haben. Herr Präsident Pörtl, bei der Befragung jetzt bei der Kammer werde ich ersuchen, diese Frage miteinzubringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, nächstes Beispiel: In der Struktur der Bauernschaft sind ungefähr über 60 Prozent – 66 Prozent – Nebenerwerbsbauern, zu denen ich gehöre – der Herr Präsident Pörtl sagt auch, er gehört zu den Nebenerwerbsbauern –, und ungefähr 30 Prozent Vollerwerbsbauern. (Abg. Dr. Lopatka: „Wie viele Hektar haben Sie?") Du, ich habe dich auch nicht gefragt, wie viele Anteile du bei der Hypobank hast. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Es würde mich nur interessieren, wie viele Hektar ein Nebenerwerbsbauer hat!") Mich stört nicht, wenn du reich bist und gescheit bist. Noch einmal: Es ist ja dein Kakao, wie du das siehst, und das ist meiner. (Abg. Erhart: „Frag den Pörtl, wieviel er hat!" – Abg. Dr. Lopatka: „Bei dem weiß ich es!") Ich bin stolz auf meinen Beruf. Noch einmal: Dein Anlagevermögen interessiert mich nicht, wirklich nicht! (Abg. Erhart: „Weißt du es vom Grillitsch auch?" – Abg. Dr. Lopatka: „Der ist kein Nebenerwerbsbauer!" – Abg. Trampusch: „Ist der Lopatka der neue Bauernsprecher der ÖVP?") Herr Präsident, ich frage ja auch nicht, wie viele Knechte du daheim in deinem Betrieb beschäftigst. (Abg. Ing. Stoisser: „Ich habe keine Knechte!") Frage ich nicht! Ich habe zu dir noch nie gesagt, daß du ein Nebenerwerbsunternehmer bist – habe ich noch nie gesagt! (Abg. Ing. Stoisser: „Bei uns sind das Mitarbeiter!") Ja, eben! Ja, ich bin stolz auf meinen Beruf. (Abg. Schrammel: „Ich würde sagen, das ist die Agrardebatte, und kein Kabarett!") Das Kabarett macht ja ihr. Du, Kollege Schrammel, das Kabarett machst ja du. (Abg. Schrammel: „Ich habe zum ersten Mal etwas gesagt!")

Das nächste Beispiel, das ich bringen möchte: 66 Prozent Nebenerwerbsbauern, 30 Prozent Vollerwerbsbauern. Ich bin dafür – und ich werde versuchen, bei der Kammerbefragung eine diesbezügliche Frage einzubringen –, daß sich die Landwirtschaftskammer auch der Nebenerwerbsbauern annimmt. Damit das erfolgen kann, braucht die Landwirtschaftskammer zwei Sektionen – eine für die Nebenerwerbsbauern und eine für die Vollerwerbsbauern. Es kommen auch Fachabteilungen hin. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Bauern auseinanderdividieren.") Das ist nichts Neues. In der Gewerkschaft gibt es 16 Fachgewerkschaften. Herr Präsident Ing. Stoisser, wie viele Sektionen beziehungsweise Fachabteilungen hast du in der Handelskammer? 70? Oder wie viele?

(Abg. Ing. Stoisser: „Sechs!“) Ja, eben, auch differenziert.

Wir sollen versuchen, dies auch in der Bauernkammer umzusetzen, im Interesse der Bauern, weil dann bekommen wir endlich einmal eine Kammer, die für alle Bauern da ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme aber auch dem Kollegen Grillitsch entgegen, der das letzte Mal in der Landtagssitzung gesagt hat: „Die SPÖ-Bauern beziehungsweise die Nebenerwerbsbauern sind eh nur geduldet“, und wenn sie eine eigene Sektion haben, dann sind sie nicht mehr die Geduldeten. Ich glaube, das ist eine Forderung, die sicherlich sinnvoll sein wird.

Und jetzt, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich noch zu zwei Fragen Stellung beziehen, die der Herr Präsident Pörtl gesagt hat: Milchpreiserhöhung – und keinen Wirbel hat er noch von den SPÖ-Bauern gehört, daß wir uns da stark gemacht haben. Herr Präsident Pörtl, ich habe letztes Mal in der Vollversammlung gesagt: Die Milchpreiserhöhung ist eine Angelegenheit der Molkereien. Es ist laut Milchmarktordnung so vorgesehen. Der Präsident Schwarzbeck hat gesagt, der Zellnig kennt sich in der Agrarpolitik nicht aus, und jetzt schreibt er, daß die Präsidentenkonferenz die Preisverhandlungen zwischen Molkereiarbeitern und Konsumentenmilchpreis nicht mehr gegenseitig junktimiert und somit die Molkereien am Zug sind, den den Bauern zuständigen Milchpreis zu realisieren. Das kann schon am 1. Jänner sein. Sie brauchen es nur durchführen. Bin ich voll bestätigt, und der andere redet, der kennt das Gesetz nicht.

Das nächste, mit dem schließe ich dann ab. Präsident Pörtl, du hast gesagt, wir sind nicht weit auseinander bei der Direktvermarktung, und die sogenannte Novelle der Gewerbeordnung sei eine Zielsetzung vom Bauernbund. Vor zwei Jahren habe ich einen diesbezüglichen Antrag in diesem Haus gestellt, der ist bis jetzt in Verstoß geraten. Jetzt, wenn du auch dafür bist, hoffe ich, daß wir ihn in der nächsten Landtagssitzung haben und daß man über die Novelle der Gewerbeordnung diskutieren kann, sinnvollerweise im Interesse der Konsumenten und auch der Produzenten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt noch einmal die Partnerschaft. Der Präsident Pörtl hat gesagt, die Konsumenten brauchen wir. Wieso wird dann das Feindbild Gewerkschaft, Feindbild Arbeiterkammer vom Bauernbund geschürt und der Finanzminister zum Buhmann der Landwirtschaft gemacht?

Jetzt zum Abschluß: die Agrarpolitik der ÖVP, seitdem sie den Landwirtschaftsminister stellt. Was ist da gekommen? Lieferverzicht für die Bauern, Flächenstilllegung, Strallbrache. (Abg. Pörtl: „Lies dein SPÖ-Programm durch!“) Die Agrarpolitik der ÖVP unter ihrem Landwirtschaftsminister hat sich für den Bauern nicht als Vorteil erwiesen. Gekommen ist der Lieferverzicht bei der Milch, die Flächenstilllegung beim Getreide, die Strallbrache bei der Schweineproduktion, und wenn GATT verändert wird, droht uns die Bauernbrache. Daher lade ich Sie herzlich ein, unserem Antrag beizutreten, daß alle Förderungsmittel für Land- und Forstwirtschaft als Direktförderung für die Bauern umgewandelt werden. In diesem Sinn ein herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 14.58 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (14.58 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich zu dem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen des GATT äußern. Heute morgen konnte ich den Nachrichten entnehmen, daß die seit vier Jahren vorbereiteten Sitzungen in Brüssel, in die insgesamt 2500 Beamte involviert waren, daß diese Gesprächsrunde wahrscheinlich scheitern wird. Die Forderungen der Amerikaner sind mit den Vorstellungen und Zielen innerhalb der EG- und der EFTA-Länder nicht vereinbar. Neben diesen GATT-Verhandlungen ist die Debatte über die Bauernkammer wirklich nur ein Molekül, obwohl in unserer steirischen Landespolitik und im Landesbudget die Beträge auch ganz beträchtlich sind. Wenn ich mir das anschau, daß das Kammerbudget immerhin 44 Prozent des Landwirtschaftsbudgets ausmacht. In Zahlen sind das immerhin für die Kammern 240 Millionen Schilling 1987 gewesen, und inzwischen sind es auch 240 Millionen. 44 Prozent des Gesamtvolumens der Landwirtschaftsförderung für die Kammern. (Abg. Dr. Maitz: „Für die Bauern!“) Gut, die Kammer verwaltet es und gibt es auch aus und tut so, als ob die Kammer diejenige wäre, die das Geld vergibt, und nicht das Land. Aber die Debatte haben wir oft genug geführt. (Abg. Dr. Maitz: „Deshalb soll man das nicht verdreht darstellen!“) Zurückkommend auf die Situation innerhalb des GATT. Die amerikanische Handelsbeauftragte Carla Hills hat in einem „Zeit“-Interview gemeint, die Situation der Amerikaner schaut einerseits so aus, wie es die Unterhändler darstellen, und andererseits, wie es die Bauern anlässlich der Protestdemonstration dargestellt haben. Aber sie meint ganz richtig: „Ich würde es schon als einen Akt wirtschaftlicher Aggression bezeichnen, wenn ein Land oder eine Gruppe von Ländern versucht, innere Probleme zu exportieren und damit anderen Nationen Schaden zuzufügen. Es ist Aufgabe der politischen Führung der jeweiligen Länder – jetzt innerhalb Europas und natürlich auch innerhalb Österreichs –, ihren Landwirten zu erklären, daß mit einer Reform nicht gleichzeitig das Ende aller Hilfen eingeleitet wird – jetzt einer Reform der Beiträge für die Landwirtschaft. Wir wollen einem Land ja nicht verbieten, seinen Bauern Geld zu geben, wir sagen nur, daß diese Unterstützung nicht zu einer Verzerrung des internationalen Handels führen darf. Wenn ein Staat den Landwirten Geld zur Verfügung stellt, um den Umweltschutz zu verbessern, Bäume zu pflanzen, Bauernhöfe zu erhalten, ist das wunderbar“, meint sogar die amerikanische Handelsbeauftragte. Also, dagegen gibt es nichts einzuwenden, wenn das in Europa weiterhin praktiziert wird. Ein paar wenige Agrarhandelskonzerne üben natürlich Druck aus, und das Ziel dieser Konzerne ist die Öffnung der Weltmärkte, und sie wird auch kaum aufzuhalten sein. Ich denke, daß jetzt alle intelligenten Agrarpolitiker aufgerufen sind, an der Veränderung des derzeitigen Systems mitzuarbeiten. Ich denke auch, daß gerade die Diskussion um die GATT-Verhandlungen auch eine Chance für die österreichischen Bauern bedeutet. Das derzeitige System des internationalen Agrarhandels ist ein sehr anfechtbares und fragwürdiges System. Je weni-

ger die Agrarwirtschaft eines Landes auf die Umwelt Rücksicht nimmt, umso billiger kann sie auf den internationalen Märkten anbieten, umso konkurrenzfähiger ist dieses Land. Unsere Aufgabe wird es sein, daß wir in den kommenden GATT-Verhandlungen, falls es solche wieder geben sollte, aus diesen Regeln, die dort verhandelt werden, das Beste machen. Die neuen Regeln werden, wie schon früher erwähnt, die Benutzung von produktionsunabhängigen Instrumenten, also von Direktzahlungen zur Erreichung von nicht handelspolitischen Zielen, erlauben. Die weitestgehende Förderung der Landwirtschaft in Form von Direktzahlungen, die aber jetzt zur gesellschaftlichen Rechtfertigung unbedingt an konkrete ökologische Leistungen gebunden werden müssen. Zum Beispiel die Gewährung einer Prämie pro Hektar für den Chemieverzicht und andere klar zu definierende ökologische Leistungen, zum Beispiel spezifisch auf das Berggebiet abgestellt.

Damit es mit dem GATT keine Schwierigkeiten auch in Zukunft geben kann, muß eindeutig klargelegt werden, daß es sich hierbei um eine Umweltschutzmaßnahme handelt. Umweltschutzmaßnahmen, wie auch die amerikanische Handelsbeauftragte gemeint hat, sind nicht Angelegenheit des GATT. Die starke Förderung des Chemieverzichtes liegt heute im Interesse auch der Qualitätsförderung, im Interesse des Umweltschutzes, der Sicherung einer vom Ausland und nicht erneuerbaren Ressourcen unabhängigen Landwirtschaft und damit in erster Linie auch im Interesse Österreichs und der gesamten Gesellschaft. Wir müssen uns ja nicht nur mit den Verhandlungen mit GATT beschäftigen, wir erwarten ja auch in Österreich eine neue Bundesregierung, und auch diese neue Bundesregierung müßte in ihren Koalitionsverhandlungen umdenken. Ganz besonders das Umdenken in eine bestimmte Richtung, und es gibt auch ganz konkrete Forderungen, die in dieses Koalitionspapier hineinkommen sollten. Wir müssen jetzt verlangen, daß wir von der Ausbeutung der Landwirtschaft zu mehr wirtschaftlicher Gerechtigkeit gegenüber den bäuerlichen Familien kommen müssen. Aber wir brauchen unbedingt auch in den Koalitionsverhandlungen eine Position seitens der Bauern, die von der Ausbeutung der Natur zu einer umweltgerechten Landwirtschaft führt. Die derzeitigen Beratungen in der Landwirtschaft sind ja falsch gelaufen, und wir werden in Zukunft auch die Sozialpartnerschaft durch eine Ökopartnerschaft ablösen müssen. Wir müssen von den nicht umweltgerechten zu umweltgerechten Lebensmitteldeklarationen und Lebensmittelpreisen kommen, wir müssen von entschädigungslosen und entschädigten Leistungen bei den Bauern kommen, von einer abhängigen nicht nachhaltigen zu einer unabhängigen nachhaltigen Landwirtschaft. Vom politischen Schlagwort zur klaren Definition der ökosozialen Landwirtschaft und Agrarpolitik und von einer reinen Bauernvertretung zu einer Umwelt- und damit Lebenspartnerschaft.

Neben der Erweiterung der Sozialpartnerschaft um eine Ökopartnerschaft sind auf Orts-, Landes- und Bundesebene gemischte Arbeitsgruppen von Bauern, Konsumenten und politischen Vertretern einzurichten, die sich mit allen Fragen einer umweltgerechten und qualitätsorientierten Landwirtschaft und für die hierfür notwendigen ökonomischen Bedingungen zu beschäftigen haben.

Ein weiterer Punkt, der mir auch sehr wichtig ist und heute auch noch nicht berührt wurde: Im März 1989 wurde in München vom Europäischen Patentamt das erste Patent auf gentechnisch manipulierte Nutzpflanzen erteilt. Zwei Ordnungen, die insgesamt 28.000 Pflanzen umfassen, also Leguminosen und Kompositen. Für 20 Jahre sind sie damit in den Händen eines internationalen Privatkonzerns. Eine überparteiliche Plattform versucht seither, Unterschriften gegen diese Patentierung zu sammeln. Ein EG-Beitritt würde auch in diesem Bereich der Manipulation an Pflanzen die Türen öffnen. Weder im österreichischen Landwirtschaftsministerium noch im Wirtschaftsministerium hat man bis Anfang des Jahres auf die drohende Erweiterung des Patentschutzes auf Pflanzenarten reagiert. Bis Ende 1989 waren insgesamt 165 Freilandversuche mit genveränderten Organismen bekannt: 110 mit Pflanzen, 36 mit Bakterien und 19 mit Viren. In Österreich gibt es bis heute keine behördliche Genehmigungspflicht für Genexperimente und für Genforschung. Also, rechtlich ist das Problem der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen noch völlig ungeklärt. Rund 90 Labors und etliche Töchter ausländischer Chemie- und Pharmafirmen tummeln sich in Österreich in Sachen Gentechnologie im gesetzefreien Raum, ohne Auflagen, Kontrollen, aber mit staatlicher Förderung. Die Verheißung: „Gentechnik hilft gegen den Hunger in der Welt“ soll davon ablenken, welche ökonomischen und politischen Interessen dahinterstecken. Nachdem unter den Bedingungen des Weltmarktes Böden durch Monokulturen ausgelaugt und mit Agrarchemikalien vergiftet wurden, soll jetzt die gentechnische Agrarproduktion angekurbelt werden. Gentechnisch manipuliertes Saatgut in Verbindung mit dem abgestimmten Dünger und den Pestiziden wird von den neuen Kolonialkonzernen profitabel organisiert. Die Anpassung von Pflanzen und Lebewesen an die Belastungen durch die Umweltgifte ist ein weiteres Ziel der lukrativen Genagrarwirtschaft. Sie reden schon wieder von der Weltverschönerung. Ich weiß, aber so ähnlich wird es wahrscheinlich passieren, ohne daß Sie es merken, Herr Kollege Dr. Cortolezis. (Abg. Dr. Cortolezis: „Jawohl!“)

Bäume werden bereits auf ihre Resistenz gegen Fabrikabgase genetisch getestet – passiert in Oberösterreich. (Abg. Dr. Cortolezis: „Es gibt schon Plastikbäume!“) Ja, ja, ich habe Plastikchristbäume gesehen – ich weiß. Die Natur wird verändert und der Industrie schlußendlich angepaßt. Für die Steiermark brauchen wir demnach die transitverkehrs- und magnesitproduktionsresistenten Baumarten. Ob eine Bewilligung für einen Aussetzungsversuch nach dem Naturschutzgesetz – das ist das einzige, das diese Versuche in Zaum halten könnte – erteilt werden kann oder muß, hängt jetzt von der Definition ab, ob das eine standort- oder gebiets- oder landesfremde Pflanze ist. (Abg. Dr. Cortolezis: „Wie ist das beim Ahornsirup?“) Ahornsirup? Ist sehr verdächtig, würde ich sagen.

Sollte sich in unseren Landen Protest formieren, weichen die Forscher nach Osteuropa aus. Gegen ein bißchen Entwicklungshilfe wird auch einem Freisetzungsversuch nicht viel Widerstand entgegenstehen. Wir glauben, daß in diesem Zustand ökologischer Gefährdung keine Risiken erlaubt sind. Bei den Lebensmitteln verhindert das Gesetz derzeit noch die

Verabreichung von Wachstumshormonen, Antibiotika und ertragssteigernden Mitteln. Nicht verboten ist aber die gentechnische Manipulation des Tieres dahin gehend, daß das Tier selbst mehr Wachstumshormone erzeugt. Eine niederländische Gentechnikfirma arbeitet an der Entwicklung einer Sorte von Kühen, die eine mit der menschlichen Muttermilch praktisch idente Milch produzieren soll. Die Manager gehen davon aus, daß ein Markt dafür vorhanden ist. Nach ihrer Prognose – bis 1992 – wird es möglich sein, Kühe dieses Typs bereitzustellen, um in der technischen Sprache zu reden. (Abg. Dr. Cortolezis: „Gammaknife!“) Gammaknife, aha! Ja, aber du willst mich ja eigentlich nur unterbrechen – nehme ich an. Ja.

Die grüne Abgeordnete (Abg. Dr. Cortolezis: „Gundi Kammländer!“) – jetzt nicht mehr Abgeordnete – Jutta Dietfurth stellt fest, daß sich die Gentechnik nach Prüfung als Reparaturtechnik für Schäden erweist, die in vielen Fällen diejenigen angerichtet haben, die jetzt mit daran ihr großes Geschäft machen wollen. Die geltende Rechtslage ist in Österreich völlig unzureichend. Sie kann beliebig von Forschern und Produzenten genützt werden. Besonders die Vertreter der Landwirtschaft sind jetzt aufgerufen, hier vehement ein österreichisches Gentechnikgesetz zu verlangen. Und ich denke schon, daß gerade in diesem Bereich die grünen, die roten und die schwarzen Bauern sich die Hände reichen sollten und gemeinsam an diesem Ziel – ein österreichisches Gentechnikgesetz zu erreichen – arbeiten und sofort damit beginnen sollten. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist schon in Gang!“) Das ist schon in Gang? (Abg. Dr. Maitz: „Im Nationalrat ist das schon in Gang!“) In der jetzigen oder in der vorhergehenden Periode, Herr Kollege? In den Koalitionsverhandlungen könnten Sie das ja wirklich einbringen. (Abg. Dr. Maitz: „Ist schon drinnen als Verhandlungsgegenstand!“) Ist es schon drinnen? Werden wir das nachlesen können? (Abg. Dr. Maitz: „Ja!“) Na gut, ich bin getröstet. Danke. (15.14 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Günther Ofner.

Abg. Günther Ofner (15.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Wenn man die Land- und Forstwirtschaft rein ökonomisch betrachtet, dann sinkt ihre Bedeutung ständig. Dementsprechend bleiben auch die Einkommen der in ihr Tätigen hinter der Einkommensentwicklung anderer Berufssparten zurück. In Zahlen bedeutet das für Österreich, daß im Jahre 1989 nur mehr 5,8 Prozent der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft hauptberuflich tätig waren. Aber alle in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, also auch die Familien dazu und Nebenerwerbsbauern, haben durch ihre Arbeit nur 3,2 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen und nur 3,1 Prozent des Volkseinkommens erarbeitet. Hier liegt ja, meine Damen und Herren, die Steiermark günstiger. In der Steiermark gibt es 11,6 Prozent hauptberuflich Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft. Gegenüber 5,8 Prozent im Bundesdurchschnitt. 1971 gab es aber 20 Prozent Beschäftigte in der Steiermark. Ich darf nur anmerken, daß es im Jahre 1971 eine SPÖ-Alleinregierung gegeben hat. Leider haben die für die Agrarpolitik im Bund und Land Verantwortlichen noch

keine Weichenstellung vorgenommen, damit eine Änderung dieser Entwicklung möglich ist. Im Gegenteil, momentan verunsichern die ÖVP-Agrarpolitiker, allen voran die sogenannten bäuerlichen Interessensvertreter, unsere bäuerlichen Betriebe durch die Drohung mit GATT und EG. (Abg. Buchberger: „Jammere nicht so herum, wenn du nichts verstehst!“) Ich weiß, das willst nicht hören, Kollege Buchberger, aber ich muß es sagen, weil es einfach der Wahrheit entspricht. Wenn man die bisherige Einkommensentwicklungen innerhalb der österreichischen, im besonderen der steirischen Betriebe ansieht, und im Grünen Bericht kommt es ja sehr klar zutage, ist es so, daß die bäuerlichen Betriebe in Berggebieten in ihrer Existenz am meisten betroffen sind. Als Beispiel bekommen die südöstlichen Flach- und Hügellandbauern 10.114 Schilling pro Familienarbeitseinkommen und im Hochalpengebiet nur 8626 Schilling. Hier sieht man sehr klar, daß eben die Bergbauern im Einkommen benachteiligt sind. Hier wird es weiterhin leider zu einem verstärkten Trend zur sogenannten Nebenerwerbslandwirtschaft kommen. Es gibt jetzt schon ganze Täler, in denen es keinen Vollerwerbsbetrieb gibt, bei denen die Hofnachfolge gesichert ist. Das heißt aber auch, daß es völlig offen ist, ob diese Betriebe von der nächsten Generation noch bewirtschaftet werden. Das würde aber heißen, daß aus den blühenden Feldern, die es zur Zeit noch gibt, eine verrottete Naturlandschaft werden wird. Damit komme ich aber zur zweiten Funktion unserer Landwirtschaft. Bisher ist das ganze Agrarsystem mit all seinen Förderungen und Maßnahmen auf die Produktion zugeschnitten gewesen. (Abg. Pöttl: „Stimmt ja nicht. Bergbauernförderung!“) Sicher. Auf das komme ich jetzt zu sprechen, ich bin dir dankbar dafür. Die sinkende Bedeutung dieser Produktion habe ich bereits mit Ziffern untermauert, und gerade heute steht im „Standard“, daß die ÖVP eine Milliarde im Bundesbudget für die Bauern durchdrückt. Ich muß sagen: Ja, wenn das Geld den Bauern für Direktzahlungen zur Verfügung gestellt wird. Nein, wenn es zur Finanzierung der Überproduktion verwendet wird. Bundeskanzler Kreisky hat es bereits im Jahre 1970 – da möchte ich dir antworten, Herr Präsident –, als er seine Regierung bildete, erkannt und gegen den Widerstand der ÖVP-Agrarpolitiker durchgesetzt, daß die Nebenerwerbslandwirtschaft als dauernde Bewirtschaftungsform überhaupt anerkannt und gefördert wurde. Bundeskanzler Kreisky hat erstmals den Direktzuschuß eingeführt (Abg. Pöttl: „Er hat ein Verbot für AIK-Nebenerwerbskredite drinnen gehabt!“), der jetzt schon in vielen Ländern, vor allem auch im EG-Bereich, durchgeführt wird. Ich kann mich noch recht gut erinnern (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wer hat dir die Rede aufgesetzt?“) Selbst. Im Gegensatz zu dir, Herr Professor, ich mache meine Reden selbst. (Abg. Purr: „Eine Unterstellung. Das kannst du nicht wissen!“) Meine Reden sind immer anders. Der Kollege Prof. Dr. Eichinger macht seit zehn Jahren, seitdem ich ihn kenne, immer die gleiche Rede. Ich würde dir empfehlen, mach' im nächsten Jahr eine andere. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wie war das?“) Ich kann mich erinnern, wie diese Art der Förderung belächelt wurde und ÖVP-Bauern das sozusagen als Almosen bezeichnet haben. Damals wurde es nur als ein Tabakgeld bezeichnet. Heute haben die ÖVP-Bauernbündler diese Art der Förderung auch entdeckt,

zumindest mit Worten und vor allen vor den Wahlen. Ich unterstelle ihnen aber, daß sie das nur aus wahltaktischen Überlegungen getan haben, weil ihnen der jahrzehntelang sichere Wählerblock der Bauern und ihrer Familien abhanden gekommen ist. Leider ist es so. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Rede frei!“)

Tatsächlich aber erbringen unsere bäuerlichen Familien in den benachteiligten Regionen eine Leistung für die Gesellschaft, die auch bei GATT und EG geöffneten Wirtschaftsgrenzen nicht importiert werden kann. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du liest schon wieder!“) An erster Stelle aber muß wohl die Bearbeitung unserer Kulturlandschaft genannt werden, die für ein Fremdenverkehrsland absolut unverzichtbar ist. Ohne die Leistungen unserer Bergbauern und Bergbauernfamilien würden so manche Regionen unbewohnbar werden, vom Fremdenverkehr wäre, glaube ich, überhaupt zu schweigen. Ein Hof, der nicht mehr bewirtschaftet oder sogar nicht mehr bewohnt wird, ist in seiner Leistung für die Umweltgestaltung für immer verloren. (Abg. Pörtl: „Daher müssen die Preise passen.“) Darum müssen sofort wirksame Maßnahmen gesetzt werden. (Abg. Pörtl: „Preis und Absatz!“) Ja, genau, daß eben die gefährdeten Bergbauernbetriebe in ihrer Existenz und im Einkommen gesichert sind. (Abg. Zellnig: „Das sind die Konsumentenvertreter, über die du schimpfst!“) Richtig. Wir wollen die Bergbauern. Wir wären die besseren Vertreter als der große ÖVP-Bauernbund. Direktzahlungen nach dem Muster des SPÖ-Bergbauernzuschusses sind und wären eine berechnete Forderung, die man wesentlich ausbauen könnte. Sie ist auch volkswirtschaftlich sinnvoller als die Finanzierung von Überschüssen, die die Preise im Weltmarkt herunterdrücken und uns derzeit riesige Probleme im Rahmen des GATT bringen. Offensichtlich gibt es aber – (Abg. Pörtl: „Gib' deine Rede dem Minister Lacina, und sage ihm einen schönen Gruß von mir!“) Der Lacina weiß das schon. Aber nicht für die Produktionsvermehrung, sondern für Direktzahlungen, und da ist der Lacina sehr wohl positiv eingestellt, aber leider steht er ziemlich allein. Wenn ihr vom ÖVP-Bauernbund mitspielen würdet, glaube ich, wäre das eine echte Maßnahme, wo man den Bergbauern berechnete helfen könnte. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du bist ein Experte. Dir höre ich gerne zu!“) Sicher, ich habe in meiner Gemeinde genügend Bergbauern, und ich weiß, wie es ihnen geht, und darum liegen sie mir am Herzen. Der Präsident Pörtl weiß das auch sehr gut, aber er ist leider derjenige, der alle vertreten muß, auch die großen Bauern, und darum kommt er vielleicht nicht so durch, wie er gerne möchte. (Abg. Pörtl: „Ich will den Zellnig mit 53 Hektar auch vertreten!“) Offensichtlich gibt es aber viel zu viele Nutznießer des momentanen Systems. Diese sind aber am allerwenigsten unter den Bauern zu suchen, die ja schon unter den sogenannten ÖVP-Bauernvertretern, vor allem den Genossenschaftsfunktionären, dem Raiffeisen-Milch- und Fleischmonopol – der Kollege Zellnig hat es schon gesagt – im AMF unter der Führung der Raiffeisenkonzerne Agrosserta und Schärtinger zu Hause sind. Ob diese Herren dann bereit sind, bei volkswirtschaftlichem Schaden die Entsiedelung und Unbewohnbarkeit ganzer Täler zu verantworten, das bezweifle ich, meine Damen und Herren, sehr. Wiedergutmachen können sie es auf jeden Fall nicht. Aus

diesem Grunde möchte ich alle jene, denen die Agrarpolitik am Herzen liegt, aufrufen zu handeln. Es ist fünf nach zwölf für unsere Bergbauern. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 15.25 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold.

Abg. Neuhold (15.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema, den Direktförderungen und dem neuen steirischen Grenzlandprogramm komme, einige Anmerkungen zum Kollegen Zellnig. Manchmal wird es ja auch dem geduldigsten Abgeordneten hier im Hohen Hause zu dumm, und er verliert die Geduld dabei. Ich will es aber auch so humoristisch nehmen wie du, denn erheitern kann man sich nach einem Mittagessen ja nur bei einem Theater.

Meine sehr verehrten Anwesenden, das andere nehme ich ernsthaft, wie du gesagt hast: „Mindesteinkommen für die Bauern“. Auch wir stehen zu dieser Forderung. Bitte sehr, als Bundesobmann der SPÖ-Bauern hast du wahrscheinlich sehr viel Gelegenheit, diese Forderung auch in Wien aufzustellen, und wir wissen alle, wie schwer es ist, dem SPÖ-Finanzminister auch nur wenige Schillinge für die Bauern abzurufen. Es hat immer schwere Verhandlungen gegeben, und daher glaube ich, daß es hier eine Allianz für die zukünftige Entwicklung geben muß. (Abg. Zellnig: „Wo sind deine Partner?“) Wenn du, Herr Kollege Zellnig, hier ein Haus aufgezeichnet hast (Abg. Zellnig: „Das habe ich von euch abgezeichnet!“), wo die genossenschaftlichen Einrichtungen untergebracht sind, und wenn du damit Feldbach gemeint hast, so darf ich dir nur versichern – ich bin nicht Funktionär in dieser Genossenschaft – (Abg. Zellnig: „Super!“), daß diese Genossenschaft mustergültig geführt ist, daß du kaum einmal Klagen darüber hören wirst und daß sie eine wirtschaftliche Funktion in ihrem Einzugsbereich erfüllt, die man sich auch für die Zukunft wünschen kann. Und wenn du hier einen Bauern zitiert hast – ich nehme an, es ist der gleiche, der auch mir einen Brief geschrieben hat, der folgendes wollte: Er hat die Anteile bei der Agrarunion Südost gekündigt und wollte die Anteile sofort ausbezahlt haben. Du weißt aber ganz genau, daß nach dem Genossenschaftsstatut diese Anteile erst in fünf Jahren ausbezahlt werden können. Er hat daraus einen Protest gemacht, ich weiß das – das ist eine andere Frage –, aber so hat sich das verhalten und hat zu keinen besonderen Konsequenzen geführt. (Abg. Zellnig: „Das Statut kannst du ändern!“) Im übrigen bezeichnend, wenn dir aus dem Bezirk Feldbach nur ein Bauer einmal geschrieben hat. (Abg. Zellnig: „Das Statut kannst du zugunsten der Bauern ändern. Das ist änderbar. Dann hat er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht!“) Ja, da könnte man sicher mit den Genossenschaftsfunktionären sprechen.

Zum Kollegen Weilharter, bitte sehr: Es tut mir leid, aber ich sag' s ganz offen: Wir werden es unseren Bauern schon bei jeder Gelegenheit erklären – wir haben deren viele –, daß die FPÖ-Fraktion im Steiermärkischen Landtag das erstmals so hohe Agrarbudget in der Höhe von einer Milliarde für 1991 abgelehnt hat.

Das ist auch bezeichnend für eure Einstellung zu der Bauernschaft. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Agrarbudget sind auch die sogenannten Direktförderungen enthalten, die Direktförderung als Abgeltung von Leistungen der Bauern, welche auch für die gesamte Gesellschaft erbracht werden. Man kann diese finanziellen Leistungen auch Bewirtschaftungsprämien oder Ökolohn nennen. Reich wird und will mit diesen Direktzahlungen kein Bauer werden, denn grundsätzlich, meine verehrten Anwesenden, will jeder Bauer einen gerechten Preis für seine Produkte bekommen, davon leben können und logischerweise natürlich auch die Existenz für seine Bauernfamilie gesichert wissen. Weil natürlich das Bauerneinkommen ein Risikoeinkommen ist, ist es willkommen, daß diese Direktzahlungen in Zukunft fließen werden – Präsident Pörtl hat das hier schon in seiner Budgetrede angezogen.

Vorerst aber noch eine Kurzbetrachtung der neuen Grenzlandstudie: Dieses steirische Grenzlandprogramm liegt uns vor und beinhaltet Weichenstellungen für die Jahre 1990 bis 2000 und wurde von Landeshauptmann Dr. Krainer kürzlich gemeinsam mit unserem Agrarlandesrat Dipl.-Ing. Schaller und unserer Wirtschaftslandesrätin Klasnic in Schloß Stein bei Fehring – also mitten im Grenzland sozusagen – präsentiert. Die Studie – ich sage das auch ganz offen als praktizierender Bauer und als politischer Abgeordneter – gibt keinen Anlaß zur Euphorie, aber die Studie widerlegt den Begriff von der Armut des Grenzlandes, und was übrig bleibt, ist dabei höchstens eine negative Werbung für das Grenzland mit diesem Begriff der Armut. Wer positiv denkt, für den war diese Armut im Grenzland überhaupt nie ein Begriff. Einkommensschwache Strukturen können nicht mit Armut verwechselt werden. Zehntausende Gäste kommen jährlich zu uns, und ich weiß das auch aus meinem Nachbargasthaus, wo einige hundert deutsche Gäste alle Jahre anwesend sind, die unser Grenzland bewundern, aus verschiedenen Blickwinkeln über die Schönheit und was hier alles wächst und gedeiht. Ich habe noch nie einen darüber klagen gehört, daß er eigentlich von der Armut des Grenzlandes empfangen würde. Das gibt es im Waldviertel auch, bitte sehr. (Abg. Mag. Rader: „Das werden wir deinen Leuten erzählen. Geniere dich!“) Ich geniere mich überhaupt nicht, denn wer mit offenen Augen durch das Grenzland fährt, der wird wissen, daß es nicht so ist.

Und ich weiß auch, wie eine Fernsehdokumentation zustande gekommen ist: In einem mir benachbarten Dorf, wo ein kleiner Bauer ein schmuckes Haus erbaut, aber noch nicht bezogen hatte, wurde das alte Haus, das abbruchreif war und das er abbrechen wollte, gefilmt und dazu die Aussage eines alten Bauernknechtes. (Abg. Mag. Rader: „75 Prozent Durchschnittseinkommen des Einkommens im westlichen Österreich ist reich? Geniere dich!“) Ich rede von der Beschreibung der Studie. Ich habe nicht gesagt, daß sie zur Euphorie Anlaß gibt, bitte sehr. Die Studie beschreibt, daß wir ein lebendiges Grenzland mit einer offenen Grenze und besten Nachbarschaftsbeziehungen haben, sie erwähnt die steirisch-slowenische Regionalkommission – nennen wir es einmal überregional –, sie beschreibt die gemischte Kommission für den kleinen Grenzverkehr. Die Landwirtschaft im

besonderen im Grenzland wird hier beschrieben, das Grenzland als Teil des Thermenlandes, die Verkehrsinfrastruktur, die Schulentwicklung, das Grundwasser-sanierungsprogramm, die Kultur im Grenzland, und schließlich wird hier auch der steirische Grenzlandvertrag Bund – Land als Forderungskatalog niedergeschrieben. Das Programm 1990–2000 zeigt aber auch – und jetzt, bitte sehr, Herr Kollege Mag. Rader – die strukturellen Schwächen des Grenzlandes auf, beinhaltet aber auch vieles, was bisher an positiven Leistungen geschah und was weiterhin gemacht und gefördert werden soll. (Abg. Mag. Rader: „Die Studie hat den Mitteleinsatz bewußt nicht untersucht!“) Herr Kollege Mag. Rader, wir sind es gewohnt, von dir immer nur negative Betrachtungen einer Studie zu hören, aber keine positiven. Das sind wir eigentlich gewohnt.

So beleuchtet also die Studie die Vergangenheit, Gegenwart und die Zukunft unseres Grenzlandes.

Sehr verehrte Damen und Herren, Bauern sind keine pragmatisierten Beihilfen- und Almosenempfänger, wie das, eigentlich immer weniger, hingestellt wird, sondern uns – und ich sage es noch einmal – sind echte Produzentenpreise für Agrarprodukte lieber, darüber hinaus ein gesichertes Einkommen und die Existenz. Aber wenn es im EG-Raum oder am Beispiel Südtirols gemessen oder auch in der Schweiz nicht anders möglich ist, müssen die Direktzahlungen einen bestimmten Ausgleich schaffen. Am Beispiel Südtirols, wie ich schon gesagt habe, ist das hier am deutlichsten zu sehen. Und ich freue mich daher, daß an Direktzahlungen im Landesvoranschlag für 1991 54 Millionen Schilling enthalten sind, 27 Millionen Schilling vom Bund, 27 Millionen vom Land – um auch hier gerecht zu sein –, daß es weiter eine 100prozentige Erhöhung von 35 auf 70 Millionen Schilling für das agrarische Hügelland- und Sonderkulturförderungsprogramm gibt, und gerade bei dieser Gelegenheit möchte ich auch unserem Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller für diese Initiative sehr, sehr herzlich danken, weil es hier auch eine spürbare Entlastung der kleinen, einkommensschwachen bäuerlichen Betriebe geben wird und auf Umwegen auch die Spezialkulturen eine große Chance für das zusätzliche Einkommen der kleinbäuerlichen Betriebe beinhalten. Gerade die Sonder- und Spezialkulturen beziehungsweise deren Produkte haben einen hohen Qualitätswert und Qualitätserhalten. Ich war heuer im Mai in Holland, und auch dort hat man mir gesagt, steirische Paradeiser sind Qualitätsprodukte. Man könnte die ganze Palette der Spezialkulturen anführen, alle unter dem Motto: Qualitätsprodukte aus der Steiermark.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Ich darf sagen, daß noch vieles angeführt werden könnte, was einen Grenzländer wie mich sorgenvoll bewegt, aber auch Hoffnung gibt, aber die Zeit hält mich davon ab. Ich danke abschließend dem Herrn Landeshauptmann für seine umfassenden Bemühungen, ebenso seinen Mitstreitern Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und Landesrätin Klasnic für ihre Bemühungen um das Grenzland in Bund und Land. Glück auf für die Zukunft und unser Grenzland. (Beifall bei der ÖVP. – 15.35 Uhr.)

Präsident Wegart: Verehrte Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, will

ich nicht als Mahner vom Dienst auftreten, aber ich muß darauf aufmerksam machen, daß wir etwa eineinhalb Stunden im Verzug sind, und das bedeutet, wenn wir das gleiche Tempo beibehalten, daß es am Schluß drei Stunden werden. Es hat bisher niemand zuwege gebracht, unter zehn Minuten seine Redezeit zu beschränken. Ich mahne. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pinegger.

Abg. Pinegger (15.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In einem Chorlied singt einer nostalgisch: Die alten Straßen noch, die alten Häuser noch, doch die Freunde sind nicht mehr. Dieses Lied, obgleich melodisch wunderschön, ist aber von der Wirklichkeit überholt worden. Wir haben, und das ist das Thema meiner Wortmeldung – Wegebau im ländlichen Raum –, hier viel geschaffen. Wenn wir unsere Autobahnen, Schnellstraßen, Bundes- und Landesstraßen verlassen, in der vorigen Budgetgruppe berichtet, so erreichen wir die Dörfer, die draußen angeblich friedlich, aber auch einem Veränderungsprozeß unterworfen, die Menschen zum Verweilen einladen. Dort haben, und das muß positiv vermerkt werden, in den letzten Zeiträumen gewaltige Anstrengungen dazu geführt, daß dieses ländliche Gebiet in sich selbst erschlossen werden konnte, aber darüber hinaus auch Anschluß an andere Gemeinden gefunden hat. Hier in dem Zusammenhang muß ich dankenswerterweise erwähnen, daß sowohl Mittel des Landes als auch des Bundes aus der Dotation Grüner Plan und in weiterer Folge auch sehr zielbewußt Mittel der Kammer für Land- und Forstwirtschaft im Rahmen des Kammerwegebauprogrammes zum Einsatz gelangen. Wir haben hier drei Kategorien von Wegen: die Gemeindestraßen, öffentlich-rechtliche Interessentenwege, private Weganlagen, sprich Hofaufschließungswege. Für die Kategorien I und II, Gemeindefwege, öffentlich-rechtliche Interessentenwege, gilt das Landesstraßenverwaltungsgesetz 1964, und zuständig sind ausnahmslos die Bürgermeister und nachgeordnet der Gemeinderat. Bei Privatwegen sind es Gemeinschaften von bäuerlichen Menschen, die sich zu einer Genossenschaft zusammenschließen und hier Wegebauvorhaben vornehmen. Hofaufschließungswege sind zumeist in dem Bereich sogenannte Sackgassen. Im privaten Bereich sind, und zwar Finanzierung und Grundabtretungen, partnerschaftlich auf der Basis des Verstehens zu regeln. Wir haben aber auch noch eine andere Art, wo diese Regelung über das Verstehen nicht gegeben ist, und da muß leider dann das sogenannte Bringungsrechtsverfahren in Anwendung gebracht werden. Ich darf das hier wohl mitteilen, auf Grund einer 30jährigen Erfahrung als Bürgermeister, es geht oft sehr hart zu. Das werden mir die Bürgermeisterkollegen bestätigen. Aber man darf nicht müde werden, sich als Mensch vollauf in Richtung Einsatz zu begeben, obgleich man manchmal bei den unter Umständen mitgetroffenen Entscheidungen auf Grund des Unverständnisses in Mißkredit kommt. Aber damit lebt ein Bürgermeister, solange er unterwegs ist. Wenn er aber die Stärke hat, ob so eines Mißverständnisses auch in Richtung Versöhnung dann anschließend wieder unterwegs zu sein, dann ist er positiv beraten. Die Wege werden zugeordnet. Wir haben ein sogenanntes Landesprogramm. Wir haben

als Beitrag im Budget für 1991 über 43 Millionen Schilling angesetzt. In diesem Landesprogramm werden überwiegend Gemeindefwege ausbaumäßig forciert. Dann gibt es ein Bundesprogramm. Zumeist öffentlich-rechtliche Interessentenwege, die hier aus Mitteln des sogenannten Grünen Planes gebaut werden. Die dritte Variante sind dann die Hofaufschließungswege, die zum Teil über die Fachabteilung IIe und zum Teil über Kammerwegprojekte abgewickelt werden.

So konnte im Zeitraum 1980 bis 1990, ein Jahrzehnt, zehn Jahre, die nicht spurlos an diesen Bauten vorübergegangen sind, folgendes bewerkstelligt werden. In diesem Zeitraum hat die Anzahl der Bauvorhaben, gesamtsteirisch gesehen, von 1602 auf 667 abgenommen. Aber nicht aus dem Grund, weil die Mittel ausgegangen sind, sondern weil es gelang, durch Mittelzuführung in die sogenannte Fertigstellung zu kommen. Diese Reduktion dieser Wegebauvorhaben beträgt 58 Prozent. Der durchschnittliche Aufwand betrug pro Jahr in den Jahren 1980 bis 1990 280 Millionen Schilling. 1980 konnten 114 Bauvorhaben mit einem durchschnittlichen Bauaufwand von einer Million abgeschlossen werden. Im Vergleich 1989 mit 224 Fertigstellungen mit einem Durchschnitt des Bauaufwandes von 2,3 Millionen. Das heißt mit anderen Worten, als sich die Anzahl der Wege vermindert hat, hat sich der Zuschlag auf die Programme in Richtung Ausbau und Fertigstellung erhöht. Als besondere Initiative des Landes Steiermark sei das Landessonderprogramm sehr deutlich hervorgehoben. 201 Wegebauvorhaben im Rahmen des sogenannten Grenzlandsonderprogrammes mit 117 Vorhaben als eine sogenannte Leistung, die diesen Bereichen zukommt, wurden hier Mittel auch über den Grünen Plan für diese Vorhaben beansprucht. Die Bauaufwände in Summe betragen in diesem Zeitraum des Jahrzehnts 1980 bis 1990 3.059.000.000 Schilling. Wahrlich eine stattliche Summe. Aber man könnte wieder nach dem Motto der Bürgermeister: Es kann nie genug sein, darauf reagieren.

Aber irgendwo bitte, meine Damen und Herren, dürfen wir schon sagen, daß wir von diesen sogenannten Karrenwegen, wo sich früher, und zwar geheim und illegal, die Ochsen durchschlichen oder später die Pferdefuhrwerke gelaufen sind, heute im ländlichen Bereich diese Straßen zum Ausbau gebracht haben. Aber nicht einzig und allein für die Freunde des bäuerlichen Berufsstandes, sondern auch für jene, die in diese ländlichen Bereiche kommen, um dort Erholung zu suchen, um dort mit diesen Menschen des bäuerlichen Berufsstandes Kontakt zu pflegen und um auch die Seele dieser Menschen und die Stimmung dieser Leute kennenzulernen. In dem Ausmaß, meine Damen und Herren, wie das Ausbauprogramm rückläufig ist – ich habe versucht, es Ihnen in Zahlen darzustellen –, beginnen die Überlegungen – und hier möchte ich sehr herzlich danken –, und es liegen Modelle vor, in Richtung Erhaltung zu gehen. Denn eines ist sicher: Eine Makadamstraße zu erhalten, ist relativ einfach – und das wird hier im Einsatz dieser sogenannten Gredo-Aktionen bewiesen, wo die Kammer für Land- und Forstwirtschaft, das Land und darüber hinaus auch die Gemeinden hier Hilfe jenen gewähren, die entlegen wohnen. Man hat sich auch

der Technik bedient, und zwar werden hier Tragfähigkeitsprüfungen der Fachabteilung II e vorgenommen. Ich habe das selbst in meiner Gemeinde durchgetestet. Da kann man die Tragfähigkeit des sogenannten Unterbaues als auch der Tragschicht messen. Und hier hat man auf Grund dieser Feststellungen und Auflistungen nach diesem Verfahren festgestellt, daß Schotterstraßen zirka 15.000 Schilling pro Kilometer und Jahr, was die Erhaltung anbelangt, kosten. Hier sind Katastrophenschäden bitte schön ausgeklammert.

Die nächste Gruppe sind dann die Asphaltstraßen, wo man im Zuge einer sogenannten Vorprofilierung und eines Belagsüberzuges versucht, Erhaltung zu betreiben, und da sind die Kosten schon gewaltig hoch. Die liegen in diesem Bereich pro Kilometer bei zirka 600.000 bis 800.000 Schilling.

Dann haben wir die dritte Variante, eine Tragschicht generell zu verstärken, und das ist natürlich die höchste Position der Erhaltung. Wir können hier pro Kilometer mit 1,2 bis 1,3 Millionen Schilling rechnen. Vor dieser Situation stehen wir.

Ich darf mich als Noch-Bürgermeister sehr freuen, daß hier, was die Wegerhaltung anbelangt, Modelle vorliegen, die uns, die Gemeinden, aber nicht nur die Gemeinden, sondern auch die jeweils Betroffenen hoffen lassen, daß ihr Weg, der unter großem Aufwand errichtet wurde, auch für die Zukunft erhalten werden kann. Ich darf dir, geschätzter Herr Landeshauptmann, als Referent auch für diesen ländlichen Wegebau herzlich danken, darf Hofrat Kürschner einen herzlichen Dank aussprechen, der die Fachabteilung II e residiert, ihr vorsitzt, mit den Mitarbeitern, und auch den Bezirksbauleitungen, die draußen angesiedelt sind und die in ständiger Kontaktnahme mit den Gemeinden sind, einen herzlichen Dank. Aber nicht zuletzt der Kammervertretung, der vielgelästerten, auch Ihnen, meine Herren der bäuerlichen Berufsvertretung, Kammer für Land- und Forstwirtschaft, einen herzlichen Dank. Aber einen ganz besonderen Dank jenen, die durch Einsatz weit über die Berufsgrenzen hinweg, durch steuerliche Leistungen den Beitrag erbringen, den wir dann auf allen Ebenen versuchen zu verteilen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.49 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schweighofer.

Abg. Schweighofer (15.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir erleben heute eigentlich wieder eine sehr lebhaft Agraardiskussion, und ich habe diese Diskussion sehr genau verfolgt und zugehört. Man hat eigentlich den Eindruck, als ob es in den letzten 20 Jahren in Österreich eine Alleinregierung der ÖVP und des Bauernbundes gegeben hätte. Lieber Herr Kollege Zellnig, 17 Jahre SPÖ-Regierung sind auch an den Bauern nicht spurlos vorbeigegangen (Abg. Vollmann: „Heute geht es den Bauern besser!“), und gerade du als SPÖ-Vorsitzender der österreichischen sozialistischen Bauern, glaube ich, mußt dir an die Brust klopfen und mea culpa sagen. Und ich hoffe, daß wir in Zukunft etwas besser in dieser Richtung zusammenarbeiten können, im Interesse unserer Bauern und zum Wohle unserer Bauern, die unsere schöne Heimat immer wieder erhalten und pflegen. (Beifall bei der

ÖVP. – Abg. Zellnig: „Ganz deiner Meinung, nur hat es in der SPÖ-Alleinregierung genau dieses Agrarsystem gegeben, und alles, was wir besser machen wollten, habt ihr verhindert!“) Aber, lieber Kollege Zellnig, du weißt genau, die Mehrheit in diesem Lande entscheidet, und die SPÖ hat in den letzten 17 Jahren die Mehrheit gehabt. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Zellnig, du bist ein Meister im Untergriffe-Machen!“ – Abg. Neuhold: „Zellnig, du hast eine kabarettistische Ader!“)

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, nun zu meiner eigentlichen Aufgabe. Und ich möchte in dieser – (Abg. Zellnig: „Man muß nicht gleich Untergriffe machen, wenn man die Wahrheit sagt!“) Ich glaube, lieber Kollege Zellnig, seien wir bei der Wahrheit vorsichtig, und stehen wir zu dem, was gesagt wurde.

In meiner Wortmeldung zu dieser Debatte im landwirtschaftlichen Bereich möchte ich mich eigentlich mit dem Thema der Vorbereitung zu diesem großen europäischen Markt befassen, dem wir Bauern eigentlich immer skeptisch gegenübergestanden sind, wo wir sicherlich sehr viele Mängel und Gefahren sehen, wo sicherlich aber auch, wenn wir sie richtig nützen, Chancen vorhanden sind. Wir leben in einer sehr bewegten Zeit und sind gegenwärtig Zeugen gigantischer Veränderungen gerade im östlichen Bereich. Aber auch in Österreich befindet sich die wirtschaftliche Gesellschaftsstruktur in einem Umbruch, und in einer besonderen Weise ist davon sicherlich auch der landwirtschaftliche Bereich mit seinen Marktordnungen betroffen. Es ist Vorgabe, in Österreich eine Agrarmarktordnung nach dem Muster der Europäischen Gemeinschaft einzurichten. Das hat natürlich zur Folge, daß sich auch alle Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe, egal, ob sie sich im industriellen, im gewerblichen oder auch im genossenschaftlichen Bereich befinden, stärker auf diesen freien Markt vorbereiten müssen. Die grundsätzliche Ausrichtung auf mehr Marktwirtschaft, auf mehr Freiheit des Marktes wurde im wesentlichen im Koalitionsabkommen der beiden Regierungsparteien im Jahre 1988 im Zuge der Marktordnungsverhandlungen ausverhandelt und auch ausformuliert. Die Fortführung dieser Liberalisierung unserer Wirtschaft ist auch gegenwärtig ein sehr schwieriger Gegenstand und Verhandlungspunkt bei den laufenden Koalitionsverhandlungen. Wie wir alle wissen, bemüht sich Österreich um die wirtschaftliche Integration in diesen großen europäischen Wirtschaftsraum der EG. Bei allen Vorbereitungen dafür und auch in der zeitlichen Vorstellung müssen wir davon ausgehen, daß wir in etwa Mitte der 90er Jahre ein Teil dieses großen Wirtschaftsraumes sein werden. Der Eintritt in diesen gemeinsamen Markt ist für uns mit dem Eintritt in den freien Wettbewerb verbunden. Viele Bereiche unserer Wirtschaft sind aber heute auf diesen freien Wettbewerb noch nicht genügend vorbereitet. Es muß daher unser aller Bestreben sein, bis dahin jene politischen und wirtschaftlichen Vorkehrungen zu treffen, daß sich Unternehmen noch vor der Eingliederung in diesen großen europäischen Markt als wettbewerbsfähig auch profilieren können. Unternehmen, die jene Strukturen, die für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind, in diesem Zeitraum nicht schaffen, werden es sehr schwierig haben. Der Wind, der uns in diesem freien

Markt entgegenblasen wird, ist sicherlich ein sehr scharfer. Ein wesentlicher Punkt unserer wirtschaftlichen Entwicklung liegt auch in der Konzentration auf die Nachfrage nach unseren Produkten. Am Beispiel des österreichischen Lebensmittelhandels wird es ganz besonders deutlich. Eine Untersuchung hat ergeben, daß etwa sieben Kettenorganisationen des Lebensmittelhandels rund 85 Prozent der Gesamtnachfrage nach Lebensmitteln in den Händen haben. Diese enorme Konzentration des österreichischen, aber auch des europäischen Handels ist bei weitem noch nicht abgeschlossen und wird sich aller Voraussicht nach noch fortsetzen. Daraus wird auch klar, daß eine zersplitterte Anbieterstruktur gegenüber diesen mächtigen Handelskräften wohl kaum eine Chance haben wird. Dieser geballten Nachfragestruktur muß auch eine profilierte Anbieterstruktur gegenüberstehen.

Es ist daher sehr erfreulich, daß sich gerade in letzter Zeit im agrarischen Bereich in diese Richtung auch etwas getan hat. Als ein Beispiel dafür möchte ich die heute schon oft zitierte AMF, die Austria Milch- und Fleischvermarktungsgenossenschaft, anführen. Die AMF ist eine Gründung der fünf österreichischen Molkereiverbände, die sich zusammengeschlossen haben, um den österreichischen Handel, die Gastronomie noch wirtschaftlicher, umfassender sowohl vom Sortiment her, aber auch vom Service her, bedienen zu können. Gelingt uns diese Festigung und diese Wettbewerbsfähigkeit auf dem österreichischen Markt nicht, dann – so bin ich überzeugt – laufen wir Gefahr, daß wir in Kürze von den ausländischen Anbietern überrollt werden. Damit ginge sicherlich wesentliches heimisches Absatzpotential auch für uns Bauern verloren. Durch die eingeleiteten gemeinsamen Kostenoptimierungen, durch die Rationalisierungen sowie das verstärkte Bemühen nach Produktentwicklung und nach Qualitätsförderung bringt dieses neue Unternehmen auch die Voraussetzungen, sich auch im internationalen Markt zu behaupten. Ich verweise in diesen Betrachtungen aber auch auf unsere Anstrengungen gerade im Rahmen der ÖMIG, der Österreichischen Milchinformationsgesellschaft, die seit vielen Jahren sehr erfolgreich wirkt und auch arbeitet und eine positive Grundstimmung für den Absatz unserer Milchprodukte geschaffen hat. Wir haben in den letzten Jahren laufend jährlich rund 2 Prozent Steigerung im Absatz gehabt, und auch in diesem Jahr steigt der Absatz um 2 Prozent. Positive Auswirkungen auf unsere landwirtschaftliche Produktvermarktung sind sicherlich auch von der Gründung der neuen Agrarmarketing Servicegesellschaft zu erwarten. Auch die gemeinsame Werbung geht in diese Richtung und hat berechnete Ansätze. Auf Landesebene gibt es die steirische Innovationsagentur für die Landwirtschaft, wo professionell nach Marktnischen gesucht wird; aber auch die steirische Agrar Marketing Servicestelle, wo gerade Rahmenkonzepte erstellt werden für bäuerliche Marktgemeinschaften, für Erzeugergemeinschaften; aber auch die naturnahe kontrollierte Produktion, wo der Konsument vom Bauern her bis hin zum Verbraucher, dem Geschäft, den Gang dieses Lebensmittels verfolgen kann; aber auch die Unterstützung des Urlaubes am Bauernhof, die Installierung von neuen Bauernmärkten.

Es ist erfreulich, daß gerade in den letzten Jahren die Bauernmärkte immer mehr beansprucht werden, weil

dort gerade die Bindung mit den Bauern, mit der Natur immer wieder am besten ist. Auch die Findung neuer Produkte und Spezialitäten für bestimmte Regionen, die Forcierung des Abhofverkaufes und der Direktvermarktung, die für einen Teil unserer Bauern sicherlich ein zusätzliches Einkommen bedeutet, das aber auch mit sehr viel Arbeit und sehr viel Einsatz dieser Bauernfamilien verbunden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insgesamt muß uns aber klar sein, daß neben den verschiedensten Möglichkeiten der Selbstvermarktung, der Direktvermarktung, die sicherlich die idealste Form der Vermarktung bäuerlicher Lebensmittel ist, daß der allergrößte Teil unserer Produkte auch in Zukunft über die klassische Form der Vermarktung, über den Handel und die Genossenschaften erfolgen wird. Gerade im Hinblick auf diesen großen europäischen Markt wird daher Marketing, gebündeltes Angebot, professionelle Marktbearbeitung und die Schaffung geeigneter Vermarktungsstrukturen von größter Wichtigkeit sein. In diesem Sinne bitte ich, auch in Zukunft im Interesse unserer bäuerlichen Berufskollegen gemeinsam zu arbeiten. (Beifall bei der ÖVP. – 16.01 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

Abg. Günther Prutsch (16.01 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte mich, wie gewohnt, kurz fassen und trotz allem auf einige sehr wichtige Anliegen des steirischen Grenzlandes hinweisen. Trotz aller Gutachten steht fest, daß die Einkommenssituation im steirischen Grenzland nicht rosig ist. Dies trotz Fleiß, Kreativität und Bescheidenheit der Bewohner. Jener Bewohner, die die Auswirkungen tagtäglich zu spüren haben. Wir haben sicherlich nicht eine Diskussion über ein Armenhaus zu führen, sondern eher eine Diskussion über Einkommensgerechtigkeit. Ich kann mich aber in diesem Zusammenhang nicht an die Theorie des Kollegen Weilharther anschließen, der gemeint hat, daß sich die Bauern keinen Steireranzug mehr leisten können. Betroffen von diesen Problemen sind nicht nur Arbeitnehmer und Kleingewerbe, wie gesagt, sondern vor allem unsere Landwirte, die immer mehr gezwungen sind, im Nebenerwerb ihren Betrieb zu bewirtschaften. Durch das Öffnen der Wirtschaftsgrenzen, ich nenne nur als Stichwort GATT und EG, aber auch durch die Entwicklung im ehemaligen Ostblock, wird sich der Druck auf unsere Landwirtschaft und damit auch auf den Arbeitsmarkt erhöhen. Durch das bereits jetzt schon vorhandene geringe Arbeitsplatzangebot im Grenzland wird die Suche nach einem außerlandwirtschaftlichen Einkommen weiter erschwert. Unser gemeinsames Ziel muß daher sein, durch die Verarbeitung und Vermarktung der Produkte in der Region draußen zusätzliche Einkommensmöglichkeiten für die Bauern zu schaffen. Eine besonders attraktive Form der Direktvermarktung stellt unser steirischer Buschenschank dar. Lange schon, aber immer öfter stellt sich hier die Frage, warum der Weinbauer seinen Gästen zu seinem hervorragenden steirischen Wein nur kalte Speisen servieren darf. Er muß zwar das Fleisch kochen, darf es aber erst dann auf den Tisch bringen, wenn es abgekühlt ist. Geschätzte Damen

und Herren! Ich fordere Sie auf, die vorliegenden Verbote und Verordnungen im Sinne der Bauernschaft, aber auch im Sinne der Konsumenten auf ihre Zweckmäßigkeit und auch auf Wettbewerbsfeindlichkeit zu überprüfen und endlich für Abhilfe zu sorgen. (Abg. Buchberger: „Hast du die Weinbauern gefragt, ob sie es wollen?“) Das wollen sie. (Abg. Buchberger: „Einige vielleicht, die meisten nicht!“ – Abg. Purr: „Du stellst das einfach in den Raum!“) Weil ich weiß, was die Weinbauern wollen. Durch die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohprodukten werden Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. Für mich ist daher unverständlich, daß die Grenzlandmolkerei Mureck bürokratischen Strukturanpassungen zum Opfer fallen soll. Ich setze mich für die Erhaltung des Betriebes ein, erstens weil das Rohprodukt unserer Bauern dort verarbeitet wird, zweitens zig Menschen dort eine Arbeit finden, und drittens ein Produkt erzeugt wird, das weltweit – und das ist nicht übertrieben – Anerkennung findet und das sich auch am Markt behauptet.

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, um Unterstützung in diesen für das Grenzland und für unsere Bauern so wichtigen Fragen. Die Realisierung beider Anliegen würde eine große Hilfe für das Grenzland darstellen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 16.06 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (16.06 Uhr): Sehr geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Präsident Pöttl hat heute eigentlich sehr eindrucksvoll diese Agrardebatte begonnen, indem er auf die ganze Problematik eines gesunden Bauernstandes hingewiesen hat, auf die Schwierigkeiten in den internationalen Überlegungen, auf die Problematik der Ernährung im Osten, und er hat auch die Sorge und die Überlegungen bezüglich des Anschlusses an die EG und zum Schluß auch die sozialen Erfolge der Bauernvertretung erwähnt. Und es ist in seiner Aussage eigentlich klar durchgeklungen, wie ernst die bäuerlichen Vertreter der Österreichischen Volkspartei die Situation der Bauern immer genommen haben und auch immer nehmen. Und wenn das in nachwirkenden Reden dann anders behauptet wurde, worauf ich noch zu sprechen komme, so möchte ich eingangs ganz klarstellen, daß wir für uns mit Stolz in Anspruch nehmen, daß wir die Bauern immer so gut vertreten haben und heute auch noch so vertreten, und daß wir auch auf parlamentarischer Ebene nicht nur hier, sondern auch in Wien bemüht sind, über die Gesamtpartei die Leute im ländlichen Raum auch in der Gesetzesbildung entsprechend zu vertreten. Ich darf Ihnen vorhalten, nachdem Sie von der Sozialistischen Partei immer so große Sprüche führen, daß ich vorige Woche in Wien erfahren durfte, daß es Ihnen trotz des großen Erfolges, den Sie feiern, nicht möglich war, nur einen bäuerlichen Vertreter in Ihre Parlamentsriege hineinzubekommen. Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren – (Abg. Purr: „Wie kann das passieren?“ – Abg. Zellnig: „Du sagst, daß für alles, was bei der Bauernschaft passiert, ihr die Verantwortung trägt?“) Ja, gern, gern. Kommen wir noch zurück!

Und es wären, wenn wir die Verantwortung für die Bauern nicht getragen hätten und bei euch von 1970 bis 1986 vertreten hätten, die Bauern noch die ärmeren Teufel gewesen, wie sie sowieso waren. Ich muß dir auch das in der Krampusnähe sagen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zellnig: „Ihr seid jetzt verantwortlich für 200 Schilling weniger beim Festmeter Holz!“)

Lieber Kollege Zellnig, wenn du so etwas – das ist ja kein Kabarett – sagst, dann hast du von der Wirtschaft überhaupt keine Ahnung. (Abg. Zellnig: „Du hast es gesagt!“) Du weißt, meine ich, daß ein internationaler Wirtschaftswettbewerb gerade in diesen Fragen herrscht, du weißt, daß es gerade beim Holz eine wahnsinnige Katastrophe im Vorjahr gegeben hat. Na, wenn du für das auch noch uns verantwortlich machst, dann, bitte, ja. Aber deine Aussage war jetzt wirklich so – sei mir nicht böse, ich habe dir gesagt: Der rote Apfel war mir weit lieber als deine Wadl, weil der war süß. Ich mag das Beißen sonst nicht, da ist mir dein Apfel wirklich weit lieber gewesen. Merk dir das, aber mit so einer Aussage hast du dich selbst qualifiziert, daß dich nur die Polemik interessiert, und absolut nicht die wirtschaftliche Tagessituation, wie sie sie halt im Bereich der Landwirtschaft auch immer wieder gibt. Die ganze Diskussion – und darum bitte ich Sie, bitte – soll in Bahnen laufen, daß die Wertstellung des Bauern in der Gesamtbevölkerung so weiterschreitet, wie sie in letzter Zeit als Positivum eben auch gewonnen hat. Und ich bin sehr froh darüber, daß heute der Konsument weiß, was die österreichische Agrarvorstellung ist, daß der Konsument auch zur Kenntnis nimmt, daß auch der Bauer für seine Arbeit – und das ist nicht nur die Produktion von Nahrungsmitteln, sondern auch die Arbeit, die er für die Erhaltung der Natur leistet – seinen entsprechenden Lohn erhalten soll, und daß ein Großteil der Österreicher es auch als Unrecht sieht, wenn die Einkommensunterschiede zu den anderen Berufsgruppen immer noch gegeben sind.

Und, meine Damen und Herren, es ist gerade in Ihrer Aussage auch die Einkommensentwicklung gekommen, und Sie versuchten es so darzustellen, als wenn es Zeiten gegeben hätte, wo Sie geschaut haben, daß das nur gut war. Bitte, blättern Sie im „Grünen Bericht“ und lesen Sie nach – (Abg. Zellnig: „Ja eben!“) Sie können eindeutig feststellen, daß der größte Abfall bei den bäuerlichen Einkommen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre war, aber daß seit 1986 hier eine positive Entwicklung Platz gegriffen hat. Und wenn Sie ein paarmal den Riegler in Verbindung gebracht haben, so hat er sicher als Landwirtschaftsminister das eingeleitet, und der heutige Minister Fischler macht es auch in derselben Form weiter.

Und, lieber Herr Abgeordneter – gestern habe ich dir ja etwas anderes gesagt, aber man muß ja auch wieder vergessen können; ich möchte den Ausdruck heute nicht mehr gebrauchen – (Abg. Weilharter: „Wiederhole ihn!“) Ja, ohne weiters, wenn du mich forderst. Weil verdient hast du ihn! Das sage ich dir! Diese Art, diese schäbige, die hat in der Politik keinen Platz, und ich bin sehr froh, daß es nicht möglich war, daß der eigentlich große obersteirische Bauernführer, der ehemalige Vizekanzler Hartleb, der ein besonderer Befürworter der bäuerlichen Interessen war, und der ein Mitbegründer der Interessensvertretung und des Genossenschaftswesens war, heute deine Rede gehört

hat, weil er würde sich wahrscheinlich mit einem solchen Nachfolger schämen.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das würde er!“ – Abg. Mag. Rader: „Er würde sich insgesamt genießen!“ – Abg. Weilharter: „Da müßte man dir applaudieren!“) Nein, das brauchst du nicht. Da lege ich gar keinen Wert darauf. Und, lieber Kollege Zellnig, eine Richtigstellung muß ich machen: Ich habe an diesem Rednerpult hier nie erklärt, daß Nebenerwerbslandwirte nur geduldet werden, sondern die Agrarpolitik der Österreichischen Volkspartei und überhaupt die Politik der Österreichischen Volkspartei hat frühzeitig auf die Strukturveränderungen Rücksicht genommen, und es hat der Nebenerwerbslandwirt immer seine entsprechende Wertstellung gehabt. Meine Äußerung war die – und es ist hier vor einer Woche um die Kammerauseinandersetzung gegangen, wo es um ein Wahlrecht gegangen ist, und für ein Wahlrecht haben wir andere Voraussetzungen. Da gibt es eine Ordnung, da gibt es gesetzliche Bestimmungen, aber ich möchte diesen Vorwurf ernstlich zurückweisen und wünsche nicht, daß in der Form polemisiert wird. Polemik ist in einer so ernsten Zeit nicht immer angebracht. Ich denke sehr oft darüber nach, wenn ich immer wieder lese und höre, die Angriffe gegen die Interessensvertretungen, die Angriffe gegen die Genossenschaften, vor allem die bäuerlichen Einrichtungen, und es wurde heute schon sehr eindrucksvoll gesagt, die in einer Zeit geschaffen wurden, wo es schwierig war. Ich habe Freunde, die kürzlich in Rumänien waren und die mir erzählt haben – ich glaube, man muß das hier auch sagen –, daß es dort Dörfer gibt, daß in den Dörfern es noch bäuerliche Stämme gibt, die Dinge produzieren, daß es aber keine Einrichtungen gibt, die die produzierten Dinge weiterleiten in die größeren Orte, wo die Menschen leben. Wir haben hier geordnete Verhältnisse. Auch dort werden die Strukturen verändert und der heutigen Zeit angepaßt, und diese Anpassung muß uns alle gemeinsam treffen. Wir tragen in größter Verantwortung Sorge für die Entwicklung der genossenschaftlichen Einrichtungen. Wir haben aber auch große Sorge, daß die sozialen Probleme der Arbeitnehmer, die dort beschäftigt sind, in bester Ordnung sind. Ich glaube, der Bauer hat eben nicht nur mehr die Aufgabe, nur Nahrungsmittel, wie wir in Österreich mit höchster Qualität in der europäischen Norm, zu erzeugen, sondern unsere Sorge gilt auch der Umwelt, der Natur, der gesunden Luft und dem reinen Wasser. Das ist eine Verantwortlichkeit für die gesamte Bevölkerung und die gesamte Wirtschaft. Wenn heute viele Diskussionen stattfinden über die Gefährdung des Waldes, der gerade bei uns in der Steiermark eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung hat, so sind wir auch dort über die Beratung (Abg. Weilharter: „Deshalb ist der Fonds mit 500.000 Schilling dotiert!“) sehr darauf angelegt, daß über entsprechende Verjüngungsmethoden und entsprechende Erntemethoden es zu geringen Schäden im Walde kommt, und wir sind um die Umwelt auch sehr bemüht. Gerade in unserem Bezirk haben wir auch bewiesen, daß wir die Industrie dorthin bringen, daß die Schädigung in Grenzen gehalten wird.

Meine Damen und Herren! Auch die Zukunft braucht einen gesunden Bauernstand. Wir brauchen

eine gesunde Umwelt, wir brauchen auch den Bauernstand, um in Zukunft die Sorge der Energie zu sichern, und wir sind fix daran, auch über die Situation in der ganzen Entwicklung der Biomasse unseren entsprechenden Beitrag zu leisten. Die Sicherung der Ernährung bester Qualität und die Sicherung einer gesunden Umwelt, das ist unsere Verantwortung, und der Bauernstand verdient eine ernste Vertretung, und es sollen seine ernststen Sorgen nicht über parteipolitische Polemik immer wieder behandelt werden. (Beifall bei der ÖVP. – 16.19 Uhr.)

Präsident: Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (16.19 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Präsident der Landwirtschaftskammer hat in einer für mich sehr eindrucksvollen Weise in seiner Einleitung kurz berichtet über jenes Ereignis, das sich in Brüssel abgespielt hat und das symbolträchtig für unsere Situation ist, nämlich jene durchaus dramatische Entwicklung, die auf uns und auf die Landwirtschaft im Zusammenhang mit dem GATT zukommt. Ich glaube, daß wir die Dinge gar nicht ernst genug nehmen können. Ich habe vor etwa einem Jahr im Auftrag des Herrn Landeshauptmannes eine Studie über das steirische Grenzland in Auftrag gegeben, die wir kürzlich vorgestellt haben. Die Zahlen sind – das hat der Abgeordnete Neuhold schon gesagt – durchaus kein Grund zur Euphorie, sondern ernster Grund, da gebe ich dem Kollegen Prutsch durchaus recht, nachzudenken. In dieser Studie ist auch dieser Prozeß, wie er heute noch immer vor sich geht, sehr klar herausgekommen, daß in den letzten drei Jahrzehnten im untersuchten Gebiet der Südost- und Weststeiermark 66.000 Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft verlorengegangen sind. In Relation zur Industriezone der Steiermark gesehen, ist das vergleichsweise eigentlich viel höher. Wenn diese Studie eines aufgezeigt hat – (Abg. Mag. Rader: „Das hat der Kollege Neuhold völlig anders dargestellt!“) Er hat es schon richtig gemeint. Nämlich, die positive Seite bei aller Dramatik ist sicher die, daß zwei Drittel dieser Arbeitsplätze in der Region erhalten werden konnten, und zwar im gewerblichen, mittelständischen Bereich, und damit, und das ist die positive Leistung, ist es möglich geworden, daß die Entvölkerung und die Abwanderung aus diesem Grenzland hintangehalten werden konnte. Prof. Tichy weist dann auch sehr klar nach, daß dieses Gebiet an sich eine relativ stärkere Dynamik aufweist als andere Gebiete in Österreich. Wenngleich auf einer relativ niedrigen Ebene, und es ist überhaupt keine Frage, daß alle unsere Bemühungen dahin gehen müssen, die Einkommenssituation in diesem Raum zu verbessern. Nun, ich sage das deswegen, weil ich die Aussage des Kollegen Weilharter als eine große Entgleisung empfunden habe, bei allem Verständnis für Profilierung. Zu sagen, was wir in der Steiermark machen, sei Roßtäuscherei und Sterbehilfe, obwohl es uns erstmals gelungen ist, das Agrarbudget auf über 1 Milliarde anzuheben, ist eine wirklich schlimme Entgleisung. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte ganz kurz auf die einzelnen Beiträge eingehen, weil sie eine Antwort erfordern. Kollege Zellnig: Du hast heute ein Thema angeschnitten, das ich schon

sehr ernst nehme. Es ist die Frage des Mindesteinkommens. Ich bin froh, daß du auch dazu Stellung genommen hast. Ich habe dies allerdings das erste Mal von dir gehört. Du hast damit eigentlich eine Wortmeldung des Präsidenten der Landwirtschaftskammer und des Obmannes des agrarpolitischen Ausschusses aufgenommen, die auch in einer sehr verantwortungsbewußten Weise im Februar dieses Jahres sich zu diesem Thema zu Wort gemeldet haben, nämlich zur Frage des Mindesteinkommens von 10.000 Schilling. Es ist für mich überhaupt keine Frage, daß dies auch für die Landwirtschaft zu gelten hat und gelten muß. Ich meine, das ist eine soziale Frage und eine Frage der Gerechtigkeit. Der Präsident hat damals mit Recht gesagt: „Über 50 Prozent der steirischen Bauernfamilien haben ein Nettoeinkommen je Familienarbeitskraft, das unter 10.000 Schilling pro Monat liegt.“ Das zeigen die Buchführungsergebnisse für den „Grünen Bericht“ des Bundes. „Die Bauernfamilien dürfen daher bei der Diskussion rund um die Anhebung des Mindestlohnes auf 10.000 Schilling nicht unberücksichtigt bleiben“, erklärten Kammerpräsident Landtagsabgeordneter Erich Pörtl und der Obmann des Agrarpolitischen Ausschusses zur laufenden Diskussion. Das war am 27. Februar. Und der Präsident hat dort vier Punkte konkret vorgeschlagen, auf die ich im einzelnen nicht eingehen möchte, weil die Zeit zu weit fortgeschritten ist. Aber er sagt am Schluß: „Wenn es uns nicht gelingt, die landwirtschaftlichen Einkommen zu erhöhen, wird es zu einer weiteren Abwanderung aus der Landwirtschaft kommen, und dadurch wird der Arbeitsmarkt belastet und eine flächendeckende Pflege der Kulturlandschaft gefährdet.“

Kollege Zellnig, ich glaube, daß wir in dieser Frage wirklich einen Schulteranschluß dringend brauchen, und zwar nicht nur mit dir, sondern mit allen, denen es darum geht, daß wir auch in Zukunft eine bäuerliche Landwirtschaft haben, die auch die allerbeste Gewähr dafür ist, unsere Kulturlandschaft auch in Zukunft so erhalten zu können, wie wir sie jetzt haben. Das ist bei Gott keine Selbstverständlichkeit und ist eine Leistung – und ich wiederhole, was ich schon öfter gesagt habe –, eine Leistung, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann und die auch bezahlt werden muß. (Abg. Zellnig: „Nur eine Anmerkung: Mir geht es nicht um einen Vaterschaftsprozess. Es ist genau fünf Jahre her, daß ich eine Einladung der Universität Innsbruck erhalten habe, wo ich im Grünen Forum zu diesem Thema des Direkteinkommens gesprochen habe. Ich freue mich, daß wir das gemeinsam machen können, und meine Unterstützung ist gegeben!“) Schau, ich möchte mich in keine Polemik einlassen. Mir ist das Thema viel zu ernst, und ich habe das ja auch positiv aufgegriffen und gesagt: Das ist ein Punkt, wo wir wirklich gemeinsam marschieren können und müssen.

Ich möchte auch auf ein zweites Thema zurückkommen: Es ist heute, nicht zuletzt auch von dir, aber auch von anderen, die Frage der Direktzahlungen angeschnitten worden. Ich bekenne mich dazu, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil ich in der Zeit, seit ich Verantwortung in der Landesregierung trage, mich – glaube ich – in einer sehr intensiven Weise für den Ausbau dieses Instrumentes eingesetzt habe. Es ist immerhin möglich gewesen – ich möchte das gerne

auch hier noch einmal wiederholen –, ich gehe einmal von der Bergbauernförderung aus, die ja, glaube ich, das Vorbild für diese Form der Direktbezahlung ist, wo die Leistung der Bergbauern abgegolten wird, und das sind immerhin, bitte, wenn man Bund und Land zusammenzählt, 160 Millionen Schilling. Ist auch noch zu wenig, wir wissen das. Aber es ist immerhin eine sehr beachtliche Summe, die vor zehn Jahren noch 71 Millionen Schilling betragen hat. Das heißt, wir haben sie in diesen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Wir haben im Jahre 1987 mit der Bergweinaufförderung begonnen, um diesen extremen Bergweinaufern auch einen Einkommensausgleich zu schaffen. Wir fördern jetzt immerhin 1700 Weinbaubetriebe mit etwa 9 Millionen Schilling. Ich glaube, daß gerade die Bergweinaufförderung auch ein ganz wichtiger Beitrag für die Erhaltung der Kulturlandschaft und für die Unterstützung unserer Weinbauern ist. Ich glaube, gerade das heute schon genannte Direktförderungsprogramm, und zwar das Grenz- und Hügellanddirektförderungsprogramm, mit dem wir vor zwei Jahren begonnen haben – bescheiden, ich sage das gerne; damals waren es 3000 Betriebe mit 9 Millionen Schilling, jetzt sind wir bei immerhin 8300 Betrieben mit 54 Millionen Schilling –, ist ein sehr entscheidender Beitrag auch für die Existenzsicherung, wobei ich auch dazusage: Mein Ziel ist es, diese Form der Förderung weiter auszubauen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber ich sage auch eines sehr klar: Wir werden das Problem der bäuerlichen Existenzen nicht ausschließlich mit Direktförderungen absichern können. Wir werden auch in Zukunft auf eine Reihe von Förderungen, etwa in der Schaffung der Infrastruktur, im Aufbau gewisser neuer Produktionseinrichtungen, in der Beratungsförderung, in der Bereitstellung der Ausbildungsstruktur – wir haben in der Steiermark immerhin ein Drittel unseres Budgets für die Ausbildung der bäuerlichen Jugend vorgesehen, und das ist ein sehr gut angelegtes Geld –, auch auf die Sicherung von Märkten und letztendlich auf entsprechende Schutzmechanismen nicht verzichten können. Ich sage das deshalb, weil ich glaube, daß wir beide oder mehrere Wege der Einkommenssicherung in der Landwirtschaft beschreiten müssen.

Die Frau Abgeordnete Kammlander ist nicht da. Ich sag's trotzdem: Wenn sie hier nicht ganz korrekt zitiert und gesagt hat: „Das Kammerbudget sind 44 Prozent“, dann kann ich nur sagen, das Kammerbudget sind 146 Millionen Schilling; das sind 15 Prozent des Agrarbudgets. Diese 15 Prozent sind auf Grund des Landwirtschaftsförderungsgesetzes jener Beitrag, den das Land an die Kammer bezahlt, weil die Kammer sich damit verpflichtet hat, die gesamte Landwirtschaftsförderung zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, auch hier ein sehr klares Wort: Wenn wir diese Aufgaben vom Land aus selbst erfüllen müssen, dann werde ich mit diesem Betrag sicherlich nicht auskommen. Das heißt, dieses Geld ist durchaus gut angelegt.

Kollege Ofner (Abg. Purr: „Er ist nicht da!“), ich möchte nur eines sagen: Ich weiß nicht, vielleicht ist es nicht so gemeint gewesen, wie es herausgekommen ist. Ich sag's trotzdem. Er hat gemeint: „Leider ist der Trend zum Nebenerwerb heute da.“ Ich würde das „Leider“ nicht sagen. Ich gehe davon aus, daß wir

interessiert sein müssen, möglichst viele bäuerliche Höfe im Sinne einer flächendeckenden Bewirtschaftung unserer steirischen Landschaft zu erhalten und im Sinne der Sicherung möglichst vieler bäuerlicher Existenzen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich die Struktur weiter verändert und daß eine große Zahl von Betrieben – und das ist der weitaus größere Teil – heute eben ihr Einkommen aus Landwirtschaft und aus einer anderen Berufstätigkeit schaffen und schöpfen.

Gerade die Grenzlandstudie hat eines sehr deutlich gezeigt, daß wir bei dieser Agrarstruktur, wie wir sie in diesen Gebieten haben, trotz der günstigen klimatischen Bedingungen einfach darauf angewiesen sind, daß wir Arbeitsmöglichkeiten im außerlandwirtschaftlichen Bereich entweder in der Region oder auch im Großraum Graz zur Verfügung haben müssen, um diesen bäuerlichen Existenzen Einkommensmöglichkeiten zu sichern. Daher ein ganz klares Ja auch zur – mir gefällt der Begriff Nebenerwerbsbetrieb, da bin ich mit dir völlig d'accord, überhaupt nicht – Mehrberufstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft.

Nun zum Kollegen Pinegger: Wegebau, Wegeerhaltung – das wird das eigentliche Problem sein, vor allem die Infrastrukturkosten. Die müssen wir der Landwirtschaft weitgehend abnehmen. Es ist für mich auch eine Frage der Gerechtigkeit. Wenn Sie heute als Siedler an einer Asphaltstraße leben, belastet Sie die Straßenerhaltung nicht. Wenn Sie als Bergbauer dafür sorgen müssen, daß sie 3 oder 4 Kilometer Weg erhalten müssen, kann das existenzgefährdend sein. Ich glaube, wir müssen dazu kommen, auch im Rahmen der Vorbereitung auf die Europäische Gemeinschaft, daß wir den Bauern jene Infrastrukturkosten abnehmen, die den übrigen Bevölkerungskreisen selbstverständlich zur Verfügung stehen. Ich glaube, das ist auch moderne Agrar- und Strukturpolitik, beispielsweise, wofür ich immer wieder kämpfe, die Hagelversicherung leichter zu ermöglichen. Auch eine Sache, wo ich wirklich überzeugt bin, daß man den Bauern helfen muß, die Lasten der Prämien zu reduzieren, damit sie auch in der Lage sind, sich zu versichern, um dann im Katastrophenfall entsprechend vorgesorgt zu sein. Nun zum Kollegen Prutsch. Ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß wir alles unternehmen müssen, um die Einkommenssituation zu verbessern. (Abg. Purr: „Er ist nicht da!“) Er ist auch nicht da. Zur Grenzlandmolkerei kann ich nur sagen, ich habe mich mehrmals an diesem Rednerpult dafür ausgesprochen, daß das Grenzland auch im Hinblick auf die agrarische Infrastruktur nicht ausgeräumt werden darf. Die Frage, ob eine Molkerei in Mureck auch in Zukunft bestehen kann oder nicht, kann nur so beantwortet werden, daß unter dem Strich die Bauern nicht zu Schaden kommen dürfen. Ob sie wirtschaftlich geführt werden kann, das ist die eigentliche Frage.

Ich komme schon zum Schluß, meine Damen und Herren. Ich möchte mich bei jenen bedanken, die es mir immer wieder möglich machen, auch viel für die Landwirtschaft tun zu können. Es ist mit diesem Budget gelungen, das Agrarbudget insgesamt beträchtlich zu verbessern. Ein gravierender Fortschritt ist es, daß im Rahmen der Forderung nach einem Grenzlandvertrag, die der Herr Landeshauptmann aufgestellt hat, der steirische Beitrag zum agrarischen Grenzland-, Hügelland- und Sonderkulturenförderungsprogramm

von 35 auf 70 Millionen Schilling erhöht wurde. Wenn der Bund nachzieht, haben wir dann für das Grenzland-, Hügelland- und Sonderkulturenprogramm 140 Millionen Schilling zur Verfügung. Ich bedanke mich wirklich sehr auch beim Herrn Landeshauptmann, daß er mich immer in diesen schwierigen Budgetzeiten unterstützt hat. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte aber gerne auch dem Kollegen Dr. Klauser danken. Ich komme immer wieder mit Problemen, die schwierig sind, wo es ums Geld geht, Mittel, die nicht budgetiert sind. Ich möchte auch hier sagen, daß ich bei ihm immer Verständnis und Unterstützung gefunden habe. Das ist auch wichtig, um eine ordentliche Politik machen zu können. (Beifall bei der ÖVP.) Am Schluß möchte ich auch noch ein herzliches Dankeschön dem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Karl Holzer, dem Vorstand der Fachabteilung III b, sagen. Er hat beschlossen, mit Ende dieses Jahres aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Herr Hofrat, wir kennen uns schon sehr lange, und wir haben auch einige Jahre zusammengearbeitet. Ich darf den Damen und Herren, die ihn nicht kennen, sagen: Herr Hofrat Holzer ist am 25. Juli 1928 in Knittelfeld geboren. Wir haben am selben Gymnasium maturiert. Er hat nach dem Studium der Hochschule für Bodenkultur bereits am 1. Jänner 1956 als Vertragsbediensteter beim Landesbauamt begonnen, und zwar in jener Fachabteilung, die er dann selbst geleitet hat, der Fachabteilung III b. Er hat zeit seines Lebens sich sehr für die Anliegen der Bauern im Bereich des landwirtschaftlichen Wasserbaus und der Meliorationen eingesetzt. Herr Hofrat, ich weiß, daß die letzten Jahre nicht ganz einfach waren, weil vieles über uns hereingebrochen ist und sehr viel Umdenken erforderlich war, auch in Richtung Veränderungen in diesem Bereich. Ich möchte mich bei dir sehr für deinen persönlichen Einsatz und für die Arbeit, die du für unser Land und für die Bauern in unserem Land geleistet hast, herzlich bedanken. Ich wünsche dir alles Gute für die kommenden Jahre. (Beifall bei der ÖVP. – 16.40 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (16.40 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe nicht die Absicht, die feierliche Stimmung zu stören, die im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Herrn Hofrates jetzt aufgekommen ist, und ich schließe mich allem Lob an, das über ihn jemals gesagt worden ist. Ich bitte nur um Verständnis, daß ich nach dieser Diskussion, um eine Legendenbildung zu verhindern, zwei Bemerkungen korrigieren muß, die in bewußter, unbewußter – wie Sie wollen – Mißinterpretation der Äußerungen des Kollegen Weilharter hier im Entstehen begriffen sind. (Abg. Dr. Lopatka: „Kann das der Weilharter nicht selbst machen?“) Ich befürchte, sonst in allfälligen Werbemitteln Falsches lesen zu müssen, und das wäre für niemanden gut, nicht für diejenigen, die es falsch geschrieben haben, und nicht für diejenigen, die es falsch lesen müssen. Da ist dieser Versuch, aus seiner Äußerung der Kritik an diesem Budget, so zu tun – der Kollege Neuhold hat das tun müssen –, als ob die FPÖ den Bauern jeden Schilling neidig wäre, der ihnen ausgezahlt worden ist. Übrigens ein Schicksal, das die

Sozialisten auch manchmal teilen. Ich sage das in aller Deutlichkeit, und wenn wir das irgendwo lesen sollten, dann werden wir das mit den nötigen Mitteln korrigieren. Das ist falsch. Falsch ist es aber auch, jenen Versuch zu unternehmen, aus Dingen, die sich zusammensetzen und zusammengezählt werden müssen. Dazu gehören auch jene 15 Prozent Personalkosten für die Landwirtschaftskammer, die der Herr Landesrat soeben angeschnitten hat. Er hat übrigens die zweite Äußerung getätigt, die ich korrigieren muß, nämlich, so zu tun, als ob nunmehr das Eldorado ausgebrochen wäre. Machen wir uns bitte gegenseitig nichts vor. Ich habe da zufällig einen Artikel der „Südost Tagespost“. Tatsache war, daß es leider Gottes in der Vergangenheit, in den letzten drei Jahrzehnten, eine immer schwieriger werdende Situation der Landwirtschaft gegeben hat, und der Herr Landesrat hat völlig korrekt gesagt, daß im Grenzland 70.000 Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich verlorengegangen sind. Und das nicht in einer Situation, wo sich niemand darum geschert hat. Das sage ich ausdrücklich. Wir haben hier in diesem Haus schon im vergangenen Herbst Grenzlanddiskussionen gehabt, und das sagt auch die Studie des Prof. Tichy, es sind Milliarden ins Grenzland geflossen, und im Endeffekt haben sie die Situation nicht verändern können. Was ich damit sagen will: Tun wir um Himmels willen nicht so, auch wenn wir im Herbst Bauernkammerwahlen haben, daß die Schillinge, die zusammengekratzt worden sind aus einem 31-Milliarden-Budget, morgen das Paradies ausbrechen lassen werden für die Bauern. (Abg. Pörtl: „Wer sagt das?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Das hat niemand gesagt!“) Weil auch, Gott sei Dank, die Studie das realistisch beurteilt. Erstens stellt sie fest, und das muß ich sagen, Tatsache ist, daß leider Gottes im steirischen Grenzland es ein Durchschnittseinkommen gibt, das 75 bis maximal 80 Prozent des Durchschnittseinkommens des restlichen Österreich darstellt. Das ist bei Gott nichts, was ich mit Reichtum verwechseln würde. Zweitens sagt die Studie noch dazu, daß das ganze noch dadurch erschwert wird, daß es zwischen den reichen Bezirksstädten, wo bekanntlich nicht die Bauern wohnen, und den kleinen Gemeinden einen ganz dramatischen Einkommensunterschied noch zusätzlich gibt. Das heißt, daß diese 75 bis 80 Prozent Durchschnitt lange nicht auf die agrarische Bevölkerung in unserem Grenzland anzuwenden ist. Das ist die nüchterne Realität, und die Studie sagt auch, daß selbst dann, wenn wir Milliarden hineinstecken, eine Änderung der Situation von heute auf morgen nicht erzielbar ist. Daher, tun wir diese Diskussionen, welche wunderschönen Dinge jetzt ausbrechen, wirklich – und ich sage das, wie der Herr Landeshauptmann immer zu sagen pflegt, ohne Polemik – beenden, hören wir bitte auf, eine Legendenbildung zu machen, als ob der Bertl Weilharter, der ja selbst oben am Berg einen Betrieb bewirtschaftet – und seid mir nicht böse, ich habe mich in die Agrardebatten nie eingemischt, weil ich zugebe (Abg. Dr. Lopatka: „Ist auch viel besser!“), daß ich nicht der große Experte bin, aber ich bin in einem Keuschlerhof am Berg aufgewachsen im Gegensatz zu Lopatka, und daher weiß ich auch, wie die Geschichte ist. Ich weiß auch, bitte, wie man mit 2 Kilogramm Butter 5 Kilometer zu Fuß in die Stadt geht, um damit Lebensmittel einzukaufen. Auch das habe ich erlebt, und daher hören wir mit der

Diskussion auf! Ich würde nur vorschlagen, hören wir auf, eine solche Legendenbildung zu machen, als ob der Bertl Weilharter den einzelnen Bauern, bitte, wirklich die einzelnen Schillinge aus dem Sack stehlen würde. Diese Legendenbildung in dieser Auseinandersetzung ist sinnlos. Setzen wir uns lieber gemeinsam zusammen, um zu schauen, was wir wirklich gemeinsam für das Grenzland tun.

Und was ich bei der Gelegenheit sagen möchte: Seit über einem Jahr ist versucht worden, in diesem Hause – damit nicht der eine sagt: „Ich bin der Bessere, und der andere ist der Schlechtere“, das ist ja das Dümme-ste, was man in Wahrheit tun kann – eine gemeinsame Initiative aller Landtagsparteien im Zusammenhang mit dem Grenzland zustandezubringen. Solche Anträge hat es von uns gegeben, von der Sozialistischen Partei, was auch immer, die sind alle abgelehnt worden, weil die ÖVP (Abg. Dr. Maitz: „Die einzigen, die etwas tun!“) bis jetzt geglaubt hat, sie ist die alleinseligmachende Partei in diesem Lande – Entschuldigung, das sage ich jetzt mit aller Trockenheit. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wir haben bisher alles gemeinsam getragen!“) Hören wir doch damit auf, und setzen wir uns endlich – (Abg. Dr. Maitz: „Reden ist zu wenig!“) – vielleicht wird es eine Gelegenheit geben – wirklich alle gemeinsam zusammen, weil wir alle gemeinsam müssen die Verantwortung für dieses Land tragen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Pörtl: „Ich bitte die freiheitliche Fraktion, diesem Kapitel zuzustimmen, sonst geht dieser Appell in die Hose!“ – 16.46 Uhr.)

Präsident: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr:

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll.

Abg. Kröll (16.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein solcher Übergang ist natürlich denkbar, wenn ich sage, ich bin um und um glücklich, und ich habe heute drei große Gründe, hier sehr erfreut als Sprecher für den Tourismus meiner Fraktion dazustehen, wengleich wir auch im Tourismus in unserem Land generell und überhaupt viele Sorgen und Probleme haben, die es zu lösen gilt. Es sind aber doch drei große Ereignisse, die mich sehr glücklich und froh stimmen:

Erstens: Die steirischen Berge sind tief verschneit, der Winter hat begonnen. Oben der Petrus ist ein guter Tourismusmanager. Die Langläufer auf der Tauplitz stehen bereit. Das Schi-Opening auf der Planai – das ist mir gerade telefonisch durchgegeben worden – ist ein großer Erfolg gewesen. Rundum im Mürztal, im Murtal, in der Weststeiermark liegt Schnee, und das wird uns alle sehr freuen, vor allem die Tourismuswirtschaft freuen, die Wirte freuen, die Beherbergungsbetriebe freuen, den Sportartikelhandel freuen und auch die Seilbahnunternehmungen freuen.

Das Zweite, was mich auch sehr, sehr froh stimmt, ist, daß wir ein sehr gutes steirisches Sommer- und Jahresergebnis zu verzeichnen haben und die Steiermark bei ihrer guten Position der letzten Jahre nahtlos anschließen kann. Und das Dritte, meine Damen und Herren – da bin ich mir sicher –, wird auch die Öffentlichkeit interessieren, sicherlich auch die

Medien, nehme ich an. Das Tourismusförderungsgesetz ist eingebracht und trägt die Einlage-Zahl 1274/1. Frau Landesrat Klasnic hat ihr Versprechen eingehalten. (Beifall bei der ÖVP.) Ich danke sehr herzlich für diese Arbeit, die da zugrunde liegt.

Und, meine Damen und Herren, es gibt natürlich zum Tourismus im Detail auch einiges zu sagen. Österreichweit erzielte der Sommer 1990 mit nahezu 74 Millionen Nächtigungen ein Rekordergebnis. Von Mai bis Oktober dieses Jahres nächtigten um 2,6 Prozent mehr Gäste in Österreichs Herbergsbetrieben, und die Deviseneinnahmen, meine Damen und Herren, stiegen sogar um 11,9 Prozent während der Sommermonate und kamen auf die stolze Höhe von 61,9 Milliarden Schilling.

Der Anteil der Ausländernächtigungen betrug 56,2 Millionen und stieg um 2,7 Prozent, also sogar über dem Durchschnitt. Die Inländernächtigungen demnach um 2,2 Prozent. Das Rekordergebnis ist deshalb besonders beachtlich, weil der Anteil westdeutscher Nächtigungen zurückging, und zwar auf Grund der geopolitischen neuen Lage – auch jener der Holländer –, der durch große Zunahmen zum Beispiel der USA um 39 Prozent oder Italien um 19 Prozent oder auch unserer südöstlichen Nachbarstaaten nicht nur wettgemacht werden konnte, sondern sogar in eine positive Bilanz geführt wurde. Damit wurde die große Bedeutung für den Tourismus und die gesamte Volkswirtschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt und die Stellung Österreichs neuerlich unterstrichen.

Meine Damen und Herren, weltweit in der Weltwirtschaft rangiert der Tourismus in bezug auf Wertschöpfung unter allen wichtigsten Wirtschaftssparten an dritter Stelle. Aber auch der steirische Tourismus kann auf einen erfolgreichen Sommer und ein gutes Jahresergebnis 1989/90 verweisen. Mit einer Zunahme von 1,5 Prozent oder 132.852 Nächtigungen für das Fremdenverkehrsjahr 1989/90 erreichte die Steiermark 9.292.823 Gästenächtigungen. Das Erfreuliche ist, daß zu diesem Ergebnis vor allem der Ausländeranteil mit einer Steigerung von 4 Prozent ganz wesentlich beigetragen hat. Unser Land verzeichnet demnach im Inländerreiseverkehr 5.599.000 und im Ausländerreiseverkehr mit steigender Tendenz 3.693.000. Damit haben wir, die Steiermark, unseren guten vierten Platz im Bundesländervergleich behauptet und gut gehalten. Vor der Steiermark liegen lediglich Tirol, Salzburg und Kärnten.

Bekanntlich hatte unser Kärntner Nachbarland einen erheblichen Rückgang um 6 Prozent zu verzeichnen oder gar eine Million Nächtigungen weniger, während wir in der Steiermark im Sommer 1990 mit 5.659.000 eine Zunahme um 85.000 Nächtigungen erzielen konnten.

Unter den steirischen Bezirken erzielte im Sommer 1990 – ich darf das aus Zeitgründen nur auf die ersten drei beschränken – der Bezirk Liezen mit 1,9 Millionen und 34,3 Prozent und einer Zunahme um 111.000 Nächtigungen die erste Stelle und hat, wie gesagt, 34 Prozent Anteil. Die zweite Position nimmt Hartberg mit 636.000 und 11,3 Prozent Anteil ein; eine Zunahme um 3,7 Prozent oder 22.600. Die Stadt Graz verzeichnete erstmals auch einen guten vierten Platz unter den österreichischen Städten und kam auf stolze 388.235 oder 6,9 Prozent.

Auffallend ist aber auch die Aufholjagd von Fürstenfeld und überhaupt der Thermenregion, die eine Zunahme im Sommer von weiteren 11.338 oder 7,2 Prozent zu verzeichnen hatten. Also dieses ganze Thermenlandprogramm greift, ebenso wie der Bergsommer auch wieder seine Gäste gewinnen konnte.

Im Gesamtjahresergebnis sieht die Wertung so aus: Liezen führt mit 41,9 Prozent unter allen Bezirken, 3.893.000, vor Hartberg, Stadt Graz, Bezirk Murau, Bezirk Weiz und Bruck an der Mur.

Die fremdenverkehrsgrößen Gemeinden nach Nächtigungen sind Ramsau am Dachstein, Graz, Rohrmoos-Untertal, Schladming, Bad Mitterndorf, Bad Gleichenberg, Bad Aussee, Haus im Ennstal, Pichl an der Enns und Mariazell. Stark im Aufholen ist hier schon Loipersdorf und nähert sich mit großen Schritten den ersten zehn.

Ich sagte es schon: Der Bergsommer hat sich wieder erholt. Er konnte seine Vorzüge wieder neuerlich ausspielen. Dazu kam ein gutes Ergebnis von Graz, und das zusammen ergab dieses erfreuliche Ergebnis zusätzlich zu den Thermen.

Auch die Wintersportorte je nach Schneelage und Infrastruktur konnten sich gut behaupten, vor allem auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Noch wichtiger als die reine Statistik nach Nächtigungen ist aber die gesteigerte Kaufkraft. Ich erwähne noch einmal, daß mit dem Devisenzuwachs um fast 12 Prozent ein Beweis unterstrichen wird, daß der Gast bereit ist, die Qualität anzunehmen und dafür auch einen besseren Preis zu bezahlen. Es muß daher weiter unser Ziel sein, die Qualität im Angebot zu heben. Dies gilt für die Beherbergungsbetriebe und Gaststätten ebenso wie für die örtliche und regionale Infrastruktur. Dabei kommt einer intakten Natur und heilen Umwelt eine immer größere Bedeutung zu. Ich stelle fest, daß viele junge, dynamische Touristiker und Gott sei Dank auch viele Bürgermeister, Vereinsobmänner und auch Unternehmer im Fremdenverkehr sehr sensibel und aufgeschlossen diesen Werten gegenüberstehen, so daß man durchaus hier den Fremdenverkehr für naturrelevante Fragen gewinnen konnte und noch weiter gewinnen wird. Die Steiermark mit ihrer vielfältigen Landschaft, unterschiedlichen Angeboten und stets freundlicher Bevölkerung hat gute Chancen, auch in Zukunft erfolgreich zu bestehen. Dies sowohl bei den inländischen als auch bei den ausländischen Gästen. Die neue geopolitische Lage als Tor zum Südosten kann uns abei noch sehr zustatten kommen.

Meine Damen und Herren, es ist in der allgemeinen Betrachtung etwas untergegangen. Ich möchte es aber hier erwähnen. Im Imagebereich, der alle zwei Jahre von einer sogenannten Imageradaruntersuchung – da gibt es auch einen Rader – durchgeführt wird, ergab in einer Meinungsumfrage unter den österreichischen Bundesländern und Orten für die Steiermark als grünes Herz Österreichs die besten Werte aller Länder in bezug auf Urlaubserwartung und -zufriedenheit. Jeder zufriedene Gast, das ist die beste Werbung, kommt ein zweites Mal. In der Steiermark gibt es also die zufriedensten Urlaubsgäste, und darauf können wir sehr stolz sein. Die Säulen der Zusammenarbeit für den Tourismus sind weiter gestärkt worden, jene mit der Kultur, ich verweise auf die Landesausstellung und ähnliches, ich verweise auf die Achse zum Sport mit

den vielen Großveranstaltungen, den Steirischen Schi-Verband zum Beispiel, und mit der Landwirtschaft, mit unseren Bergbauern und dem Bauernstand, die Brauchtum hochhalten und auch Grund und Boden in wohlverständlicher Weise dem Tourismus zur Verfügung stellen. Zu alledem gehört auch Geld, wie wir wissen. Im Budget 1991 ist wiederum ungefähr eine Größenordnung von 150 Millionen Schilling zusammengefaßt für den Tourismus verfügbar. Jene rund 30 Millionen Schilling, die Direktor Pohl und sein Team, Frau Ernst ist hier anwesend, tüchtige Leute, für das Marketing benötigen, für die Entwicklung der Konzepte – die auch sehr engagiert tätig sind –, kommen zweifelsohne ganz sicher und sehr schnell wieder zurück. Was man in den Tourismus generell investiert, vor allem in die Werbung und Marketing, das kommt zurück, weil die Steiermark ein gutes Produkt zu bieten hat und eine schöne Landschaft. Die Infrastrukturförderung mit weit über 20 Millionen für Schwimmbäder, Badeseen, Schilifte, Wanderwege und so weiter, die Österreich-Werbung mit ihren 10,7 Millionen Beitrag für die Auslage nach außen. Marketing-Sonderprogramme, gezielte Projektförderungen, wie Veranstaltungen, Hallen und so weiter, Regionalförderung, Hausaktionen, Fremdenverkehrsbetriebe, Zinszuschüsse, Landesaktionen und der Fremdenverkehrsinvestitionsfonds sind ganz wichtige und große Aufgaben, die man gebündelt sehen muß, und diese machen die Summe von in etwa 150 Millionen Schilling aus. Darüber hinaus verbleibt den Gemeinden und Vereinen auf Grund der Umstellung der Nüchternungsabgabe von früher 3 auf nunmehr 5 Schilling mehr Geld im Ort. Die örtlichen Vereine können daher mit diesem Geld früher planen und auch gezieltere Konzepte erstellen.

Die von Frau Landesrat Waltraud Klasnic in den letzten Jahren initiierten und durchgeführten Maßnahmen, wie Ausgliederung des Verbandes, verantwortliche Marketingabteilung, Direktor Pohl und sein Mitarbeiterstab, regionale Betreuer, Beschluß der Fremdenverkehrsentwicklungskonzepte, Einbeziehung des Tourismus in die allgemeine Wirtschaftsförderung – eine ganz wichtige Entscheidung –, die Gewährung der Regionalprämie für Gebietsverbände, gezielte Marketingaktivitäten für 1991, die finanzielle Besserstellung der örtlichen Vereine und der regionalen Verbände beginnen zu greifen. Nun hat Frau Landesrat auch, ich sagte es eingangs wirklich mit Freude, unter der Einl.-Zahl 1274/1, nach langen Gesprächen und Diskussionen eine sehr brauchbare Grundlage für die nun folgende Diskussion über ein Tourismusförderungsgesetz eingebracht, und ich danke dafür ganz herzlich. Der Fremdenverkehr und die darin Beschäftigten und Verantwortlichen werden es in der Wirtschaft, in den Vereinen, in den Gemeinden und den Verbänden sicherlich wohlwollend aufnehmen. Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß die entsprechenden Teilberatungen in den Ausschüssen und in den politischen Parteien sehr rasch beginnen, damit eine positive Verabschiedung durch den Steiermärkischen Landtag auf jeden Fall im kommenden Jahr 1991 erfolgen kann. Für diese umfangreiche Vorarbeit danke ich sehr herzlich auch dem Herrn Hofrat Herrmann mit seinen Abteilungsmitarbeitern und allen, die im Präsidium des Fremdenverkehrsverbandes seit langem daran arbeiten. Ganz besonders aber unserer Frau

Landesrat. In der Steiermark können wir hier weiterhin gemeinsam schöne Erfolge erzielen. Denn das, was in den Tourismus investiert wird, kommt rasch und schnell in Form von gesteigerten Erträgen der Wirtschaft wieder zurück.

Zum Schluß darf ich aber noch zwei regionale Probleme ansprechen, die mir Sorge bereiten. Zum einen haben wir hier in diesem Haus diskutiert und in den Ausschüssen, wie schwierig es war, am Galsterberg dieses Vorhaben einer Gruppengondelbahn zu verwirklichen. Endlich ist es gelungen, und jetzt in den nächsten Tagen ist die Abnahme durch das Ministerium geplant. Tag und Nacht wird gearbeitet. Es ist wirklich für mich traurig, feststellen zu müssen, daß hier von seiten der Rechtsabteilung 10 und auch vom Herrn Finanzlandesrat in den letzten Wochen bei der Auszahlung bewilligter Geldmittel Schwierigkeiten bereitet wurden, so daß die dort verantwortlich Tätigen nicht jederzeit Zugang zu diesen Mitteln hatten und mitunter die Gefahr bestand, daß großer Schaden entstehen kann, wenn die Firmen unter Umständen abpacken wollten. Ich verstehe es auch deshalb nicht, weil der Herr Flecker uns via Presse hat ausrichten lassen, die ÖVP würde durch ihr Verhalten volkswirtschaftlich schädlich tätig sein. Ich hoffe, das ist vorbei, und wir können in Kürze diese wichtige Liftanlage einer Gruppengondelbahn in Betrieb nehmen.

Das Zweite, das ich auch berichten möchte, das ist die Problematik von Tauplitz und Mitterndorf, die Tauplitzalmstraße. Es ist gelungen, Frau Landesrat, mit deiner Hilfe und dem Verständnis des Herrn Landeshauptmannes, daß eine drohende Schließung jetzt vor Saisonbeginn hintangehalten werden konnte, daß die Straße jetzt geräumt wird. Aber es gibt so unterschiedliche Auffassungen und Standpunkte. Es gibt Urteile darüber, Rechtsgutachten. Es muß ein Weg gefunden werden, daß das nicht nur jetzt in diesen Wochen und Monaten über die Bühne geht, sondern daß dies eine Dauerlösung erfährt, mit der die gesamte betroffene Bevölkerung, die Wirtschaft und der Tourismus auch leben können. Herzlich Dank für die Hilfestellung in all diesen Fragen in besonderer Weise.

Ich möchte abschließend noch einmal sagen: Wir dürfen uns alle zusammen freuen über die Entwicklung des steirischen Tourismus, und ich lade Sie herzlich ein und bitte Sie bei diesen intensiven und notwendigen Beratungen über das Förderungsgesetz um eine gute, gedeihliche Zusammenarbeit im Interesse des steirischen Tourismus, denn wenn sich dieser weiter positiv entwickelt, werden wir auch dieser wichtigen Wirtschaftssparte noch mehr Mittel zuführen können, damit er sich national und international auch weiterhin so gut behaupten kann, wie es bisher schon unter der Führung von Frau Landesrat Klasnic gelungen ist. Ein herzliches Glückauf dem steirischen Tourismus. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.04 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Freitag.

Abg. Freitag (17.04 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Landesrat Dr. Klauser hat in seiner Budgetrede darauf hingewiesen, daß die vom Land finanzierten Thermalbäder in Loipersdorf und Waltersdorf zu den

erfolgreichsten Wirtschaftsförderungsprojekten des Landes Steiermark gehören und in einer industriell unterentwickelten Region zahlreiche Arbeitsplätze dadurch geschaffen wurden. Der wirtschaftliche Aufschwung in Waltersdorf und Loipersdorf läßt sich auch daran ablesen, daß es nunmehr gelingt, renommierte Tourismusunternehmen für Hotelansiedlungen in den genannten Orten zu gewinnen. In Waltersdorf hat sich beispielsweise der deutsche Steigenberger-Konzern entschlossen, ein 4-Sterne-Hotel zu errichten. In Loipersdorf wird über ähnliche Projekte konkret verhandelt.

Für die Therme in Bad Radkersburg haben wir erst kürzlich im Steiermärkischen Landtag ein riesiges Investitionsprogramm beschlossen, das auch mithelfen soll, auch in Radkersburg eine ähnlich gute Entwicklung einzuleiten. Angesichts der gemachten Erfahrungen auf diesem Gebiet ist der Optimismus durchaus berechtigt. Umso unverständlicher ist es, warum ein weiteres Projekt, nämlich die Errichtung eines Thermalbades in Blumau, so lange verzögert wird. Obwohl mit dem Kärntner Bauunternehmer Ing. Robert Rogner ein wirtschaftlich potenter und seriöser Geschäftspartner für das Land Steiermark zur Verfügung stehen würde. Nach den vorliegenden Informationen hat sich Baumeister Rogner bereits im Herbst 1987, also vor mehr als drei Jahren, erstmals an den damaligen Fremdenverkehrslandesrat Dr. Heidinger mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Diese hat darin bestanden, daß fast zwei Jahre nichts passiert ist. Glücklicherweise hat sich Landesrat Dr. Klausner, nachdem er von diesem Projekt erfahren hatte, der Sache angenommen und hat nach Verhandlungen mit Baumeister Rogner sehr rasch ein Einverständnis über die weitere Vorgangsweise erzielt. Diese bestand darin, daß Baumeister Rogner dem Land Steiermark die Gründung einer eigenen Gesellschaft für den Betrieb eines Thermalbades in Blumau vorgeschlagen hat, an der sich das Land Steiermark einerseits und die betroffene Gemeinde Blumau andererseits beteiligen sollten. Von Ing. Rogner selbst war außerdem noch die Errichtung eines Feriendorfes mit zirka 1000 Betten auf eigene Kosten geplant.

Der Antrag von Landesrat Dr. Klausner, mit Baumeister Rogner in konkrete Verhandlungen zu treten, wurde im Jahre 1989 mehrfach zurückgestellt. Über Wunsch der ÖVP-Regierungsmitglieder wurden zahlreiche Gutachten eingeholt, die allesamt ergeben haben, daß keine unüberbrückbaren Hindernisse für die Realisierung einer Therme in Blumau gegeben sind. Dennoch ist bis heute kein Grundsatzbeschuß für Blumau gefaßt worden. Die Verhinderungspolitik der ÖVP, die wir in den letzten Wochen und Monaten in den verschiedensten Bereichen festgestellt haben, wird auch hier konsequent fortgesetzt. Bedauerlich ist dabei insbesondere, daß damit in einer der ärmsten Gemeinden Österreichs 600 Arbeitsplätze verhindert werden. Diese Zahl ist nach einer Machbarkeitsstudie von Ing. Rogner im dritten Jahr nach der Inbetriebnahme eines Thermalbades und Feriendorfes durchaus realistisch. Wie man hört, soll neben Baumeister Rogner auch ein zweiter Interessent für die Errichtung des Thermalbades in Blumau aufgetreten sein, und es soll sich dabei um die Firmengruppe Porr & Ast handeln. Interessant ist dabei nur, daß außer einer Absichtser-

klärung keinerlei konkrete Informationen vorliegen und man sich nicht nur in der Oststeiermark fragt, ob der Sinn und Zweck dieses zweiten Angebotes nur die Verhinderung eines anderen Projektes von Baumeister Rogner ist. Die für das Projekt erforderlichen Grundstücke hat Ing. Rogner bereits erworben. Angeblich soll es auch ein Hearing mit beiden Interessenten gegeben haben, über dessen Ergebnis jedoch nichts Konkretes bekanntgegeben wurde. Die Entscheidung soll nun bei Landeshauptmann Dr. Krainer liegen, der hoffentlich bald der zuständigen Wirtschaftslandesrätin mitteilen wird, wie sie entscheiden darf. Sie warten noch? (Landesrat Klasnic: „Das ist sein Recht!“) Okay. Wir bitten, daß der Herr Landeshauptmann bald diese Entscheidung trifft. Das ist der Wunsch, den ich hier zu deponieren habe. (Abg. Purr: „Du mußt dir etwas dabei denken, wenn du das sagst!“) Die Geschichte des Falles Blumau ist zumindest bis jetzt ein Lehrbeispiel dafür, wie man Wirtschafts- und Fremdenverkehrspolitik nicht betreiben darf. Es sei denn, man will ausdrücklich Investoren aus der Steiermark vertreiben. Es ist nur zu hoffen, daß diese Geschichte dennoch ein positives Ende findet. Dies allein schon deshalb, weil das von Baumeister Rogner vorgelegte Projekt völlig neue Gästeschichten ansprechen würde. Der Vertrieb und das Marketing würden gemeinsam mit einem der größten Reiseveranstalter Europas, der Firma TUI mit einer Katalogauflage von über 10 Millionen Stück jährlich, erfolgen. Ein weiterer Partner wäre die bekannte Schweizer Hapimag-Organisation, die für ihre Mitglieder, zirka 56.000 Aktionäre, Ferienwohnungen erwirbt. Betrachtet man weiters den Erfolg, der bisher von Rogner gebauten Feriendörfer am Faaker See, in Bad Kleinkirchheim, am Naßfeld und zuletzt im Waldviertel, so könnte man durchaus zu Recht auch für die zukünftige Therme in Blumau optimistisch sein. Eine Konkurrenzierung der Thermen in Loipersdorf und Waltersdorf, die, wie der Presse zu entnehmen ist, bereits jetzt aus allen Nähten platzen, ist kaum zu erwarten. Ein weiterer Vorteil wäre, daß eine zahlungskräftige Gästeschicht für die südoststeirische Thermenregion gewonnen werden könnte.

Abschließend darf ich sagen: Es ist zu hoffen, daß auch Frau Landesrat Klasnic und vor allem Landeshauptmann Dr. Krainer diese Argumente berücksichtigen und ihre Verhinderungspolitik endlich aufgeben. Hunderte Arbeitsplätze und der damit verbundene wirtschaftliche Aufschwung einer Region können nicht derart leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Im Interesse der Gemeinde Blumau, des Bezirkes Fürstenfeld, aber auch der angrenzenden Regionen ersuche ich um rascheste Entscheidung seitens der Mehrheitspartei, die ja immer wieder von Grenzlandprioritäten spricht. Hier müßten den Worten bald Taten folgen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.13 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (17.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf als Einbegleitung – und der Herr Kollege Kröll genauso wie mein Vorredner Freitag haben es ja schon gebracht – auch meine Anerkennung und mei-

nen Respekt von seiten meiner Fraktion gegenüber allen steirischen Fremdenverkehrsverantwortlichen zum Ausdruck bringen.

Es mag aber auch sein – und das ist eine steirische Spezialität oder es ist vielmehr der Kalender –, daß anlässlich der Budgetdebatte zum Fremdenverkehr die Vorbereitungsarbeiten in den steirischen Winterfremdenverkehrsorten in den obersteirischen Regionen abgeschlossen sind und eigentlich der Wintersaisonstart vor den Toren steht. Das mag der zeitliche Ablauf sein, und es bleibt nur zu hoffen und zu wünschen, daß die diesjährige Saison in den Schiregionen von der Witterung her dementsprechend berücksichtigt wird, daß nicht jene Situation eintritt wie im Vorjahr und wie im vorvorletzten Jahr. Es mag aber auch eine steirische Spezialität sein, daß alljährlich anlässlich der Debatte hier in diesem Haus zum Fremdenverkehr über das Fremdenverkehrsgesetz gesprochen wird. Und ich halte es ja der Frau Landesrat Klasnic wirklich zugute – sie ist das erste Regierungsmitglied, welches die Courage und den Mut bewiesen hat, uns einen Entwurf vorzulegen. Aber, meine Damen und Herren, ob dieser Entwurf wirklich der Weisheit letzter Schluß ist, das werden hoffentlich auch die Beratungen künftighin zeigen, und ich bin auch überzeugt, daß alle Vertreter hier in diesem Haus bereit sind, hier möglichst aktiv mitzuarbeiten und etwas einzubringen. Auffällig ist aber auch, daß trotz der Vorlage dieses Entwurfes auf viele Fragen des steirischen Fremdenverkehrs insgesamt bisher nicht eingegangen wurde. So wird in diesem Entwurf nicht auf die Frage der Privatisierung der Tourismusverbände insgesamt eingegangen, ebensowenig sind mögliche Veränderungen der Fremdenverkehrsabgaben zu ersehen, zum Beispiel die Abschaffung der Orts- und Nächtigungstaxe, Vereinheitlichung in Form einer einheitlichen Abgabe. Darüber hinaus ist in diesem Fremdenverkehrsgesetz, ich weiß schon, daß es arbeitsrechtlich auch geändert werden muß, keine klare Aussage über die Arbeitszeiten in der Fremdenverkehrswirtschaft enthalten. Es wird aber auch notwendig sein, daß das steirische Fremdenverkehrsgesetz insgesamt zum Tragen kommt, daß man von seiten der Bundesstellen eine Änderung fordert, im Bereich der Abgaben, betreffend die Beiträge für Autoren, Komponisten und Musiker, nämlich es wird zu prüfen sein, ob die AKM-Umlagen insgesamt in den Fremdenverkehrsbetrieben und -regionen innerhalb der Saison zweckmäßig sind und der Zeit entsprechen. Darüber hinaus wird es aber notwendig sein, im Steuerrecht Veränderungen vorzunehmen, nämlich anstatt der veralteten Alkohol- und Getränkesteuer als Alternativsteuer für die Gemeinden eine sogenannte Quellensteuer einzuführen. Ebenso werden wir nicht darüber hinweg kommen, daß wir eine Ermäßigung im Steuersatz für alkoholfreie Getränke verlangen. Ich kann mir aber durchaus vorstellen, lieber Kollege Dr. Lopatka, daß du die Zusammenhänge im Fremdenverkehr nicht verstehst. (Abg. Dr. Lopatka: „Nur gut, daß du es verstehst – Agrar-Experte, Steuer-Experte . . .!“) Es wird aber notwendig sein, wenn man schon denkt, eine Fremdenverkehrssteuer einzuführen, daß man die anderen Steuerfragen, die auch den Fremdenverkehr tangieren, überdenkt und vielleicht als Gesamtpaket im Zuge verschiedener Novellen mit einbezieht. Das ist mein Wunsch, Frau Landesrätin Klasnic, anlässlich dieser

Debatte. Zum Tourismusgesetz selbst werden wir uns in der Beratung noch dementsprechend äußern. (Beifall bei der FPÖ. – 17.17 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Reicher.

Abg. Reicher (17.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Beim Thema Fremdenverkehr möchte ich mich besonders mit dem Jugendtourismus beschäftigen, vor allem aus der Situation heraus, daß ich einem der Jugendverbände angehöre, dem Jugendherbergverband, und gemeinsam mit dem Jugendherbergwerk haben wir doch versucht, endlich einmal im wirtschaftlichen Bereich des Ansatzes und im Budget einen Posten zu erlangen, und ich kann positiv vermerken, daß es gelungen ist und uns die beiden Landesräte wohlgesinnt waren, daß der Jugendtourismus ein Zweig im Fremdenverkehr ist, der zu fördern und zu unterstützen ist. Daher ist es ein neuer Punkt im Budget Fremdenverkehr, daß für diese beiden Jugendherbergverbände über die Landesräte Frau Klasnic und Dr. Klauser – positiv erwähnt – in Zukunft die Möglichkeit besteht, ihn besser als bisher für die Zukunft im Fremdenverkehr zu nützen. Ich darf darauf hinweisen, daß, obwohl diese beiden Jugendverbände politisch orientiert sind, die eine sozialistisch und die andere zur ÖVP fraktionell zugehörend, wir doch versuchen, gemeinsam einen Weg in der Steiermark und über den Ring möglich auch in Österreich zu finden, verstärkt über die Förderung, indem die Beherbergungsbetriebe verbessert werden. (Abg. Kröll: „Sehr positiv!“) Sehr positiv vermerkt, Herr Bürgermeister, auch in Schladming. Wir können und müssen uns als steirische Vertreter für den Fremdenverkehr den internationalen und nationalen Gegebenheiten des Standards anpassen. Der Jugendtourismus hat sicher in Österreich in Zukunft einen starken Aufwind. Denn der osteuropäische Raum bestärkt uns in der Meinung, daß auch hier die Möglichkeit besteht, unsere Jugendherbergen verkaufen zu können, wo sie ja doch eigentlich vom Nächtigungs- und Essenspreis wirklich die Möglichkeit bieten, auch jenen, die aus dem Osten kommen, hier eine preiswerte Beherbergung und auch ein preiswertes Menü zu vermitteln. Wir glauben auch, daß in Zukunft die beiden Verbände weiter gefördert werden, so daß der Plan, diese Jugendherbergen zu Touristikhotels auszubauen, dem internationalen Stand Rechnung tragen kann. Damit ist dieser erste Ansatz, die beiden 4 Millionen für den jeweiligen Verband, eine Investition in die Zukunft. Deshalb, weil der derzeitige Jugendtourist sicher der Gast von morgen ist. In dem Zusammenhang herzlichen Dank an die beiden Landesräte für diesen positiven Punkt im Budget. (Beifall bei der SPÖ. – 17.22 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl.

Abg. Beutl (17.22 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Kürzlich ist eine Studie des Forschungsinstitutes für Freizeit und Tourismus an der Universität in Bern erschienen, betreffend die Zukunft des Tourismus im Alpenraum. Da sind zwei Aussagen recht bemerkens-

wert. Zum einen ist im europäischen Alpenraum die Zahl der sogenannten „Ferienmüden“ im Zunehmen. Damit sind Wohlstandsbürger gemeint, die in punkto Urlaub und Reisen schon alles erlebt haben und die nun sozusagen zurückkehren zu ihren Wurzeln. Sie sagen: „Ich war schon überall, ich kehre wieder zurück und heim zu den Wurzeln der Natur“.

Als zweites zeichnet sich eine sehr deutliche Nachfrageverschiebung vom Mittelmeer zum Alpenraum ab. Das heißt, die Popularität zum Beispiel der Bergferien auch im Sommer steigt erfreulicherweise an, vor allem auch im Hinblick auf die Algenpestereignisse an der Adria. Immer mehr Menschen sehnen sich nach Erholung in guter Luft, sauberer Umwelt, abseits vom Massentourismus. Man sucht bessere, individuelle Betreuung in gepflegter Umgebung im Gegensatz zur Routineleistung der Massenabfertigung. Nun, dieser Wandel im Urlaubsverhalten deckt sich ganz genau mit einer gesellschaftlichen Entwicklung, die wir auch feststellen, nämlich die Rückbesinnung auf die Natur, auf Echtes, auf Bodenständiges, auf Authentisches und auch eines gesteigerten Körper- und Gesundheitsbewußtseins, die als wichtige Werte angesehen werden. Die Schlußfolgerung für die Fremdenverkehrswirtschaft und den Tourismus, vor allem für die qualitätsorientierte Tourismuspolitik: Sie muß daher die Sicherung einer intakten Umwelt im Auge haben, zumal die Verfügbarkeit von sauberen Flüssen, Seen und Bergen, grünen Wäldern, reiner Luft und Ruhe zu einem der wichtigsten Wettbewerbsfaktoren geworden ist und noch stärker werden wird. Es gibt eine Umfrage etwa unter Urlaubern aus Deutschland, die zu 86 Prozent ihr Reiseziel nach der Umweltqualität auswählen. Diesem von mir angesprochenen gesellschaftlichen Wandel und diesen Urlaubswünschen kommt der Urlaub auf dem Bauernhof vielfach entgegen, noch dazu, wenn Natur-, Gesundheits-, Erlebnis- und Kultururlaub zu erschwinglichen Preisen angeboten werden. Es ist dies eine Urlaubsform mit Zukunftschancen und Entwicklungsmöglichkeiten, vor allem dann, wenn man den Weg der Qualitätsverbesserung geht und die Möglichkeiten des Zweiturlaubs sowie von Spezialurlaubs, wie zum Beispiel für Familien mit Kleinkindern, für Familien, die auch ihre Hunde auf Urlaub mitnehmen wollen, Urlaub für Behinderte, Rekonvaleszente, Gesundheitsurlaub mit Vollwertkost, Hobbyurlaub, Rad- oder Tennisurlaub und vieles mehr, noch besser nützt. Die Stärken des Urlaubs auf dem Bauernhof sind vor allem die Bewegungsfreiheit für Kinder im Grünen, der Umgang mit Tieren, den sie oftmals – vor allem die Stadtkinder – auf dem Bauernhof das erste Mal erleben, der Familienanschluß für ältere oder alleinstehende Menschen, hausgemachte Spezialitäten auf dem Speisezettel. Ein Effekt, der auch damit verbunden ist, ist das Verständnis für das bäuerliche Leben, die bäuerliche Arbeit und wohl auch die Verbesserung der Beziehung von Mensch und Tier und Mensch und Umwelt.

Die Bilanz für die Steiermark sieht äußerst erfreulich aus, und die Steiermark erreicht mit 10,9 Prozent der Auslastung, was den Urlaub am Bauernhof anlangt, den höchsten Wert in Österreich. Es gibt zirka 1900 landwirtschaftliche Betriebe, die diesen Betriebszweig „Urlaub am Bauernhof“ anbieten, das sind 3 Prozent der gesamten steirischen landwirtschaftlichen

Betriebe, und es stehen zirka 13.000 Betten zur Verfügung.

Im Jahr 1989 konnten 670.000 Gästenächtigungen gezählt werden – das ist ein Plus von 6,9 Prozent gegenüber dem Jahr 1988 –, und auch für das Jahr 1990 sieht es ähnlich gut aus.

Die Herkunft der Gäste: 45 Prozent sind Wiener, 25 Prozent kommen aus dem übrigen Österreich, 24 Prozent aus Deutschland und 6 Prozent aus dem übrigen Europa. Interessant ist auch die Gästestruktur, die sich mit dem deckt, was ich vorhin angesprochen habe, nämlich 55 Prozent der Gäste sind Familien mit Kindern, 37 Prozent sind Senioren, 5 Prozent Jugendliche und 3 Prozent Behinderte.

Zusätzlich zu diesen Angeboten des Urlaubs am Bauernhof dürfen wir auch im Bereich der Privatzimmervermietung ein erfreuliches Plus, vor allem was die Steigerung der Qualität anlangt, den Anteil der Komfortzimmer anlangt, vermerken. Mit einem Privatbettenanteil von 17,3 Prozent liegt die Steiermark zwar unter dem österreichischen Durchschnitt, wohl aber liegt der Anteil der Komfortzimmer bei 25 Prozent, und auch der Auslastungsfaktor ist höher und ist in einem Zeitraum von über fünf Jahren um mehr als 14 Prozent gestiegen. Auch hier ist der positive Einfluß der Komfortsteigerung erkennbar.

Über die wirtschaftliche Bedeutung für den Tourismus hinaus – würde ich sagen – hat der Urlaub auf dem Bauernhof einen zweiten, sehr wichtigen Effekt, daß er nämlich in einer echten Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und Tourismus für viele bäuerliche Betriebe zusätzliche Einkommen bringt und wohl auch zur Existenzsicherung beiträgt. Die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe ist und bleibt das Leitbild der ökosozialen Agrarpolitik der Österreichischen Volkspartei.

Und angesichts der Herausforderungen an die Landwirtschaft werden von den Bauern die Bereitschaft und der Mut gefordert, neue Wege zu gehen und Einkommenskombinationen anzustreben. Es wurde darüber in der heutigen Debatte einiges angemerkt. Das moderne, künftige Berufsbild für den Bauern wird wohl immer mehr der multiprofessionelle Bauer sein, der nicht nur Nahrungsmittelerzeuger ist, sondern auch Verarbeiter und Vermarkter seiner Erzeugnisse, nicht nur Zulieferer für die gehobene Gastronomie, sondern der sich auch als Servicebetrieb in den Fremdenverkehr und in die gesamte Freizeit- und Erholungswirtschaft einbringt.

Eine dritte positive Auswirkung möchte ich nicht unerwähnt lassen. Angebote, wie der Urlaub auf dem Bauernhof oder die Privatzimmervermietung, können mit dazu beitragen, die Attraktivität von Regionen – ich spreche hier ganz besonders das Grenzland an – zu erhöhen und Initiativen zu regionsspezifischer Profilbildung, wie sie erst jüngst in der Studie zum Grenzland vorgetragen wurden, wie Weinerlebnis, Naturerlebnis in Verbindung mit der regionalen Küche, in Richtung von Kur, Kultur, Gesundheit und Wellneßaktivitäten, können die Chancen für die ländliche Bevölkerung im Grenzgebiet, im Grenzland, erheblich verbessern. Sie müssen natürlich durch Beratung, Ausbildung und Werbung unterstützt werden.

Die Verankerung der 200.000-Schilling-Aktion pro neugeschaffenem Arbeitsplatz im Fremdenverkehr für das Grenzland wäre eine wichtige und, wie ich glaube, notwendige Fördermaßnahme. (Beifall bei der ÖVP. – 17.32 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (17.32 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Weltweit gilt Österreich als eines der klassischsten und begehrtesten Urlaubsländer schlechthin. Seine landschaftlichen Reize, die unterschiedlichen Betätigungsmöglichkeiten und die Freundlichkeit seiner Menschen haben uns in den vergangenen Jahren immer Anerkennung und natürlich auch bescheidenen Wohlstand aus diesem Wirtschaftszweig gebracht.

Die Fremdenverkehrsbranche ist einer der zentralen Arbeitgeber unseres Landes, und die enorme Bedeutung des Tourismus für unsere Zahlungsbilanz braucht wohl nicht extra betont zu werden. Was die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr pro Kopf der Bevölkerung angeht, liegt Österreich unangefochten an der Spitze. Von besonderer Bedeutung ist auch die regionalpolitische Ausgleichsfunktion des Fremdenverkehrs. Tourismuseinnahmen werden in der Regel vor allem in Regionen erzielt, deren Industrialisierungsgrad eher gering ist, und sichern somit dort für viele Arbeit und Einkommen.

Eine vorläufige Berechnung des Statistischen Zentralamtes hat ergeben, daß in der Sommersaison 1990 gegenüber 1989 sowohl die Ausländer- als auch die Inländernachtigungen zugenommen haben und daß die Deviseneingänge aus dem Tourismus wesentlich gestiegen sind.

Erfreulich ist, daß auch in der Steiermark die Nächtigungsziffern in diesem Rekordsommer – denn davon müssen wir sprechen –, wenn auch bescheiden, um 1,6 Prozent auf 5,7 Millionen zugenommen haben. Der Herr Kollege Kröll hat ja bereits die meisten Ziffern genannt, und dadurch kennen wir auch die gesamte Entwicklung. Aber gestatten Sie mir, auch dazu eine noch zu nennen: Diese 5,7 Millionen bedeuten rund 7,7 Prozent der 74 Millionen Sommernachtigungen, die 1990 im Bundesgebiet in diesem Zeitraum zu verzeichnen waren. Erfreulich ist jedoch, wie der Landesverband für Tourismus in einer Aussendung feststellt, daß die Steiermark bei einer Imagezuordnung österreichischer Urlauber hinter Kärnten nur knapp geschlagen an zweiter Stelle liegt. Daraus ist ersichtlich, daß einem guten Management in der Werbung ein besonderer Stellenwert zukommt und daß vermehrt auf ein professionelles Marketing und eine professionelle Führung im Fremdenverkehr Wert gelegt werden muß. Einen besonderen Stellenwert wird im Tourismus der Zukunft auch die Umwelt haben. (Abg. Kröll: „Die Kärntner haben 6 Prozent minus!“) Die intakte Umwelt ist der wichtigste Rohstoff für den Tourismus. Sauberes Wasser in den Flüssen und Seen, reine Luft und schonender Umgang mit der Naturlandschaft.

Die Freizeitwirtschaft als eine der wichtigsten Branchen verlangt ein Zusammenarbeiten, vor allem von Tourismus und Landwirtschaft, und bietet damit eine

echte Chance, den Erholungsuchenden die besten Voraussetzungen zu bieten. Gerade der Tourismus gehört zu jenen Politikfeldern, wo die Erzielung eines Ausgleiches zwischen Ökonomie und Ökologie ganz besonders wichtig ist. Der sanfte Tourismus gewinnt immer mehr an Bedeutung, und so ist dem Ausbau des Radwegnetzes, verbunden mit der Erreichung von kulturellen und landesgeschichtlichen Einrichtungen, besonderes Augenmerk zu schenken.

Dem verstärkten Wandertourismus ist durch die zeitgemäße Sanierung von Berghütten und die Errichtung von Rast- und Jausenplätzen sowie einer entsprechenden Pflege des Wegenetzes Rechnung zu tragen. Der Gesundheits- und Familientourismus als harmonische Freizeitgestaltung ist zu forcieren, und kinderfreundliche Hotels, sowie der Aktivurlaub auf dem Bauernhof eröffnen Chancen für die Zukunft.

Die Förderung von Sport- und Schlechtwettereinrichtungen muß unbedingt verstärkt werden, um dem Gast die Möglichkeiten einer gewünschten Betätigung einzuräumen. Wenn Sie die heute veröffentlichten Ziffern des Städtetourismus gesehen haben, daß Graz hier an fünfter Stelle liegt, dann weiß man auch den bedeutenden Anstieg der Interessen für Kultureinrichtungen in der Steiermark und in unserer Hauptstadt. Gerade die SPÖ in der Steiermark hat die regionalpolitische Bedeutung des Fremdenverkehrs immer wieder betont und ist für die Förderung von sinnvollen Infrastrukturinvestitionen eingetreten. Die Liftgesellschaften der Dachstein-Tauern-Region, sie wurden ja heute schon einmal durch den Tourismussprecher der ÖVP, Herrn Abgeordneten Kröll, genannt, und die Thermalbäder im südoststeirischen Thermenland, welche durch bedeutende Landeszuschüsse finanziert wurden, haben mittlerweile einen beachtlichen Investitionsschub ausgelöst und haben vielen Menschen in der Region einen sicheren Arbeitsplatz gebracht. Wenn Landesrat Dr. Klausner in seiner Budgetrede festgestellt hat, daß diese Infrastrukturinvestitionen zu den erfolgreichsten Wirtschaftsförderungsprojekten des Landes gehören, so ist dies sicherlich richtig. Der erst kürzlich gefaßte Beschluß des Steiermärkischen Landtages für ein mehrjähriges Investitionsprogramm in der Therme Bad Radkersburg setzt diesen Weg konsequent fort und ist die Annahme durchaus gerechtfertigt, daß auch in Radkersburg eine ähnliche Entwicklung eintritt, wie etwa in Loipersdorf und Waltersdorf.

Der eheste Bau des Thermalbades in Blumau, der Kollege Freitag hat sich dem ja schon gewidmet, würde für Loipersdorf und Waltersdorf die ersehnte Entlastung bringen, den Besuchern dieser Bäder wieder mehr Ruhe und Freude, und außerdem einer der ärmsten Gemeinden Österreichs, wie Klausner ebenfalls erwähnt hat, endlich den ersehnten Aufschwung und den dort wohnenden Menschen Arbeitsplätze bringen.

Neben den positiven Aspekten der steirischen Tourismuspolitik soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß vieles verbesserungswürdig ist. Wie bereits des öfteren in diesem Haus erwähnt, unterliegen die Arbeitnehmer in den verschiedenen Sparten der Fremdenverkehrswirtschaft, oft infolge überlanger und unregelmäßiger Arbeitszeit, hohen physischen und psychischen Belastungen. Dies ist nicht selten verbunden mit niedriger Entlohnung und zu geringer arbeits-

und sozialrechtlicher Absicherung. Die Forderung nach 10.000 Schilling Mindestlohn für die Normalarbeitszeit scheint mir daher ein berechtigtes Verlangen.

Der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der im Tourismus Beschäftigten ist daher auch in Zukunft breiter Raum zu widmen, zufriedene und damit motivierte Mitarbeiter sind ein wichtiger Aspekt, wenn es um hochqualifizierten Tourismus geht. Die Beschäftigung von Asylanten erscheint mir gesellschaftspolitisch und humanitär unheimlich wichtig. Es kann jedoch damit die qualifizierte, arbeitswillige, kontaktfreudige und meist freundliche heimische Arbeitskraft nicht ersetzt werden, wie uns verschiedene Beispiele des Einsatzes zeigen. Der Aspekt der Arbeits- und Lebensbedingungen wird meiner Ansicht nach für die im Tourismus Beschäftigten im Rahmen der Förderungsmaßnahmen viel zu wenig berücksichtigt. Es wäre wünschenswert, wenn zukünftig im Rahmen der steirischen Fremdenverkehrsförderung, so wie bei kürzlich im Hause beschlossenen Maßnahmen für den Ausbau von Arbeitnehmerwohnräumen, darauf verstärkt Bedacht genommen wird.

Ganz grundsätzlich ist zur Fremdenverkehrsförderung zu sagen, daß das Füllhorn der Förderungsmittel nicht nach dem Gießkannenprinzip, wie bereits einige Male erwähnt, über jeden Betrieb ausgeschüttet werden sollte, sondern die Förderungspolitik nach qualitätsorientierten Gesichtspunkten und auch nach ökologischen Kriterien erfolgen sollte. Die SPÖ-Fraktion im Landtag hat beispielsweise vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, der für Schneeanlagen Förderungsrichtlinien fordert. Wesentlich dabei ist insbesondere, daß vor Errichtung einer Schneeanlage eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden müßte, die alle Aspekte, wie etwa Wasserbedarf, Bodenerosion, Vegetation, Landschaftsbild, Lärm, Energiebedarf und so weiter, untersucht. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn noch vor Beginn dieser Wintersaison ein entsprechender Beschlusstrag dem Steiermärkischen Landtag vorgelegt worden wäre. Es ist zu hoffen, daß nicht auch in diesem Fall die in der steirischen ÖVP in letzter Zeit angewandte Verzögerungstaktik zum Tragen kommt und sich der Umweltlandesrat und die Wirtschaftslandesrätin möglichst rasch einigen können.

Das Ziel der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft kann nicht nur in einer Maximierung von Nächtigungs-zahlen und in einem hemmungslosen Ausbau weiterer Schipisten liegen, ein vielseitiges Freizeitangebot muß nicht zwingend mit verstärkter Umweltbelastung einhergehen. Um ein attraktives Angebot für den Gast zu schaffen, ist jedoch eine Organisationsstruktur erforderlich, die die Koordinierung der verschiedensten Fremdenverkehrsaktivitäten einer Region ermöglicht. Betrachtet man den nunmehr dem Steiermärkischen Landtag vorgelegten Entwurf für ein steirisches Tourismusgesetz, der Abgeordnete Kröll hat ihn bereits genannt, so sind zumindest Zweifel daran angebracht, ob mit derartigen gesetzlichen Vorgaben eine sinnvolle Koordination von Fremdenverkehrsaktivitäten möglich ist. Die Einhebung der darin vorgesehenen Interessentenbeiträge ist derart kompliziert und bürokratisch geregelt, daß man sich fragt, ob bei diesem Verwaltungsaufwand und diesen gesetzlichen Vorgaben tatsächlich Gelder flüssig gemacht werden kön-

nen. Auf diesen Umstand hat die Landesfinanzabteilung im Begutachtungsverfahren auch deutlich hingewiesen. Der Fremdenverkehrslandesrätin scheint es jedoch anstelle von Effizienz im Interesse der Fremdenverkehrsförderung eher um Beschwichtigung der Handelskammer und anderer Organisationen gegangen zu sein. (Abg. Kröll: „Sie hat eine hervorragende Vorlage!“) Verzeihen Sie mir, auch kritische Bemerkungen müssen in diesem Haus ihren Platz finden. Ich denke an den ersten Entwurf, wo beispielsweise am Ende dieses Gesetzes noch enthalten war, daß hier Enteignungsbestimmungen stattfinden sollten. Sie sind inzwischen im vorgelegten Entwurf nicht mehr enthalten, und das zeigt, daß hier die Einwirkungen verschiedener Möglichkeiten zur Kenntnis genommen worden sind. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß im vorliegenden Budgetentwurf sicherlich erhebliche Mittel für den Fremdenverkehr zur Verfügung stehen, deren effizienter Einsatz jedoch davon abhängt, ob im Gegensatz zum bisherigen Gießkannenprinzip ökologische, soziale und qualitätsorientierte Gesichtspunkte in die Förderungspolitik Eingang finden. Die Fremdenverkehrslandesrätin hat dies in der Vergangenheit des öfteren vermissen lassen.

Zum Abschluß sei mir noch eine Bemerkung zum Osttourismus erlaubt. Die Öffnung Osteuropas läßt ein sprunghaftes Ansteigen von Besuchern aus diesen Ländern erwarten. Glaubt man einer Statistik, so werden in kürzester Zeit einige -zig Millionen Touristen mehr – allein aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik werden es im nächsten Jahr zirka 1,2 bis 1,5 Millionen sein – unser Land bevölkern.

Der Wallfahrtstourismus, am Beispiel von Mariazell gesehen, schafft bereits jetzt Probleme der dortigen Wirtschaft. (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Aber die Mariazeller freut es!“) Den Besuchern fehlt es an den finanziellen Mitteln, um sich mit dem Nötigen versorgen zu können, und den Tourismusbetrieben bald die Dauergäste, welche durch den Anstrum dieser Massen vertrieben werden. Wie in anderen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, müßte hier die öffentliche Hand gemeinsam mit den Glaubensgemeinschaften die unerläßliche Infrastruktur, wie Labestätten und sanitäre Einrichtungen, zur Verfügung stellen. Ich konnte mich selber am Sonntag im Gespräch mit Gastwirten in Mariazell von dieser Annahme überzeugen und habe sie auch deshalb aufgenommen.

Die Zahlungskraft dieser Touristen wird in den nächsten Jahren, meine Damen und Herren – und das ist der andere Aspekt –, ansteigen, und es wird ein ähnliches Reiseverhalten dieser Gäste geben, wie es sich derzeit bei den Touristen aus Jugoslawien und Ungarn zeigt, die nach anfänglicher Bevorzugung von billigen Quartieren nunmehr, durchaus vergleichbar mit den Gästen aus westlichen Ländern, nach Qualitätsangeboten fragen.

Diesen neuen Märkten haben wir daher größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die derzeitige Nachfrage nach preisgünstigen Quartieren, welche es in der Steiermark zweifellos gibt, muß jedoch genützt werden, die erzielten Erlöse verstärkt mit Förderungsmitteln des Landes – von mir aus auch des Bundes – in Qualitätsangebote für die Zukunft zu investieren.

Meine Damen und Herren, zum Tourismusgesetz möchte ich, außer diesen Bemerkungen, die ich gemacht habe, sonst nichts mehr sagen. Es wird ja in diesem Haus noch eingehend darüber diskutiert werden und gehört sicherlich nicht zum Budgetentwurf beziehungsweise zum Budgetansatz 1991.

Wenn wie dies, meine Damen und Herren, was ich gesagt habe, tun, werden wir uns auch in Zukunft ein Stück vom großen Tourismuskuchen in Österreich abschneiden können und damit auch in der Steiermark in diesem Bereich größere Einnahmen erzielen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 17.47 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Worte gemeldet hat sich die Frau Präsidentin Dr. Kalnoky.

Abg. Dr. Kalnoky (17.47 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Fremdenverkehr heißt, unser Land auch anderen Menschen attraktiv zu machen. Ich bin sehr froh, daß ich bei fast allen Wortmeldungen immer wieder das Wort gehört habe: Es ist wichtig, daß unser Land gesund bleibt, sowohl in der Umwelt wie auch in anderen Bereichen. Gesundheit ist einfach ein so integriertes Thema geworden, daß ich mich eigentlich in jeder Gruppe zu Wort melden könnte. Ich habe es aber vorgezogen, heute zum Fremdenverkehr zu sprechen, weil es letztendlich doch auch der Beweis ist, daß Gesundheit nicht nur einigen Phantasten überlassen ist, sondern daß es sich auch lohnt, auf diese Werte zurückzukommen. Ich möchte Ihnen das an einigen Beispielen zeigen. Ich möchte Sie fragen, warum gehen Sie ins Gasthaus, und was erwarten Sie sich im Gasthaus, Kollege Schrittwieser zum Beispiel? Was stellen Sie sich vor? Was bestellen Sie sich? Warum gehen Sie in ein Gasthaus? Ich glaube, daß wir alle sehr oft in ein Gasthaus gegangen sind, weil wir gehört haben, daß es dort besonders viel zu besonders günstigen Preisen gegeben hat oder auch noch gibt. Und das, muß ich sagen, ist eigentlich eine falsche Spirale, denn das heißt, möglichst viele Speisen, möglichst günstig und billig, und das hat eine falsche Bewegung durch Jahrzehnte bewirkt. Das hat geheißen, daß die Qualität auf Kosten der Quantität produziert worden ist. Und ich bin froh, daß eine Rückbesinnung besteht, weil wir wissen auch, daß wir zu 50 Prozent Übergewicht haben und trotzdem in diesem Lande sehr viele Menschen auch bei Übergewicht Mangelerscheinungen haben. Mangelerscheinungen führen zu Krankheiten, oft zu Krankheiten, die wir gar nicht so ernstnehmen, die aber doch unser Lebensgefühl ganz einfach beeinflussen. Wenn ich allein daran denke, wie viele Menschen in der heutigen Zeit allergisch sind, und viele von ihnen haben wahrscheinlich noch nicht gehört, daß Allergien auf einen Mangel im Immunsystem zurückzuführen sind. Dieses Immunsystem ist deshalb gestört, weil unsere Umwelt belastet ist. Wir haben alle Spurenelemente in unseren Zellen, und diese Spurenelemente sind dazu da, unseren Immunhaushalt in Balance zu halten. Diese Spurenelemente sind aber durch die Umweltverschmutzung frühzeitig gebunden und nicht mehr biologisch aktiv, und deshalb ist es wichtig, daß wir ein gesundes Land haben und dieses gesunde Land weit über unsere Grenzen hinweg bekannt machen, daß die Menschen zu uns kommen.

Wir brauchen also nicht Gasthäuser, die besonders viel besonders günstig anbieten, sondern es muß neue Richtlinien geben. Und da kann ich Ihnen sagen, ich bin sehr glücklich, daß wir in der Steiermark im Moment schon 40 Gasthäuser haben, die auch ein Schild an ihrer Tür haben: „Ihrer Gesundheit zuliebe“. Sie sind ausgezeichnet, weil sie sich an die Richtlinien der Ernährungswissenschaft halten und zusätzlich – nicht ausschließlich – zu ihrem Angebot eben in dieser Richtung ihren Gästen etwas anbieten.

Ich glaube, wir können nicht nur vom Bauern sagen, daß er gesund produzieren soll, wenn wir nicht auch als kritische Konsumenten das zu schätzen wissen. Und ich denke mir, daß die Zeit gekommen ist, daß wir wirklich schauen, wo wir glaubwürdig Ware einkaufen können, und nicht nur ausschließlich danach gehen, ob es mit der Menge und dem Preis stimmt. Das Schlimme ist oft, daß die Verpackung ganz besonders attraktiv ist, die ja auf die Qualität gar keinen Einfluß hat. Ich glaube, daß der Fremdenverkehr in diesem Land eine große Zukunft hat. Er wird von der Frau Landesrat Klasnic in jeder Richtung gefördert, und ich bin ihr dankbar, daß auch der Bereich Gesundheit, der doch sehr lange sozusagen nur als Hobby und als Spielwiese angesehen wurde, in entscheidender Weise mitgefördert und Beachtliches geleistet wird. Der Kollege Ofner hat vor einiger Zeit gesagt, daß die Landwirtschaft zur Bedeutungslosigkeit zurückgegangen ist. Ich glaube, er hat es anders gemeint. Auf jeden Fall kann die Landwirtschaft niemals bedeutungslos sein, weil sie letztendlich, wenn ich das an Zahlen vergleiche – (Abg. Günther Ofner: „Von der Gesamtwirtschaft her, vom Bruttoinlandsprodukt her!“) Ich weiß, daß Sie es nicht so gemeint haben, aber ich habe es als Stichwort genommen, daß es nicht bedeutungslos ist, sondern für mich hat Gesundheit den Stellenwert eins in der Lebensqualität, und alle anderen Bedürfnisse, die wir haben, sind lauter Nullen. Wenn ein Einser davor ist, dann sind es 10, 100 und 1000. Aber wenn dieser Bereich, eben die Landwirtschaft, nicht lernt, eben gesund zu produzieren und mit den Maßnahmen – ich weiß, Sie haben das auch so gemeint. (Abg. Günther Ofner: „Vom Bruttoinlandsprodukt sind es nur mehr 3 Prozent!“) Sie haben das in bezug auf das Bruttoinlandsprodukt gemeint. Aber es gibt eben Meßwerte, und an diesem Meßwert hat es vielleicht wenig Bedeutung, aber auf der anderen Seite hat es eben eine ganz hohe Bedeutung, weil alles andere wird in diesem Land eben nicht von der Qualität und Bedeutung sein, wie es für den Fremdenverkehr notwendig ist und sein wird. Die Steiermark wird da nicht nur ein Delikateßland, sondern auch ein Gesundheitsland sein, und mit den Gästen können wir dann gleichzeitig auch diese Qualität genießen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 17.54 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile der Frau Landesrätin Klasnic das Wort.

Landesrat Klasnic (17.54 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Tourismusdebatte soll immer ein bißchen lebendig sein, weil lebendig ist es auch dann, wenn viele Gäste zu uns ins Land kommen oder wenn auch viele Steirerinnen und Steirer im eigenen Land oder

Österreicher bei uns Urlaub machen. Der Gesamttenor dieser Debatte war eigentlich positiv. Daß es notwendig ist, Kritiken zu äußern, kann ich verstehen, und die Herren, die sie geäußert haben, werden auch verstehen, wenn ich eine Antwort darauf gebe, weil man soll sich ja auch effizient wehren – um mit Ihren Worten zu reden.

Ein Hoch über der Steiermark, im Imageradar sehr weit vorne, das heißt ganz knapp den ersten Platz verfehlt, aber vor allem auch gespürt, daß es der Steiermark gelungen ist, jenes Land zu werden, in dem man von der größten Urlaubszufriedenheit spricht und in dem jene Erwartungen erfüllt werden, die man an den Urlaub und an die Freizeit stellt. Die Österreicher machen am liebsten in der Steiermark Urlaub.

Die Zahlen sind angesprochen worden, aber ich möchte eine Zahl wiederholen, weil sie einfach wichtig ist, und zwar wichtig nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Mitarbeiter in dieser Wirtschaft, für die Menschen mit ihren Familien, die in diesem Land leben.

Wir haben als Gesamteinnahmen im Tourismus 7,8 Milliarden Schilling festzuschreiben. Das ist ein Plus von 12,5 Prozent. Sie werden es verstehen, wenn ich trotzdem davon rede, und auch das ist einige Male angeklungen, daß wir gerade als Steiermark vorsichtig sein müssen, um nicht so, wie es anderen Ländern nicht rechtzeitig gelungen ist, die Grenzen des Tourismus zu erkennen, weil wir Verantwortung für dieses Land haben. Ich möchte es heute einmal umgekehrt machen und am Beginn den Dank sagen. Den Dank an alle Menschen, die in der steirischen Tourismuswirtschaft arbeiten, weil es ist eine schwere Arbeit, und es verlangt große Leistungen, viel Einsatz, und es ist viel unbedankte Arbeit. Da denke ich an etwas Schönes, zum Beispiel an die vielen tausend Hände, die wir im Land haben, die sich mit dem Blumenschmuck in diesem Land befassen, und daß wir zum Beispiel mit St. Kathrein am Offenegg heuer das Europablumendorf hatten oder daß Frohnleiten am zweiten Platz als Europamarkt genannt werden konnte und viele andere mehr. Die vielen Häuser, die vielen Betriebe, die vielen Gemeinden, die vielen Tankstellen, alle haben mitgeholfen. Ich möchte mich aber auch bei jenen bedanken, die hauptamtlich für den Tourismus arbeiten, bei uns in der Abteilung, beim Hofrat Hermann und seinem Team. Sie haben viel Arbeit leisten müssen bei der Vorbereitung dieses Gesetzes. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Weil der Herr Dr. Bögl neben ihm sitzt. Ich weiß, daß momentan im Bewertungsbeirat schon gearbeitet wird. Wir werden einige Zeit noch beisammen sitzen, aber wir werden es schaffen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte mich aber sehr herzlich bei allen, die im Landestourismusverband tätig sind, einem selbständigen Verband, bedanken. Unser Fremdenverkehrsdirktor Pohl ist dort mit einem engagierten, einsatzfreudigen Team unterwegs. Liebe Frau Ernst, weil Sie da sind, ich verstehe das, daß man oft hofft, noch mehr Mittel haben zu wollen und zu mögen. Es ist nur immer nicht so leicht möglich, aber wir haben uns sehr bemüht. Dieser Stock von 30 Millionen Schilling ist im Budget wieder enthalten und zu dem ja noch viel mehr dazukommt: die Österreich-Werbung, die Beträge, die dorthin bezahlt werden müssen, die Marketingmittel und die Förderungsmittel. Das heißt, weit über

100 Millionen Schilling können für den steirischen Tourismus ausgegeben werden, und dafür bedanke ich mich bei allen, die dieses Budget beschließen, aber besonders beim Herrn Landeshauptmann, Kollege Freitag, und ich werde dann noch einmal sagen, warum besonders bei ihm. Nämlich deshalb, weil Sie hier an dieser Stelle mir einen Bericht vorgetragen haben über Blumau, wo ich Sie gebeten hätte, vielleicht vorher mit mir ein bißchen darüber zu reden. (Abg. Freitag: „Ich habe mit dem Herrn Landesrat auch schon gesprochen!“) Ihr Wissensstand war es. Ich hätte Ihnen gerne erzählt in einem Vier-Augen-Gespräch, so kann ich es öffentlich machen, daß es keine Verhinderungstaktik und keine Verhinderungspolitik gibt, aber eine verantwortliche Politik in diesem Land. Wo es möglich ist, mit privaten Unternehmen etwas zu errichten, dort wird es an erster Stelle so getan. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, da trennt uns nichts. Zum Zweiten haben Sie gesprochen von irgendwelchen Gutachten, die dann zusammengetragen werden mußten und ergaben, daß es baumöglich ist. Ich sage zu diesem Gutachten folgendes: Ich war in der Gemeinde Blumau, dieser angeblich besonders armen Gemeinde, wie Sie es nennen (Abg. Freitag: „Reich ist die Gemeinde nicht!“), habe mit den Menschen dort gesprochen, einige Versammlungen mit zirka 400 Menschen besucht. Wir sind stundenlang zusammengesessen, und die haben es verstanden, daß es richtig war, zuerst zu untersuchen, ob die Grundstücke hochwassergefährdet sind. Was passiert mit dem Wasser, das mit 102 Grad aus dem Boden herauskommt? Das kann man ja nicht einfach in den Bach zurückleiten. Wie schaut es aus mit der Kanalisation? Ist eine zweite Bohrung möglich? Wie schaut es im Straßenbereich, in der Infrastruktur aus? Dort werden einige tausend Fahrzeuge mehr unterwegs sein. Diese Dinge müssen vorher gesehen werden. Gestatten Sie mir, wenn ich dort als Kurgast denken müßte, zur Zeit haben wir in dem Ort kein Kaffeehaus, keinen Friseur, das heißt keine Infrastruktur. All das muß geschaffen werden. Man kann nicht einfach 1000 Betten auf die grüne Wiese bauen. Trotzdem sage ich dazu, daß die Angebote sowohl vom Baumeister Rogner als auch von der zweiten Gruppe Porr-Ast seriöse Angebote sind, daß es grundsätzlich sehr gute Verhandlungen gibt und daß ich überzeugt bin, daß wir auch zu einer guten Entscheidung kommen. Jetzt komme ich zu dem, was den Herrn Landeshauptmann betrifft. Wenn die Privaten bauen, muß das Land für die Infrastruktur sorgen. Das heißt für den Hochwasserschutz, das heißt für die Straßenzubringerdienste, das heißt Mithilfe bei der Gemeinde für die Kanalisation und so weiter. Da hat der Landeshauptmann die Hauptverantwortung, und da sind auch im großen Bereich die Mittel aus seinem Ressort. Aus diesem Grund gibt es eine Landesregierung, einen Landeshauptmann und eine Gemeinschaft, die beschließt. So ist es, so soll es bleiben, und ich bin auch froh. Es gibt einen Auftrag des Landeshauptmannes, zusammenzuführen und zu koordinieren. Diesem Auftrag bin ich gerne nachgekommen. Ich denke daran, wie oft der Kollege Schrammel, er hat mich gebeten, es hier zu sagen, mit dabei gewesen ist, vorbereitet hat. Nur hat er gemeint, er will heute die Debatte nicht verlängern, aber er ist auch sehr dafür, daß aus Blumau etwas wird. Nur, eines muß ich auch

dazusagen. Nur Tourismus, nur Gesundheit kann ja nicht das einzige Ziel für Thermen sein. Es kann doch eine landwirtschaftliche, eine alternative, eine industrielle Nutzung geben, und auch in diesem Bereich wird gedacht, und das ist auch innerhalb der Landesregierung referatsübergreifend, und da kann nicht ein Referent allein sagen, ich möchte das, sondern da muß ich sagen, was tut dem Lande gut. Das zu Blumau.

Aber es wird Ihnen ja als Abgeordneter, der in der Oststeiermark zu Hause ist, nicht entgangen sein, daß wir diese Woche eine große Freude erleben konnten, in Bad Waltersdorf ist die zweite Quelle fündig geworden. Eine Bohrung, die erfolgreich war, eine Absicherung für diesen einen Quellenstand, den wir dort haben. Ich sage schon ganz ehrlich, wenn man sieht, was mit einer Bohrung schon geschehen ist, dann können wir uns freuen, was dann im Zusammenhang mit einer größeren Entwicklung noch passieren wird. Bad Loipersdorf ist uns ja in vielen Bereichen – ich habe bewußt Bad Loipersdorf gesagt, weil ich weiß, daß das manche gerne hören und manche daran denken, daß es das werden soll – ist momentan ein zentraler Ort, ist sicher froh, wenn es viele Angebote gibt. Es braucht niemand Konkurrenz fürchten, sie arbeiten alle bestens.

Zu Bad Radkersburg ist hier einiges gesagt worden. Es ist die sinnvollste Form, im Grenzland zu helfen, zu fördern und die Voraussetzungen zu schaffen. Ich darf aber gleichzeitig sagen, daß auf der einen Seite der Tourismus und auf der anderen Seite die Tagesrehabilitation sein wird, das heißt die Gesundheit, auf die man dort den Schwerpunkt legt. Das kann nur erfolgreich werden.

Die Frau Kollegin Beutl hat über den Urlaub am Bauernhof geredet. Da habe ich mir schon bei der Landwirtschaftsdebatte gedacht, wie gut es eigentlich ist, daß Erich Pötl seit vielen Jahren in diesem Landestourismusverband mitarbeitet und jetzt natürlich auch seine Wünsche im Bereich von Urlaub am Bauernhof jederzeit dort eingebracht hat.

Ich habe mich gefreut über die Zuversicht des Kollegen Weilharter, daß aus diesem Gesetz doch was werden kann. Ich darf Ihnen versichern, normal heißt es ja, und wenn Sie es durchgeschaut haben, daß der Bewertungsbeirat nach Beschlußfassung des Gesetzes einzusetzen ist. Er arbeitet informell schon, weil wir keine Zeit verlieren wollen. Ich darf den Kollegen sagen, und sie wissen es, daß wir auch mit den Fremdenverkehrsfachleuten Ihrer Fraktion Kontakt gehabt haben, und ich bin überzeugt, daß wir zu einem guten Ende kommen. Es ist aber auch so, und das möchte ich dem Kollegen Weilharter auch noch sagen, weil er von der Besteuerung der Getränke gesprochen hat, daß es auf Initiative der Steiermark ein Wunsch ist, in den Koalitionsverhandlungen der kommenden Bundesregierung auf jeden Fall auch das Thema der Reform der Besteuerung von Getränken drinnen zu haben. Aus welcher Sicht man es immer sieht, dies ist ein Anliegen, das muß angepackt und gelöst werden. Sie haben aber auch das Thema Steuerfragen angeschnitten. Da darf ich Ihnen sagen, wir wissen, daß die Vereinssteuer für viele Vereine bedeuten kann, in welcher Form sie belastet werden, und daß so mancher Funktionär draußen im Ort sagt, ja, jetzt haben wir so viel zusammengewirtschaftet, wir wollen das eigent-

lich den Gästen wieder zugute kommen lassen, wir wollen Bänke aufstellen, wir wollen Wege markieren und so weiter, und eigentlich wird uns das schwer Verdiente wieder von der Finanz weggenommen. Das ist der Satz, den man immer wieder hört. Es gibt ein Gutachten von Dr. Rubbe, und dieses Gutachten – ich glaube, das ist gestern geschehen – hat der Herr Hofrat Hermann in meinem Auftrag an alle Vereinsobleute der Steiermark geschickt, damit sie die Letztinformation und die wichtigste Information auch haben.

Zum Kollegen Vollmann: Über die Personalwohnungen braucht hier kein Wettlauf entstehen, wessen Idee sie gewesen sind. Es gibt viele Vorschläge dazu; ich bin froh, daß ich es gemacht habe, und ich bin dem Landtag auch dankbar, daß er meinen Vorschlägen zugestimmt hat. Aber ich darf Ihnen versichern, wenn Sie von Qualitätsförderung reden, daß es für den Fremdenverkehr und für den Tourismus im allgemeinen sehr, sehr strenge Richtlinien gibt, die immer in Richtung Qualität gehen – für den Gast, aber auch für den Mitarbeiter. Auch die haben wir eingearbeitet, und ich sage bewußt dazu, weil Sie gemeint haben, wie hoch unsere Zahl im steirischen Tourismus ist. Wir sind österreichweit am vierten Platz. Das ist ein guter Platz, und ich bin überzeugt davon, daß wir, wenn wir mit dem Motto, mit dem wir arbeiten, weiterarbeiten, nämlich nicht die Größten, aber die Besten sein zu wollen, mit diesem Motto auch auf Zeit Erfolg haben. Sie sind früher ganz kurz bei mir gesessen, und ich habe es Ihnen auch sozusagen unter vier Augen gesagt: Ich freue mich auch über Ihre Meinung über die Mitverantwortungsträger und über die Mitarbeiter im steirischen Tourismusverband. Ich habe in einer Tageszeitung vor einigen Wochen noch ganz etwas anderes gelesen. Da waren die Mitarbeiter nicht effizient eingesetzt, ausgesucht und so weiter, das hätte eigentlich den Rücktritt der Referentin zu Folge haben sollen, aber die denkt auch nicht daran – so ist sie eben. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei den Förderungsrichtlinien bezüglich Schneekanonen gibt es eigentlich zwischen uns keine Meinungsverschiedenheit, die kann 's auch nicht geben. Es wird von der Rechtsabteilung 3 und der Fremdenverkehrsabteilung an Richtlinien gearbeitet, obwohl ich Ihnen sagen darf, daß nach der jetzigen Gesetzeslage der Umweltgesetze im Land Steiermark es ohnehin schon strengste Richtlinien gibt und wir nichts tun, das nicht den Umweltgesetzen entspricht. Wir haben aber alles sehr, sehr vorsichtig behandelt, weil es uns bewußt ist, was es heißt, dieses Land zu schützen und eben diese Grenzen, so wie es Bischof Stecher vor einigen Wochen in Aigen im Ennstal formuliert hat, nicht zu überschreiten und damit eigentlich etwas zu erzielen, was niemand will, nämlich daß man die Freude an der Arbeit im Tourismus verliert.

Und, Herr Kollege, weil Sie über Mariazell gesprochen haben: Ich selbst habe sehr oft über den Wallfahrtstourismus von der ersten Stunde an gesprochen, und ich bin heuer zirka viermal – Abendtermine – in Mariazell mit der Wirtschaft, mit den Gastwirten beisammen gewesen, aber einmal auch an einem Samstagnachmittag, und habe dort erlebt, wie es zirka 250 Busse gibt, die irgendwo stehen – Parkplätze gibt es

nicht, es gibt auch keine Toilettenanlagen. Man hat mir gleichzeitig erzählt, daß diese Menschen im Bus schlafen müssen, weil es ja keine Möglichkeiten gibt, weil es momentan nicht geschaffen ist, für Unterbringung zu sorgen. Ich weiß, daß es einen Auftrag des Herrn Landeshauptmannes an die Abteilung IIa gibt, daß spätestens bis im Frühjahr alle Vorbereitungen getroffen sein werden, wenn die Saison wieder beginnt, daß Parkplätze, sanitäre Anlagen und so weiter errichtet sind. Das heißt, Vorbereitungen gibt es viele, aber es gibt auch noch viel zu tun.

Der Herr Kollege Reicher ist mir mit seiner Wortmeldung, die Jugendherbergen betreffend, sehr, sehr entgegengekommen, weil ich mit Stolz sagen kann, daß es gerade in der Steiermark gelungen ist, den Tourismus kinderfreundlich und familienfreundlich darzustellen, und aus diesem Grund sind wir wahrscheinlich auch so erfolgreich. Gleichzeitig wissen wir alle, daß auch die Ernährung eine besondere Rolle spielt – Lindi Kalnoky hat es angesprochen –, aber daß es die jungen Menschen in unserem Land und auch bei der Wahl ihres Urlaubszieles sind, die auf die Umwelt Rücksicht nehmen wollen, viel mehr als jene, die sozusagen im Mittelalter sind – ich möchte jetzt keine Altersstufe nehmen, aber sagen wir so um die 50. Die sagen: „Das war immer so, das soll in Zukunft so sein.“ Die jungen Menschen nehmen wesentlich mehr Rücksicht. Und Jugendherbergen sind besonders jetzt in jener Zeit offen und notwendig, weil der Osten offen ist und weil viele Menschen zu uns kommen, die sich 's nicht leisten können. Vor allem junge Menschen, die sich hier einmal das ganze anschauen, zum Teil dann auch das Gefühl haben, willkommen zu sein. Wir werden alles dazu tun.

Ich möchte Ihnen zum Abschluß noch eine besondere Information geben: Es ist so viel über das, was geschehen ist und geschehen kann, gesagt worden, daß ich etwas sagen möchte, über das wir in dem Zusammenhang vielleicht nicht geredet haben – zumindest nicht heute. Gerhard Hirschmann hat es gestern angesprochen. Wir haben bei uns in der Steiermark Asylanten in Betrieben der Gastronomie untergebracht, und die Übernachtungsziffer dieser Asylanten in unserem Land ist über eine Million. Ich sage aber gleich dazu, daß diese Million Übernachtungen nicht in den 9,5 Millionen der anderen Übernachtungen mitgezählt wird. Das heißt, das ist eine Zahl, die außer der Zählung ist. Wir hören aber auch immer wieder, daß man das Gefühl hat, dort und da sind die Asylanten nicht so untergebracht, wie es wünschenswert ist. Und wenn man so etwas hört, hat man als verantwortlicher Referent auch zu reagieren. Es gab, glaube ich, vor zirka 14 Tagen das Gespräch beim Herrn Landeshauptmann im Zuge der Rumänien-Aktion und anschließend auch immer wieder Kontakte, und es hat der Herr Hofrat Kniepeiß als Vorstand der Gewerbeabteilung, gemeinsam mit Mitarbeitern, mit Vertretern der Gewerbebehörde vor Ort – das heißt, in den Bezirken draußen – und auch mit Vertretern der Gastronomie, nämlich der Handelskammerfachgruppe, in dem Fall, daß man nicht das Gefühl hat, es ist nicht jeder mit eingeladen, dabei zu sein, in den letzten drei Tagen Stichproben durchgeführt und konnte uns erfreulicherweise folgende Mitteilung machen: An diesen Tagen wurden zusammen 24

Betriebe stichprobenweise geprüft. Es sind dort 521 Asylanten untergebracht – die Gesamtzahl in der Steiermark beträgt zur Zeit zirka 3000; die sind in 122 Betrieben untergebracht –, und es waren nirgends so gravierende Mißstände zu finden, das heißt Zusammenpferchen, Schlafsäle oder unzumutbare Sanitäreinrichtungen, daß man das Gefühl gehabt hätte, es ist ein sofortiges behördliches Einschreiten erforderlich. (Abg. Vollmann: „Bei denen haben wir schon geschaut, daß sie geschlossen werden!“) Sehr wohl ist es so, daß man in einigen Betrieben – das heißt, zwei von diesen 24 sind hier konkret angeführt – kurzfristig noch einmal eine Überprüfung von seiten der Bezirkshauptmannschaft anordnen wird. Und ich darf Ihnen versichern – das ist auch die Aussage jener, die Asylanten bei sich beherbergen –, daß sie laufend vom Bund Kontrollen haben und daß wir es vom Land zusätzlich gemacht haben, weil ich Ihnen einfach auch diese Antwort geben wollte, weil es manchmal auch für einen, der Asylanten beherbergt, sehr, sehr schwer ist, dem Nachbarn, dem anderen Unternehmer oder den Menschen im Dorf zu erklären, warum er ihnen die Möglichkeit eines Zuhause gegeben hat. Die Überprüfung hat stattgefunden; es sind über 3000 Menschen bei uns im Land, und wir werden alles tun, daß sie sich wohlfühlen – ich sage bewußt „wohlfühlen“ –, man muß aber auch alles tun, daß sie auf Zeit Arbeit haben, weil nur dann kann man sich wirklich wohlfühlen. Die Voraussetzungen sind da, aber die steirische Gastronomie bemüht sich um alle: um jene, die als Asylanten hier sind, um jene, die als Tagesgast kommen, um jene, die länger auf Urlaub gehen. Die steirische Gastronomie und alle, die im Tourismus arbeiten, sind eben herzliche, freundliche, fleißige Menschen, und ich danke allen und wünsche dem Tourismus und auch dem kommenden Tourismusgesetz – und auch von dem bin ich überzeugt – für die Zukunft alles Gute. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.14 Uhr.)

Präsident Meyer: Wir kommen nun zum dritten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser.

Abg. Ing. Stoisser (18.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

So wie es für den Landesrat Dr. Klausner die 21. Budgetdebatte als Landesrat ist, ist es für mich die 21. Budgetdebatte als Abgeordneter, und ich habe in diesen 21 Jahren sehr vieles bei diesen Budgetdebatten mitgemacht: von der ersten Euphorie unter Kreisky angefangen über den Ölchock, über die Unternehmerbeschimpfung und über die Angst vor der Jugendarbeitslosigkeit, die demographische Entwicklung. Und jetzt haben wir heute eigentlich beinahe eine Bilderbuchentwicklung, wenn es die Golfkrise nicht gäbe, wie wir schon gehört haben. Wir sind als Europäer auch schon so weit, daß wir nicht mehr ängstlich nach Amerika schauen müssen, ob dort denn die Konjunktur schlechter wird, denn die Konjunktur trägt sich in Europa schon selbst. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist eine zusätzliche Entwicklung für unsere Wirtschaft. Entsprechend sind auch die Konjunkturdaten. Mit 3,5 Prozent Inflationsrate haben wir die Schweiz und Deutschland hinter uns gelassen. Das Bruttoinlands-

produkt ist um 4,5 Prozent in diesem Jahr gestiegen. Die Wertschöpfung der Industrie um 8,5 Prozent. Der Export ist um 9,2 Prozent gewachsen. Damit sind wir faktisch Weltmeister. Die Arbeitslosigkeit liegt bei etwas über 5 Prozent. Wir haben damit die demographische Entwicklung voll aufgefangen. Ich möchte sagen, daß diese gute Entwicklung, die sich in den letzten drei, vier Jahren abgezeichnet hat, auch ein Verdienst der Koalitionsregierung ist und vor allen Dingen auf die ÖVP-Minister zurückzuführen ist, die viel wirtschaftliches Wissen eingebracht haben. Erfreulich ist dabei, daß auch die Steiermark stark aufgeholt hat. Laut Wirtschaftsforschungsinstitut ist das Brutto-regionalprodukt im Jahre 1989 um 4,7 Prozent gewachsen, österreichweit um 4 Prozent. Im ersten Quartal in der Steiermark um 9,4 Prozent, österreichweit 5,1 Prozent. Auch im zweiten Quartal hat die Steiermark mit 5,8 Prozent noch weit über dem Durchschnitt von 4,5 Prozent in Österreich abgeschnitten. Was besonders erfreulich ist, und darauf werde ich später noch zurückkommen, daß die offenen Stellen im dritten Quartal dieses Jahres um 33 Prozent in der Steiermark gestiegen sind, österreichweit um 17 Prozent. Im Exportanteil ist die Steiermark an die zweite Stelle vorgerückt. Meine Damen und Herren, auf diese Leistungen können wir alle hier in diesem Hause stolz sein. Es ist die Leistung aller Steirer, die in der Wirtschaft, in der Politik, in der Verwaltung und auch sonstwo tätig sind. Es hat auch das Klima in diesem Hause mit dazu beigetragen.

Wir haben immer ein Wirtschaftsförderungsbudget beschlossen. Dieses hat bei uns schon seit drei Jahrzehnten eine Tradition, schon unter Krainer I. bis zum heutigen Landeshauptmann wird dieser Wirtschaftsförderung wie auch der Grenzlandförderung größtes Augenmerk gegeben, und wir sind hier für viele andere Bundesländer in Österreich Vorbild gewesen. Einige Daten aus diesem Budget, das wir nun beschließen wollen. Wir haben für die aktive Wirtschaftsförderung rund 300 Millionen Schilling zur Verfügung.

Davon für die Steinbeis-Stiftung, die ich besonders hervorheben möchte, 4 Millionen Schilling. Das ist keine direkte Förderung, wo man einen Zinsenzuschuß gibt, sondern wo beraten wird, wie man vor allen Dingen auf dem Hochtechnologiegebiet, im Export und im ganzen Welthandel weiterkommen kann. Es sind auch hier schon erste Erfolge zu verzeichnen. Die Nahversorgungsförderung haben wir anlässlich der letzten Sitzung in diesem Hause beschlossen. Dafür sind 3 Millionen vorgesehen. Für die Technova international, eine Technologiemesse, sind 10 Millionen vorgesehen, die diesmal mit einem Alpen-Adria-Schwerpunkt gedacht ist. Als weiteres haben wir mit dem Bund gemeinsam eine regionale Innovationsprämie vorgesehen, die als Nachfolge der 100.000- und 200.000-Schilling-Aktion gedacht ist und vor allen Dingen Strukturverbesserungen fördert. Das ist das Wesentliche, und es war schon in den letzten Jahren immer wieder der Fall, daß man vor allen Dingen die Verbesserung der Strukturen der steirischen Wirtschaft bei dieser Förderung immer im Auge gehabt hat. Es ist auch erfreulich, daß sich die Wirtschaftsförderung selbst umstrukturiert und daß zu Beginn des nächsten Jahres – so Landesrätin Klasnic, die schon sehr viel Vorarbeit geleistet hat – eine Privatisierung der Wirt-

schaftsförderung stattfinden wird. Dafür, liebe Waltraud, herzlichen Dank. Das ist eine mutige Tat, und ich würde wünschen, daß man bei der Privatisierung, auch dort, wo man immer davon spricht, diesem mutigen Schritt nachkommt, und zwar in allen Bereichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum wirtschaftlichen Geschehen in der Steiermark: In der Obersteiermark, wissen Sie alle, hat die Umstrukturierung der verstaatlichten Industrie natürlich ihre Spuren hinterlassen. Es gibt aber schon bedeutende Fortschritte. Ich möchte erfreut feststellen, daß man von dem Dogma abgegangen ist, alleine die verstaatlichte Industrie sei der Träger eines wirtschaftlichen Aufschwungs, sondern umgekehrt. Wir wissen es heute, daß gerade dort die privaten Initiativen diesen Fortschritt ermöglicht und den Ausgleich des unheimlich hohen Verlustes von Arbeitsplätzen wettgemacht haben. Im Zentralraum Graz ist ohnedies eigentlich die Wirtschaft mehr oder weniger ohne Probleme in bezug auf Leistung. Hier gibt es eher Probleme, die hemmen, nämlich vom Umweltfaktor her. Es ist heute schon sehr schwierig, irgendwo in einem dichter verbauten Gebiet Unternehmungen zu gründen. Da könnte ich Ihnen einige Beispiele nennen. Von einem Unternehmer, der bereits das dritte Grundstück kauft, um sich ausweiten zu können, und nirgends die vorher gemachten Zusagen erfüllt bekommt, aus diesen und jenen Gründen, alle die Umwelt betreffend. Man müßte sich hier wirklich einiges einfallen lassen. Selbstverständlich hat die Umwelt Vorrang, aber man sollte von Haus aus schon richtige Richtlinien geben, daß es nicht solche Fehlleistungen gibt und daß ein Unternehmer ein, zwei, drei Jahre in seiner Entwicklung verzögert wird. Es ist ja nicht der Schaden des Unternehmens selbst, sondern der ganzen Wirtschaft und Mitarbeiter insgesamt. In Graz ist durch die Nähe der Technischen Universität eine gute Entwicklung auf dem Hochtechnologiesektor möglich, und auch mit unserem Technologiepark sind wir in dieser Richtung tätig. Handel und Dienstleistungen florieren. Das Einkommen ist im österreichischen Schnitt.

Nun zum Grenzland, dem ich mich ein bißchen mehr widmen möchte, da ich aus diesem Gebiet komme. Es gibt eine Untersuchung und ein Konzept über das Grenzland, eine hochinteressante Studie mit Vorschlägen, die lesenswert sind, und ich würde hoffen, daß wir nach dieser in Zukunft unsere Politik für das Grenzland richten werden. Es sind im Grenzland nach dieser Studie Umsatz und Umsatzproduktivität mehr als im Landesschnitt gestiegen. Es gibt trotzdem dort einen Arbeitskräfteüberschuß, weil auch dort die Geburtenrate eine höhere ist. Die Entwicklung ist aber sicher nicht zu dramatisieren, wie es immer wieder von einzelnen Damen und Herren dieses Hauses versucht wird. Es wurde heute schon gesagt, das Einkommen liegt dort bei 57 bis 80 Prozent des österreichischen Durchschnittes. Das allerdings mit zusätzlicher Arbeit durch die doppelte Arbeit der Nebenerwerbsbauern und so weiter, aber wir haben auch, wenn Sie ins Grenzland kommen, eine Entwicklung, die über dem Schnitt ist. Das heißt aber noch lange nicht, daß wir schon aufgeholt haben. Wir haben rund 40.000 Pendler, wir haben – das wurde heute auch schon gesagt – 40.000 neue Arbeitsplätze schaffen können, so daß der größte Teil der aus der Landwirtschaft Ausgeschiede-

nen, an Ort und Stelle Platz finden konnten. Allerdings, wie gesagt, müssen noch über 40.000 pendeln. Es wurde bei der Verkehrsdebatte über dieses Thema gesprochen. Ich fahre jetzt auch des öfteren im Verkehrsverbund nach Graz; ich kann sagen, das ist keine schlechte Sache. Die Bundesbahn möge hier mehr Werbung dafür machen. Einige Unzulänglichkeiten gibt es selbstverständlich. Ich hoffe sehr, daß diese wegkommen und daß nicht mehr 80 Prozent dieser Pendler mit dem Pkw nach Graz fahren müssen. Zwei Drittel der Leute pendeln nämlich aus dem Grenzland nach Graz.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch Chrysler erwähnen, weil über diese Neugründung in diesem Hause so viel Widersprüchliches gesagt wird. Ich meine, daß gerade dieses Chrysler-Werk sehr viel für das südliche, südwestliche und südöstliche Grenzland bringen kann; für Pendler, wenn wir auch eine bessere Verbindung haben, und auch für Zulieferbetriebe. So möchte ich auch meinen, daß der Vorschlag dieser Studie, daß man Zulieferbörsen schaffen sollte, ein ganz ausgezeichneter ist und daß wir hier als Landespolitiker tätig werden könnten. Für die Zukunft des Grenzlandes ist es außerdem auch wichtig – so wie für überall, aber gerade für das Grenzland –, daß eine Höherqualifizierung der Unternehmer und der Mitarbeiter stattfindet und daß man diesem auch eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden sollte.

Für diese Zulieferbörse möchte ich ein Beispiel nennen: Da gibt es in Radkersburg einen kleinen kunststoffverarbeitenden Betrieb mit 15 oder 20 Mitarbeitern, der für AVL in Graz Höchstpräzisionswerkstücke herstellt und damit bestens reüssieren konnte.

Es ist auch zu versuchen, im Grenzland produktionsnahe Dienstleistungen weiter aufzubauen, zum Beispiel Betriebsberatung, Ingenieurbüros und so weiter, damit auch im Grenzland höherqualifizierte Arbeitsplätze entstehen können.

Ein weiterer Vorschlag dieser Studie ist der des Dreikreislaufkonzeptes: Der erste ist der lokale Kreislauf – der ist an und für sich selbstverständlich, der zweite ist der regionale Kreislauf – und er stimmt eigentlich auch. Aber das müssen wir als Deutschlandsberger, als Leibnitzer, als Feldbacher sagen: Wir sind alle grazorientiert. Die Straßen nach Graz sind mehr oder weniger gut – für Leibnitz kann ich sagen gut – ausgebaut, aber eine Querverbindung Deutschlandsberg–Leibnitz–Feldbach–Fürstenfeld – na ja, sie ist schon vorhanden – ist jedoch nicht als eine Hauptverbindung da. Und hier wäre es auch sehr gut, wenn diese regionalen Verbindungen stärker werden würden.

Und selbstverständlich als nächstes Ziel und als wichtigstes der nationale oder internationale Kreislauf, das heißt, daß aus dieser Region hinaus exportiert werden kann.

Nun zu den offenen Grenzen. Wir haben hier schon des öfteren darüber gesprochen, betrifft natürlich auch das Grenzland im besonderen, und wir haben hier schon seit vielen Jahren einen kulturellen Austausch. Der wirtschaftliche Austausch beschränkt sich derzeit im wesentlichen auf die Einkaufsfahrten der Jugoslawen nach Österreich in die grenznahen Städte, zum Beispiel nach Leibnitz, wo wir einen Boom an Jugosla-

wen haben, wie wir es uns nur wünschen können, wo es aber schon riesige Probleme mit der Unterbringung dieser Einkäufermassen gibt. Ein direkter Warenaustausch findet jedoch nicht statt. Und ich möchte als Beispiel, daß wir hier schon einen sehr großen Wert darauf legen sollten, die Bundesländer Vorarlberg, Tirol und auch noch Salzburg nehmen, die an Länder angrenzen, die einen höheren oder einen gleich hohen wirtschaftlichen Standard haben, nämlich die Bundesrepublik, die Schweiz und Oberitalien. Ich glaube auch, daß das der Grund ist, daß dort – das heißt, das ist ganz sicher so – die Wirtschaft wesentlich höher entwickelt ist als bei uns. So muß es auch für uns eine Verpflichtung sein, dafür mitzuarbeiten, daß auch Jugoslawien und Ungarn einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben und auch eine größere Wirtschaftskraft bekommen. Davon können auch wir im Grenzland und auch die ganze Steiermark profitieren.

Wichtig ist auch, daß die Steiermärkische Landesregierung den Antrag an das Sozialministerium gestellt hat, daß wir eine Sonderförderungsregion werden, daß das auch in der EG anerkannt wird und wir für diese Grenzlandregion, wenn wir der EG beigetreten sind – was ich ja sehr hoffe, daß das bald stattfinden wird –, dann auch eine Förderung bekommen.

Aber nun zu einem Thema, das auch der Kollege Prutsch als Arbeitsamtsleiter von Mureck angeschnitten hat: die Ausländerbeschäftigung. Ich habe heute in einer einzigen steirischen Zeitung nachgeschaut, meine Damen und Herren: 35 Seiten Arbeitskräfte-suche – 35 Seiten! – und zwei Drittel Seiten davon Arbeitsangebote von Arbeitnehmern. Der Rest von 34 ein Drittel Seiten ist die Suche von Unternehmungen nach Arbeitskräften. Und dann macht man solche Schwierigkeiten, wenn man irgendwo einen Ausländer hat, dann wird vom Herrn Kollegen Prutsch gesagt, daß die Ausländerarbeitslosigkeit in der Steiermark um 275 Prozent gestiegen ist. Die Zahl stimmt übrigens, aber das ist ein Musterbeispiel, wie man mit Statistiken arbeiten kann – ich habe mir das angeschaut. Wir haben in diesem Jahr um 7800 Ausländer mehr in die Steiermark hineinbekommen, und davon haben nahezu 6100 Ausländer einen Arbeitsplatz zusätzlich in der Steiermark bekommen. Allerdings sind rund 1700 davon arbeitslos geblieben. Voriges Jahr waren es 600, und daher diese berühmten 275 Prozent. In Wirklichkeit können wir sagen, wir haben über 6000 Arbeitsplätze für Ausländer geschaffen, und ich bin davon überzeugt, daß der Rest bei dieser Suche nach Arbeitskräften, wie wir sie heute haben, auch bald unterkommt. Und ich frage mich dann überhaupt, meine Damen und Herren: Wenn ich jetzt die ganzen steirischen Zeitungen hernehme, so werden wahrscheinlich pro Wochenende zwischen 5 und 10 Millionen Schilling von den Unternehmungen ausgegeben, um Facharbeiter und Fachkräfte zu bekommen. Wenn das Arbeitsamt so gut ist, wo man das gratis bekommt, warum schmeißen die Unternehmer dieses Geld hinaus? Das frage ich mich. (Abg. Günther Prutsch: „Wir müssen mehr ausbilden. Wie viele bilden Sie aus in Ihrem Betrieb?“) Ich möchte hier sagen, ich bin in bester Verbindung mit den Mitarbeitern der Arbeitsämter. Die bemühen sich redlich, aber beim System stimmt etwas nicht! Wenn ich in meinem Unternehmen Probleme habe, kann ich nicht immer

antworten: „Ich brauche mehr Leute!“, sondern wir müssen umstrukturieren (Abg. Günther Prutsch: „Das ist eine bildungspolitische Frage!“), und das wäre der Wunsch auch an die Arbeitsmarktverwaltung.

Und bei dieser Gelegenheit noch etwas: Der Sozialminister Geppert hat nun für die Steiermark 3,5 Prozent Ausländerbeschäftigungsquote festgesetzt. Nachdem die Landesregierung einstimmig 7 Prozent festgelegt hat, hat der Herr Minister das auf 3,5 Prozent, das sind 15.000, gesenkt. Nachdem wir derzeit schon fast 13.000 Ausländer hier tätig haben, können wir nach diesem neuen Gesetz höchstens noch 2000 Ausländer zusätzlich beschäftigen. Meine Damen und Herren, das ist zu wenig. Ich glaube, der Minister Geppert ist hier wirklich falsch beraten, wenn er eine solche Politik betreibt. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das kann man nicht alles verlangen!“)

Zum Abschluß möchte ich vom WIFO eine Empfehlung über die Budgetpolitik an den Bund vorlesen: Die Problemfelder für Österreich werden im kommenden Jahr sowohl die Bekämpfung inflationärer Tendenzen, als auch Bemühungen um die Verfügbarkeit knapper Fachkräfte bei gleichzeitigem Abbau der Arbeitslosigkeit darstellen. Die Budgetpolitik der neuen Regierung wird sich auf weitere Verbesserung der Budgetstruktur und nicht in erster Linie um konjunkturelle Probleme zu kümmern haben. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist aber passiert. Jetzt müssen sie mühselig in den Koalitionsverhandlungen von ihren Forderungen wieder herunter. Zuerst hat man die Steuer gesenkt. Jetzt muß man langsam auf den Boden herunter, weil das notwendig ist, was Sie sagen!“) Herr Landeshauptmann, ich bin auch dieser Meinung. Für die Steiermark möchte ich sagen, daß dies auch für das Land gilt. Die Qualität muß Vorrang haben und ein verantwortbarer Abgang. Bei seiner 21. Budgetrede war der Wunsch des Landesrates Dr. Klausner, keine ÖVP-Mehrheit. Ich wünsche mir einen verantwortbaren Abgang und natürlich eine gesunde ÖVP-Mehrheit bei der Wahl. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Wünschen kann man sich viel!“ – Beifall bei der ÖVP. – 18.36 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich möchte außerplanmäßig dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort für einen Satz erteilen.

Abg. Hammer (18.36 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Sie können sich vielleicht an meine Wortmeldung zur Gruppe 1 erinnern. Da habe ich Sie um eine Spendenaktion für die Rußlandhilfe gebeten. Ich darf Ihnen nun berichten, ein Kollege hat sich nicht daran beteiligt, auch die Regierungsmitglieder haben sich beteiligt und die beiden Landeshauptleute. Der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer und der Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner konnten jetzt der Caritas beziehungsweise der Volkshilfe einen Gesamtbetrag von 133.000 Schilling überreichen. Für eine Spendenaktion in Rußland für Lebensmittelpakete wird die Caritas sorgen, und die Volkshilfe wird in Rumänien hilfstätig werden. Ich bedanke mich bei Ihnen und den Klubs sehr herzlich, die diese Beträge

aufgestockt haben. Auch der Buffetwirt, der Herr Huber, hat sich an dieser Aktion beteiligt. Ich bedanke mich sehr herzlich für diesen menschlichen Akt. (Allgemeiner Beifall. – 18.37 Uhr.)

Präsident Meyer: Nun hat sich Herr Abgeordneter Ussar zum Wort gemeldet.

Abg. Ussar (18.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Der Herr Präsident Ing. Stoisser hat in einem wirklich breiten Bogen die Situation der steirischen Wirtschaft geschildert. Er hat Schwerpunkte gesetzt, hat vor allem auch das Grenzland in den Vordergrund gestellt und hat einen Satz gesagt, den ich leider nicht sagen kann. Er hat gesagt: „Die Wirtschaft in Graz ist ohne Probleme“. Ich kann nur sagen, die Wirtschaft in Leoben ist voller Probleme. Der Herr Landesfinanzreferent Dr. Klausner hat auch in seiner heurigen Budgetrede dem alten Industrieraum der Obersteiermark breiten Raum gewidmet. Der Herr Landesfinanzreferent betonte, daß dieser alte Industrieraum wieder langsam mit Optimismus auftritt. Er betonte aber auch, daß mit diesem Optimismus die Probleme an den Standorten der verstaatlichten Industrie noch nicht bewältigt sind. Wie der Herr Landesfinanzreferent feststellte, sind aber auch in der angesiedelten Privatindustrie und nicht nur in der verstaatlichten Industrie erheblicher finanzieller Handlungsbedarf gegeben. Schon in seiner vorjährigen Budgetrede hat der Herr Landesfinanzreferent dem obersteirischen Raum und vor allem dem Raum Leoben sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet. Er betonte in seiner vorjährigen Budgetrede, daß es unbedingt notwendig ist, über ein neues Leoben-Donawitz-Programm ganz konkret nachzudenken. Er verwies auch darauf, daß es dafür mehrere Ansätze gibt. Die Verantwortlichen in der SPÖ-Bezirksorganisation Leoben haben sich nun zusammengesetzt und in vier Arbeitskreisen ein Memorandum zur Strukturerneuerung im Bezirk Leoben erstellt. Deswegen erstellt, weil wir ganz einfach der Ansicht sind, daß auch von der Region direkt entsprechende Anregungen, Wünsche an Bund und Land herangetragen werden müssen. Aus diesem Studium geht hervor, daß nach langen Jahren der Verluste noch immer viele Arbeitsplätze gefährdet sind. Wir haben damals das Memorandum auch Ihnen, Frau Landesrat, dem Herrn Bundeskanzler und allen Stellen überreicht, damit wir auf die Probleme auch in diesem Bereich aufmerksam machen. Wenn wir die Beschäftigtenzahl ansehen, sind derzeit in Donawitz 2600 Beschäftigte, in Hinterberg 600, am Erzberg – Herr Kollege Hammer, wenn ich richtig informiert bin – 700 Beschäftigte. Insgesamt könnte davon ein Viertel der Arbeitsplätze echt gefährdet werden. Villas Eisenerz ist in dieser Hinsicht schon ein negatives Beispiel. Ich darf Ihnen sagen, daß wir darauf Wert gelegt haben, daß die Flüssigphase in Donawitz – Sie wissen, was ich damit meine – eine besondere Rolle in unserem Raum spielt. Erst kürzlich hat der Generaldirektor Sekyra im Rahmen einer Veranstaltung der CA in Leoben erklärt, wenn es nicht gelänge, bei den Kosten mit den Konkurrenten mitzuhalten, sei die Flüssigphase in Donawitz nicht aufrechtzuerhalten. Er sprach allerdings nicht von heute auf

morgen, sondern von einer mittelfristigen Option, und nannte hier einen Zeitraum bis zum Jahre 1994/95. Ich möchte hier schon ganz klar sagen, ich anerkenne, daß Manager Meinungen äußern können, aber gutbezahlte Manager sollen uns nicht nur sagen, was nicht geht, sie sollen uns auch sagen, was geht. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich glaube, daß man in dieser Richtung auf alle Fälle etwas erwarten kann. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Man soll sie auch zur Verantwortung ziehen, wenn es notwendig ist!“)

Gestatten Sie mir einen Satz, der sicher nicht populär ist, aber den ich hier auch sagen möchte. Man hat lange gesagt, Politiker aus den Aufsichtsräten heraus. Ich war nie der Ansicht, weil ich weiß, als seinerzeit noch der Bürgermeister von Leoben im Aufsichtsrat der VOEST Alpine war, ist er nach Hause gekommen und hat die menschliche Komponente beachten müssen. Er hat nicht nur nach schwarzen und roten Zahlen beurteilen können, sondern hat nach Hause kommen müssen und hat dort bei seiner Verantwortung sagen müssen, was geschieht mit den Menschen, wenn man hier etwas unternehmen will. Ich glaube, daß die menschliche Komponente auch bei den heutigen Managern immer mehr greifen muß, denn es geht nicht an, daß wir rein nur nach der Ratio entscheiden. Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Region ist also weiterhin in Gefahr, an industrieller Substanz zu verlieren, wobei meiner Ansicht nach die Grenzen bereits erreicht, bereits überschritten sind. Wenn ich denke, der Raum Leoben hat bereits die Zellulosefabrik Hinterberg, den Bergbau Seegraben, die Tabakregie und auch in letzter Zeit die Molkerei verloren. Ein Raum, der ohnehin mit Arbeitsplätzen nicht gesegnet ist. Wenn ich Ihnen sage, daß die Arbeitslosenrate in Leoben derzeit 8,9 Prozent beträgt, daß wir 2432 Personen arbeitslos gemeldet haben, davon 1291 Männer und 1141 Frauen, so sehen Sie, wie sich diese Zahlen in unserem Raum auswirken. Was uns besonders immer wieder betrübt ist die Tatsache, daß 759 Arbeitslose allein älter als 50 Jahre sind. Und ich muß Ihnen sagen, es geht manchmal nicht darum, daß diese Menschen nicht finanziell einigermaßen versorgt sind. Aber wenn dann einer kommt und sagt: „Jetzt bin ich nichts mehr wert“, das ist das Problem. Hier wird ganz einfach die menschliche Würde in Frage gestellt, und ich glaube, wir müssen bei allen unseren Überlegungen auch immer wieder denken, wie wäre es, wenn mich das selber betreffen würde?

Aber nicht nur die Arbeitslosenstatistik macht uns zu schaffen, besonders auch die Abwanderungsraten. Wie Sie aus den verschiedenen Statistiken sehen, ist diese bei uns verhältnismäßig groß. Wir haben nun eine Modernisierung des Hüttenwerks Donawitz vorgeschlagen. Das Hüttenwerk Donawitz, wie Sie ja wissen, erfüllt ja eine breite Palette von Funktionen als Vorlieferant, in der Rohstahlversorgung für vier steirische Standorte, als Anbieter höchstwertiger Produkte und dann vor allem auch noch als Drahtversorger.

Die neueste Eigenentwicklung – und davon liest man nirgends etwas, daß in Donawitz in bezug auf Schienen eine Schienenproduktion vorherrscht, die in der Qualität nur mit diesen in Deutschland zu vergleichen ist. Und Sie werden vielleicht gelesen haben, daß in Donawitz derzeit Schienen von 60 beziehungsweise

120 Meter hergestellt werden, die spezialkopfgehärtet sind und die wirklich als Produkt weltweit Anerkennung gefunden haben.

Ich glaube also, daß man auch in anderen Bereichen, wo wir noch nicht so gut dastehen, eben alles investieren muß und schauen muß, daß man hier eben auch das Niveau erreicht, um diese Produktion so zu erhalten.

Unser Ziel in unserem Raum ist es ganz einfach, unter wettbewerbswirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein konkurrenzfähiges Werk auf Basis moderner, und ich sage auch ausdrücklich umweltschonender Technologie mit qualitativ hochwertigen Produkten und humanen Arbeitsplätzen zu schaffen. Die strategische Ausrichtung, die wir hier in unserem Konzept haben, liegt unserer Ansicht nach in der höheren Qualität der Werkstoffe, in der höheren Finalisierung der Produkte und vor allem auch in der höheren Umweltverträglichkeit.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, wenn ich den Raum Leoben nenne, vor allem auch den Erzberg immer wieder nennen, denn ohne diese Reformen, die wir im Hüttenwerk Donawitz vorschlagen, ist auch im Erzberg eine große Problematik vorzusehen.

Ein entscheidender Schritt – das darf ich auch sagen – könnte bei uns auch selbstverständlich der Ausbau der Kunststofftechnik sein. Wir haben erst vor kurzem 150 Jahre Montanuniversität gefeiert, wir haben dort gesehen, daß der Lehrstuhl bereits eingerichtet wurde, und Erich Tschernitz und andere, unser Freund Kollmann, waren ja dabei und haben gesehen, daß das auch echt ein Hoffnungsträger für unsere Region sein wird.

Ich darf Ihnen auch sagen, daß sich die Standortgemeinden sehr bemühen beziehungsweise für neue Produkte aufgeschlossen sind und hier auch Voraussetzungen geschaffen wurden. Der Herr Landesfinanzreferent Dr. Klauser hat in seiner vorjährigen Budgetrede aber auch darauf hingewiesen – und das hat mich besonders gefreut –, daß er sich die Gründung eines Industrieparks Leoben-West vorstellen könnte, weil dort ein entsprechendes Areal vorhanden wäre. Nach seiner Ansicht müßte dieses Grundstück entsprechend aufgeschlossen und unter Umständen in einer ersten Projektstufe mit einer Musterhalle versehen werden. Mich hat sehr gefreut, daß der Herr Landesrat damals gesagt hat: „Damit wäre auch für die zukünftigen Investoren rasch die Möglichkeit des Einstiegs geschaffen.“ Und er hat auch angedeutet, daß mit letzter Kraftanstrengung auch finanzielle Mittel aufzubringen wären. Dafür möchte ich ihm auch heuer, ein Jahr später, noch danken und das noch in Erinnerung rufen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte aber in diesem Zusammenhang daran erinnern – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Jetzt würdigt er auch noch den Landeshauptmann, und dann können wir alle applaudieren!“) ich darf dem Herrn Kollegen Prof. Dr. Eichinger herzlich danken, er unterstützt mich noch –, daß wir das noch einmal besonders in den Vordergrund stellen. Aber ich weiß vom Kollegen Dr. Klauser, daß man sich auf sein Wort verlassen kann. Ich weiß, daß es für uns sehr wichtig ist, daß man natürlich auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung die nötigen Voraussetzungen schafft. Wir haben die Montanuniversität

tät, eine großartige hohe Schule mit engagierten Professoren, die also wirklich mit der Stadt die beste Verbindung haben und auch alles tun, was in ihren Möglichkeiten steht. Wir brauchen aber auch für den Mittelbau etwas, und hier darf ich sagen – der Herr Präsident Univ.-Prof. Dr. Schilcher wird es dann später noch erfahren –, daß wir unbedingt auch eine höhere technische Lehranstalt für Elektronik und Kunststofftechnik brauchen, um dann auch das mittlere Management hier abzusichern.

Und nun noch zu einem Problem, das mir sehr wichtig erscheint und heute auch schon vom Kollegen Kohlhammer angerissen wurde: Bei unseren letzten Besprechungen und auch bei der Enquete, die nun von der CA veranstaltet wurde und an der namhafte Referenten teilgenommen haben, wurde eindeutig festgestellt, daß der industrielle Raum Leoben nur aufgeschlossen werden kann, wenn in bezug auf Verkehr die Pyhrnautobahn ausgebaut wird, daß ganz einfach die Schiene über den Schoberpaß ausgebaut wird und daß zum westlichen Industrieraum hier die Voraussetzungen verkehrstechnisch geschaffen werden. Das ist eine Voraussetzung, die von allen Rednern, die dort waren, angeschnitten wurde, und ich meine, auch der Semmering-Tunnel ist in dieser Hinsicht eine Voraussetzung.

Die von mir angeführten Programmpunkte sind selbstverständlich eine Herausforderung für uns, aber ich glaube, wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen.

Und nun, sehr geehrte Damen und Herren: Die derzeit noch günstige Konjunkturlage ist dafür – glaube ich – gezielt zu nutzen. Dazu sind eine Reihe von eigenen Anstrengungen in der Region erforderlich. Die werden wir sicher erfüllen. Der einzuschlagende Weg kann aber nur auf Basis eines auch von Bund und Land massiv und engagiert unterstützten Regionalprogrammes erfolgen. Und ich kann mich erinnern, als die Frau Landesrat Klasnic damals ihr Amt angetreten hat, hat es in einer steirischen Zeitung einen Artikel gegeben: „Eine Dame bittet zum Tanz.“ Und damals hat die Frau Landesrat Klasnic gesagt: „Die Region Obersteiermark ist für mich eine Zukunftsregion.“ Ich glaube, ich interpretiere das richtig. Ich würde Sie bitten, diese Zukunftsregion auch weiterhin besonders im Auge zu haben.

Und ich komme schon zum Schluß, sehr geehrte Damen und Herren: Die Menschen in unserer Region sind momentan sehr verunsichert. Es war ein Optimismus da, eine Aufbruchstimmung, aber gerade durch die letzten Pressemeldungen ist hier wieder eine große Verunsicherung eingetreten. Und in unserer steirischen Landeshymne – ich habe schon einmal gesagt, leider Gottes werden nicht alle Strophen gesungen – heißt es in einer Strophe: „Wo durch Kohlenglut und des Hammers Kraft starker Hände Fleiß das Eisen zeugt“, und es steht weiter: „wo noch Eichen stehn, voll und grün von Saft, die kein Sturmwind je noch hat gebeugt“. Also, diese Strophe symbolisiert in der Steiermark ganz einfach Eisen, Stahl, Holz und „die kein Sturmwind je noch hat gebeugt“. Und ich glaube, momentan ist so ein Sturmwind in bezug Donawitz im Anzug, und wir dürfen uns auch durch diesen Sturmwind nicht beugen lassen. Ich glaube, die Mitarbeiter des Hüttenwerkes Donawitz, die fast täglich mit neuen

Meldungen bombardiert werden – und wenn Sie sich die Zeitungsmeldungen anschauen –, müssen sich fragen, wenn so ein Unternehmen dauernd in der Zeitung ist, so fragt sich ja auch dann derjenige, der Kunde ist: Kann ich da noch etwas kaufen, wenn täglich in Frage gestellt wird, ob dieser Standort erhalten bleibt oder nicht? Ich glaube – (Abg. Kollmann: „Daran ist nicht die Zeitung schuld!“) lieber Freund Kollmann, wir zwei sind da ja auf einer Ebene –, daß es ganz, ganz wichtig ist, daß in Zukunft hier auch vorsichtiger umgegangen wird. Es geht nicht an, denn wer sind die Menschen, die ständig diese Meldungen hinausgeben? Und wenn von 20 Varianten bei Donawitz immer die schlechteste aufgezeigt wird, so kann mir das niemand erzählen, daß es rein zufällig ist. Das ist kein Zufall, und es gibt kein anderes Unternehmen, und die Damen und Herren, die im Unternehmen dort tätig sind, wissen doch, daß solche Probleme erst dann an die Öffentlichkeit kommen, wenn wirklich ein positives Ergebnis da ist. Aber diese Verunsicherung von Donawitz darf nicht länger anhalten. Ich glaube, das sind wir diesen Menschen dort ganz einfach schuldig.

Ich komme zum Schluß: Ich fordere als einer – und ich darf Ihnen sagen, ich kenne das Hüttenwerk Donawitz nicht nur deswegen, weil ich selber als Praktikant hier zwei Jahre mein Studium verdient habe, mein Vater hat dort gearbeitet, und ich darf Ihnen eines sagen: Das Hüttenwerk Donawitz muß uns auf alle Fälle erhalten bleiben.

Und ich darf hier folgendes noch ganz, ganz klar sagen: Ich fordere daher, daß wirklich alles unternommen wird, um die Einheit des Hüttenwerkes Donawitz, und ich sage jetzt ausdrücklich, ohne Zerstückelung zu erhalten und daß die Obersteiermark-Konferenz, die wir schon länger gefordert haben, durchgeführt wird.

Eine steirische Tageszeitung hat geschrieben – das hat mir sehr gefallen –: „Schachner – Krainer wird nicht so leicht zu ignorieren sein.“ Ich möchte das noch erweitern. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Krainer – Schachner würde ich sagen!“) Du weißt ganz genau, wie sympathisch du mir bist, daher sage ich: Krainer – Schachner wird nicht so leicht zu ignorieren sein. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist die richtige Reihenfolge. Ich will ja objektiv sein!“) Ich möchte es jetzt noch sogar erweitern: Ich möchte sagen, Krainer – Klasnic, Schachner – Klausner wird nicht so leicht zu ignorieren sein. Sind wir jetzt wieder auf einer Ebene? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Und der Sekyra?“) Das ist ganz gut, das habe ich gar nicht gewußt. Ich danke dir sehr schön für diese Mitteilung.

Also, ich bin der Ansicht, liebe Damen und Herren des Hohes Hauses, daß ganz einfach der Satz einer steirischen Tageszeitung „Eine steirische Linie Krainer – Schachner“ – ich erweitere: Krainer, Klasnic, Schachner, Klausner – nicht so leicht zu ignorieren sein wird. Unser Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner fordert heute in einer Presseaussendung eine konzentrierte Aktion von Bund und Land in Form eines Staatsvertrages für die Obersteiermark. (Abg. Kollmann: „Etwas ganz Neues!“) Ich darf Ihnen sagen, das in dieser Form massivst von unserem Landeshauptmann vorgetragen, ist von unseren arbeitenden Menschen verstanden worden, und schon seine gestrige Aussage im Rahmen einer Pressekonferenz

hat einige Anrufe aus unserer Stadt heute gebracht, die gesagt haben, wir freuen uns, daß unser Erster Landeshauptmannstellvertreter voll hinter uns steht. Ich bitte also (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wir wissen auch, wer am Niedergang der obersteirischen Region die Hauptschuld trägt!“), daß wir uns gemeinsam bemühen. Unser Ziel muß weiterhin sein, daß der Bund in Form eines Staatsvertrages für unsere Obersteiermark eintritt, für unsere Obersteiermark, zu der auch dein Mürztal gehört. Glück auf. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.56 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Göber.

Abg. Göber (18.56 Uhr): Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren!

Mein Bezirk Weiz ist ein großer Bezirk. Er stellt aber trotzdem in seiner Kleinheit die Steiermark dar. Er beginnt in Hartmannsdorf, fast in einem kleinhügeligen Gelände, wo Wein gedeiht, geht über die Stadt Gleisdorf, man könnte sagen über die Schulstadt, nach Weiz, eine Industriestadt, hinauf nach Anger, und hinter Anger, dort, wo die Ampel schon längere Zeit steht, beginnt das obere Feistritztal.

Ich möchte mich heute mit diesem oberen Feistritztal beschäftigen. Viele meiner Vorredner taten das auch für ihre Region. Ich spreche über eine kleine Region. Aber wir alle wissen, daß die Zukunft im Regionalismus liegt. Diesem oberen Feistritztal gehören zwölf Gemeinden an. Ich möchte nur einige davon nennen, vielleicht kennen Sie gar nicht alle: St. Kathrein am Hauenstein, Rettenegg, Weissenegg, Strallegg, Birkfeld, Anger bis hinauf in den letzten Zipfel zieht sich unser Bezirk. Wer schon in dieser Gegend war, weiß, wie schön es dort ist, wie unverletzt die Natur noch ausschaut. Nur, für die Menschen, die dort arbeiten, schaut die Situation etwas anders aus. Die haben näher ins Mürztal als in ihre eigene Bezirkshauptstadt. Einige Unvernünftige aus dieser Region fordern von uns Politikern fast Unmögliches. Sie meinen, uns würde es gelingen müssen, eine Industrie in diese Region zu bringen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Das sind nur einige, aber der Großteil dieser Region ist sehr bescheiden, ist sehr fleißig, und sie möchten eigentlich mit meiner Wortmeldung nichts anderes, als einmal gehört werden. Das obere Feistritztal besitzt seit kurzem eine Studie. Diese hat uns lebenswürdigerweise ein Unternehmer zur Verfügung gestellt. Das ist der Herr Kommerzrat Pichler aus Weiz, der sie für seinen eigenen Betrieb machen ließ, weil jeder Unternehmer doch wissen muß, ob er expandieren kann oder nicht. Netterweise hat er uns diese Studie zur Verfügung gestellt. Darinnen sind doch einige Sätze, die einen doch etwas nachdenklich stimmen sollten. Dort drinnen steht: „Der Gerichtsbezirk Birkfeld zählt zu den strukturschwächsten der Steiermark.“ Ich will jetzt kein Gejammer über dieses obere Feistritztal anfangen, weil wir auch ganz genau wissen, daß man eine Region auch zu Tode jammern kann. Aber es stehen weitere Sätze drinnen. „Es siechen die Gebiete um Birkfeld und Ratten dahin“. Oder: „Gefahr droht der Region oberes Feistritztal“. Ich glaube, das ist an uns alle gerichtet, daß wir uns um diese Region kümmern müssen. Eine zunehmende Abwanderung gibt es dort.

Es gibt natürlich auch wenig Betriebsansiedelungen, eben weil es eine entwicklungsschwache Region ist. Die periphere Lage ist wahrscheinlich das größte Problem dieser Region. Daran sind nicht nur die Straßenschuld, sondern natürlich die gebirgige Situation. Es besteht im oberen Feistritztal dadurch eine gewisse Abgeschiedenheit, die für den Urlauber manchenmal sehr schön sein kann, aber nicht für den arbeitenden Menschen oder nicht für jenen, der einen Arbeitsplatz sucht. Das spürt man dort auch in der wirtschaftlichen Situation. Auch der Fremdenverkehr braucht Straßen, denn sonst kommt der Fremde auch nur einmal und vielleicht lange nicht wieder. Der Bürgermeister von Ratten hat, als ich oben war und gesagt habe: „Mein Gott, es ist so schön da“, zu mir gesagt: „Frau Göber, das sagen alle Leute zu uns, die hierher kommen, aber sie kommen dann lange nicht wieder her, weil es doch vielleicht zu schwierig ist, ob im Winter oder bei Regenwetter, bei nicht ganz guten Straßenverhältnissen dorthin zu kommen.“ Betroffen sind natürlich auch die große Zahl der Pendler und Schüler. Die Schiene kommt wohl für diese Region fast überhaupt nicht in Frage. Postautobusverbindungen sind relativ gut, aber Sie wissen, wo Birkfeld liegt und wo Ratten liegt. Wenn man von Birkfeld nach Graz, viele müssen nach Graz auspendeln, zwei Stunden für eine Fahrt braucht oder von Ratten nach Graz drei Stunden, so ist das wohl eine Zumutung. Der öffentliche Verkehr kommt daher in dieser Region natürlich nur für die sozial Schwachen wieder in Frage, und wer ist das? Die älteren Menschen, die Frauen oder die Schüler oder junge Leute. Mit Schulen ist diese Region im oberen Feistritztal relativ gut ausgestattet. Trotzdem müssen wir alle gemeinsam nachdenken: 70 Prozent dieser Menschen sind nur pflichtschulgebildet. Alle gemeinsam müssen wir dort aushelfen. Die praktische ärztliche Versorgung ist relativ gut, denn hier haben rund 1540 Einwohner einen praktischen Arzt, und sonst in der übrigen Steiermark kommt ein praktischer Arzt auf 1700 Einwohner. Aber es gibt in der Region, und das für diese zwölf Gemeinden, keinen Facharzt; nur zwei Zahnärzte in Birkfeld. Da zeigt sich wirklich die Abgeschiedenheit. Wer sind wieder die Leidtragenden? Junge Familien mit Kindern, die Frauen und die älteren Menschen. Etwas Positives habe ich schon auch zu vermelden. Die Geburtenzahlen sind dort Gott sei Dank sehr gut, ein Plus von 7 Prozent.

Meine Damen und Herren! Aus dem oberen Feistritztal müssen sehr viele Menschen auspendeln. Es gibt Tagespendler. Daran müssen wir uns wahrscheinlich dort gewöhnen. Was aber meiner Meinung nach wirklich traurig ist, daß der Prozentsatz der Wochenpendler so hoch ist. Es ist für die Familien nicht gut, es ist für die Kosten nicht gut, und alle gemeinsam müßten wir schauen, daß wir dieser Region helfen, dort Arbeitsplätze zu schaffen. Eines möchte ich auch dazu sagen, weil es oft heißt, im Mürztal gibt es wenig Arbeitsplätze. Aus Ratten zum Beispiel pendelt jeder dritte Arbeitnehmer ins Mürztal. Das wollte ich nur so nebenbei dazusagen.

Was die Wochenpendler, außer dem sozialen Bereich, noch betrifft oder die Familien der Wochenpendler, daß ja ein Wochenpendler – und das ist errechnet – rund 30 Prozent seines Einkommens am Arbeitsplatz ausgibt. Natürlich sind dadurch diese

Wohngemeinden auch ärmer. Pro Pendler entgehen der Wohngemeinde – das kann man ungefähr ausrechnen – ungefähr 8000 bis 10.000 Schilling.

Etwas ist interessant, meine Damen und Herren: Trotz all dieser Schwierigkeiten ist die Arbeitslosigkeit im oberen Feistritztal gering, und man fragt sich jetzt, warum? Und nun möchte ich wiederum die Bescheidenheit dieser Menschen herausstreichen. Das kommt einzig und allein nur daher, weil diese Menschen auch mit geringeren Löhnen zufrieden sind und auch große Entfernungen in Kauf nehmen. Die Bescheidenheit herrscht in dieser Region vor. Von der österreichischen Raumordnungskonferenz wurde diese Region auch als entwicklungsschwaches Problemgebiet eingestuft. Es gibt viel Landwirtschaft, aber 88 Prozent davon sind Bergbauern. Über Bergbauern sind andere viel berufener als ich, etwas zu sagen. Es gibt leider nur einen geringen Anteil an Gewerbe und Industrie, und was mich schon bedrückt, ist, daß in dieser schönen Region, in dieser gesunden Region der Fremdenverkehr stagniert. Es gibt durchwegs nur kleine Betriebe, ganz wenige Mittelbetriebe in der Region. Damit haben natürlich auch die Erreichbarkeitsverhältnisse zu tun. Der Fremdenverkehr – so sagt es unsere Landesrätin, und so hofft auch die Region und hoffen die Menschen dieser Region – ist der Hoffnungsträger der Region, und hier bitte ich um Hilfe. Die Qualität muß sicherlich gesteigert werden. Den Betrieben dort ist es aus eigener Kraft nicht möglich, denn das ganze ist ein Teufelskreis. Die Betriebe haben zur Zeit wenig Einnahmen und können daher auch wenig investieren.

Ein Wort zur Steuerkopfquote. Meine Damen und Herren, diese liegt im oberen Feistritztal bei 4812 Schilling. Ich möchte jetzt nur dazusagen: Diese Quote liegt zwischen der Quote von Radkersburg und Fürstenfeld und natürlich weit unter dem Steiermark-Durchschnitt, der bei 6450 Schilling liegt. Es geht in der Region oberes Feistritztal darum, gemeinsam strukturelle Probleme zu bewältigen.

Nun möchte ich Ihnen einige Kleinigkeiten auch sagen: Die Menschen dort warten nicht nur, bis ihnen jemand hilft, sondern sie sind auch bereit, sich selber zu helfen. Ich möchte Ihnen einige – ja – Initiativen aufzählen. Vielleicht erscheinen sie in Ihren Augen gering, mir, die ich diese Region kenne, scheinen diese Initiativen einfach großartig. Viele von Ihnen oder, ich hoffe zumindest, alle kennen das Almochsenfleisch, unser gutes Almo-Fleisch, und jeder Gastronom, der auf sein Haus etwas hält, verwendet es auch, und wir Frauen kennen es auch. Das sind großartige Initiativen von Bauern, Fleischbauern, ja, und auch von uns Konsumenten. Oder in der Naaser Gegend: Man bemüht sich dort, aus der Schafzucht etwas zu machen. Alles wird verwertet, bis zum Fell für kranke Menschen. Oder: Es haben sich Bauern aus der Region zusammengetan – und vielleicht kennen einige Damen und Herren das Geschäft in Graz – und haben gemeinsam ein Geschäft eröffnet, wo sie dieses Almo-Fleisch verkaufen und noch andere gute Produkte aus der Region.

Oder, für uns Damen: Eine Frau, eine Schuldirektorin, Direktor Arzberger, hat für die Frauen Arbeit geschaffen. Eine großartige Sache. Ich möchte dazu etwas sagen: Diese Frauen, die dort mitarbeiten, erzeugen Kunsthandwerk, Blusen, Haushaltsartikel – die

schönsten Utensilien. Für die ist es ja nicht nur notwendig, daß sie einen Zuerwerb haben, sondern – wie ich schon eingangs erwähnt habe – es gibt die Wochenpendler. Meine lieben Herren, wißt ihr überhaupt, was es heißt, wenn eine Frau mit den Kindern in dieser doch einsamen Region Woche für Woche allein zu Hause sitzt? Da gibt es andere Probleme als wirtschaftliche. Diese Frauen haben endlich eine Runde gefunden, wo sie arbeiten, wo sie auch ein kleines Zubrot haben und daß sie auch eine Lebenserfüllung haben.

Oder eine andere Frau, bei der ich kürzlich war, und sie war überdies gestern hier: Sie hat aus Gerambbüchern erarbeitet, daß zur steirischen Tracht auch die Goldhauben gehören, und sie will das jetzt mit anderen Frauen erzeugen und vielleicht auch verkaufen.

Oder – ich könnte vieles aus der Region aufzählen – auch der Bummelzug von Weiz nach Birkfeld trägt dazu bei. Nicht zu vergessen unsere Kräuter- und Salbenmänner aus der oberen Region, vom oberen Feistritztal. Von weit und breit kommen Kranke her, holen sich ihre Salben. Sie glauben daran – und die Salben sind wahrscheinlich gut –, und sie werden auch gesund.

Ich möchte mich für das obere Feistritztal, aber auch für meinen ganzen Bezirk sehr herzlich bedanken. Unser Landeshauptmann hat in seiner letzten Sonntagsrede einen Satz gesagt: Er steht zur Förderung wichtiger regionaler Initiativen. Ich wünsche mir, daß die Oberfeistritztaler viele neue Ideen haben und daß sie wirklich dabei unterstützt werden. Ich bedanke mich auch beim Landeshauptmann. Wir haben auf unseren Landesstraßen da oben jetzt viele Baustellen, sogar so viele, daß manche Leute schon wieder jammern und sagen: „Da steht eine Ampel, und dort ist etwas aufgebrochen – wann wird das endlich fertig?“ Aber das ist ja Hoffnung. Diese Straßen werden fertig, und das ist Hoffnung für da oben. Und ich bedanke mich auch, daß diese aus dem Oberland den zusätzlichen Verkehr zur A 2 erleichtert bekommen, weil mir der Herr Landeshauptmann bei meiner letzten Anfrage gesagt hat, daß im kommenden Jahr Albersdorf, Wollsdorf ausgebaut werden.

Ich möchte mich aber auch beim Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sehr herzlich bedanken. Er war ja immer Landtagsabgeordneter unseres Bezirkes und hat sich besonders um diese Region angenommen. Im Jahre 1984 wurde die steirische Förderungsaktion für regional eigenständige Initiativen gegründet, und ich habe im Budget gelesen, daß diese STEHFREI-Aktion eine Aufstockung auf 3 Millionen Schilling erfahren hat. Dafür bedanke ich mich auch sehr herzlich.

Besonderer Dank dir, Frau Landesrat – wir waren gemeinsam schon etliche Male da oben –, daß du diese bestehenden Betriebe da oben gestärkt hast, ihnen das Rückgrat gestärkt hast und auch geholfen hast. Und wir bedanken uns alle da oben für deine Nahversorgungsförderungsaktion, und ich hoffe, daß das alles den Menschen da oben dient.

Herr Landesrat Prof. Jungwirth hat uns erzählt – und darüber freue ich mich auch –, daß Birkfeld einen Teil der Landesausstellung 1993 bekommt. Darum rede ich immer von gemeinsam – gemeinsam können wir aus dieser Region sicher etwas machen.

Meine Damen und Herren, die Menschen der Region oberes Feistritztal fordern nichts Unmögliches, sondern wir alle sollten gemeinsam ihre Interessen einmal in den Blickpunkt stellen, sie verstehen, ihnen helfen und der Region Hoffnung geben. Und einen Satz habe ich heute von Erhard Busek in der Zeitung gelesen: „Vielleicht, meine Damen und Herren, sind wir alle schon zu reich, und es bleibt uns zu wenig, wonach wir streben könnten.“ Die Oberfeistritztaler streben nach etwas. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.13 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (19.13 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind heuer in der glücklichen Lage und Situation, tatsächlich feststellen zu können, daß wir eine hervorragende wirtschaftliche Entwicklung haben, insbesondere in der Steiermark. So gesehen kann man die Fakten, die Ing. Stoisser in den Raum gebracht hat, durchaus außer Streit stellen, mit einer Ausnahme. Ich weiß nicht, vielleicht haben Sie es falsch verstanden, aber die Ziffer der Arbeitslosen liegt in der Steiermark doch bedeutend höher, oder wir haben unterschiedliche Monate. Wir liegen bei 6 Prozent Arbeitslosenrate und – (Abg. Ing. Stoisser: „Ich habe gesagt, über 5 Prozent!“) über 5 Prozent, okay – wir haben eine Situation, die, wie die Vorredner bereits ausgewiesen haben, nunmehr befürchten läßt, daß in den nächsten Monaten diese Arbeitslosenrate weiter steigen wird und sich letztendlich dann wieder ergeben wird, daß im Jahresdurchschnitt und im Österreichvergleich die Steiermark um etwa einen Prozentpunkt oder wieder 1 ½ Prozentpunkte schlechter liegen wird. So gesehen verstehe ich die Haltung der steirischen ÖVP nicht. Von ihr geht es aus, daß der Sozialminister hier kritisiert wird, wenn er die Gastarbeiterquote so angesetzt hat. (Abg. Ing. Stoisser: „Die sozialistische Regierungsfraktion hat zugestimmt!“) Die Arbeitsmarktentwicklung der Steiermark läßt ein höheres Kontingent nicht zu, und es ist ganz eindeutig so, daß wir eine überdurchschnittliche Steigerung bei den ausländischen Arbeitskräften ohnehin auszuweisen haben. Wenn man den Vergleich Oktober 89 zu Oktober 90 nimmt, so haben wir eine Beschäftigtensteigerung, die überaus erfreulich ist, von etwa 12.000 Arbeitnehmern. Die Hälfte davon, 6000, sind Ausländer. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist prima, das ist gut!“) Wir haben eine exorbitante Steigerung, die wir ausweisen, aber wir haben leider auch festzustellen, daß hier ein Austauschprozeß stattfindet, nämlich ganz eindeutig vom Arbeitsmarkt nachgewiesen. Gastarbeiter, die lange im Land sind, verlieren ihre Beschäftigung, werden ersetzt durch jene, die hereingeholt werden, werden ersetzt durch Asylanten, und hier entwickelt sich am Arbeitsmarkt eine Situation, die wir dann längerfristig nicht mehr bereinigen können. So gesehen, war die Maßnahme des Ministers richtig, so war die Haltung der Arbeitnehmervertretungen richtig, indem sie erklärt haben, daß die Steiermark hier überhöhte Wünsche angemeldet hat, und richtigerweise das festgesetzt wurde, was wir letztlich dann mitgeteilt erhalten haben. (Abg. Ing. Stoisser: „Ich würde bitten, über dieses Thema emotionslos mit Fachleuten zu diskutieren!“) Ohne Emotion, sachlich so festgestellt, so ist es.

Das ist die momentane Entwicklung, und diese wird sich wahrscheinlich auch in der nächsten Zeit nicht verbessern, sondern eher verschlechtern, und daher glauben wir, daß wir den Arbeitsmarkt genau zu beobachten haben und daß es völlig falsch ist, wenn hier in den Raum gestellt wird, daß sich der Arbeitsmarkt so entwickeln darf, wie es durch die Forderung der Facharbeiter, die angeblich nicht vorhanden sind, eben passiert. Man hat den Umweg gefunden, daß man sagt, wir haben einen Facharbeitermangel, daher Ausländer, daher die Genehmigung, daher diese Entwicklung, und wir stellen dann fest, daß am Arbeitsmarkt jene Menschen, die 50 und älter sind, keine Chancen haben, am Arbeitsmarkt unterzukommen, und daher glauben wir, daß das eine richtige Vorgangsweise ist und daß wir in der nächsten Zeit hier besonders achtgeben müssen, daß sich hier keine andere Entwicklung einstellt.

Nun zur Situation in der Obersteiermark. Wir haben 1987 feststellen müssen, daß wir vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, daß die Ausgliederung der VOEST-Alpine-Stahl passiert ist und daß wir mit dieser Ausgliederung leben mußten. Wir haben das Glück gehabt, daß wir nachfolgend feststellen konnten, daß sich hier eine Stahlkonjunktur eingestellt hat. Diese hat dazu geführt, daß auch Donawitz sich so entwickelt hat, daß wir letztlich im Jahre 1990 auf die Null-Linie gekommen sind, das heißt, daß wir keine Verluste mehr eingefahren haben. Wenn man den Einsatz der Menschen dort sieht und die eindrucksvollen Worte des Kollegen Ussar vernommen hat, muß man ganz eindeutig feststellen, können es die Menschen dort nicht akzeptieren, daß das Management von Austrian Industries nun in den Raum bringt, mit niemandem abgestimmt, daß dieses Werk viergeteilt werden soll. Ich möchte gar nicht sagen, wo diese Vierteilungen angewendet wurden. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Die haben nie gefragt, die haben immer gehandelt – herzlos –, haben wir festgestellt, und das dürfen wir uns nicht gefallen lassen!“) Wir sind da völlig einer Meinung. Wir haben richtigerweise herausgestellt als Arbeitnehmervertretung, durch die sozialdemokratische Partei, durch die Bezirksorganisation in Leoben, daß wir uns mit allen Mitteln dagegen wehren, daß gegen ein Unternehmen, das so gut gewirtschaftet hat und wo die Arbeitskräfte das Letzte eingebracht haben, in dieser Form vorgegangen wird. Wir werden keineswegs – hier spreche ich nur als Arbeitnehmervertreter – akzeptieren, daß eine Teilung in dieser Form vorgenommen wird und daß ein Weg beschritten wird, wie seinerzeit im Walzwerk in Judenburg. Damals hat man geglaubt, man wird ein Werk retten, indem die Arbeiter und Angestellten ihre Löhne zu reduzieren haben. Wir erklären ganz eindeutig und unmißverständlich, daß es einen derartigen Weg der Sanierung, der Lösung, in Donawitz nicht geben kann, daß die Interessensvertretungen der Arbeitnehmer sich mit allen Mitteln dagegen aussprechen. Wir hoffen, daß hier auch zwischen den politischen Parteien keine andere Meinung in Erscheinung treten wird, weil wir das nicht akzeptieren könnten. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wir sind ganz derselben Meinung. Auch wir als Arbeitnehmervertreter stehen genauso dahinter, weil du das so in den Raum stellst, als ob von der anderen Seite nichts geschieht!“ – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das geht

nur gemeinsam!“ – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Dann muß man die Sprache finden! Du hast schon andere Worte gebraucht: Ich gehe hinaus und so weiter!“ Kollege Dr. Eichtinger, wir sprechen jene Sprache, die von unseren Arbeitnehmern dort gefordert wird. Wir haben heute bereits durch den Kollegen Ussar in den Raum gebracht, und ich wiederhole dies, daß wir davon ausgehen, daß die im Landtag vertretenen politischen Parteien ohne Unterschied, insbesondere die beiden, die hier die Hauptverantwortung tragen, sich vorbehaltlos dazu bekennen, daß es eine Obersteiermark-Aktion geben muß, daß sichergestellt ist, daß nicht so vorgegangen werden kann, wie es beabsichtigt ist und daß sichergestellt wird, daß dort die maximalste Beschäftigung abgesichert wird. Ich weiß, was ich damit sage, und ich hoffe, daß wir hier eine Gemeinsamkeit finden können. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) So gesehen, gestatten Sie mir, daß ich noch eine Anmerkung mache, wenn ich festhalte, daß der Herr Dr. Schachner durch seine Worte, durch seine Erklärung in der Presse dazu beigetragen hat, daß der Aufsichtsrat dort tatsächlich zuerst überlegt und dann seine Entscheidungen trifft. Wir freuen uns, daß das möglich war, daß diese Aktion gesetzt wurde und daß man bei Beachtung aller wirtschaftlichen Interessen so einen Schritt setzen konnte, der letztlich zeigt, daß er ein erfolgreicher ist und uns jetzt die Chance einräumt, daß wir dann tatsächlich die Möglichkeit haben, vielleicht gemeinsam für dieses Unternehmen entsprechend eintreten zu können. Recht herzlichen Dank dafür. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Dr. Schachner-Blazizek hat viel zu lange zu all diesen Problemen geschwiegen. Viel zu lange. Herr Landesfinanzreferent Dr. Klauser, Sie können abwinken, Sie sind auch kein Wunderknabe. Ich werde das heute noch einmal wiederholen, das Wort zusperren wird es nicht geben!“ – Landesrat Dr. Klauser: „Immer das gleiche!“ – Abg. Trampusch: „In der Demokratie muß man vertragen, daß andere reden!“) Verehrter Kollege Prof. Dr. Eichtinger, ich bedaure ungemein, daß du da einen Ton hereinbringst und eine Stimmung erzeugst, die es normalerweise in einer derartigen Situation bei einer Vorstellung, wie ich sie in den Raum gebracht habe, nicht geben dürfte. Ich hoffe noch einmal und unterstreiche es ganz eindringlich, daß wir uns gemeinsam für dieses Unternehmen, für diese Stahl-AG in Donawitz, einsetzen wollen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Du kannst nicht so tun, als wäre die Verantwortung bei der ÖVP!“ – Unverständliche Zwischenrufe.) Natürlich, Frau Landesrat, ist das passiert! Aber es ist passiert, weil es keine Möglichkeit des Eingriffes gegeben hat. (Glockenzeichen des Präsidenten – Präsident Dr. Kalnoky: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Rainer.“) In Donawitz gibt es diese Möglichkeit, und diese Möglichkeit, die erste Chance, hier etwas dagegen zu unternehmen, ist ergriffen worden, und man hat sofort interneviert, und es ist tatsächlich mit Erfolg hier das aufgeschoben worden. Und jetzt sind wir am Zug, jetzt haben wir eine Lösung zu finden.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, es ist auch heute die Neuordnung der Wirtschaftsförderung angesprochen worden. Auch dazu nur eine kurze Anmerkung: Wie der Herr Ing. Stoisser bekennen auch wir uns dazu, daß diese Wirtschaftsförderung neu organisiert werden soll, insbesondere unter dem Aspekt, daß wir festhalten möchten, daß in Zukunft Förderungen so

vonstatten gehen sollten, daß uns etwa ein Modell, wie wir es auch in der Obersteiermark gehabt haben – in St. Peter-Freienstein –, im negativen nicht mehr passieren kann. Daher glauben wir, daß es sinnvoll ist, daß im Einvernehmen zwischen den Parteien eine Lösung der Ausgliederung der Wirtschaftsförderung gefunden wird, die sicherstellt, daß wir in Zukunft die Mittel, die wir hier haben, noch effizienter einsetzen können. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und schließe mit einem herzlichen Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 19.26 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (19.26 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, wenn man die Diskussion hört und die Darstellungen vom Kollegen Rainer, so spürt man natürlich, daß auch eine gewisse Konsensbereitschaft gegeben ist. Denn es ist unser gemeinsames Anliegen, und ich glaube, das wirklich so zum Ausdruck bringen zu können, mehr Beschäftigte zu haben. Es ist der Stolz jedes Betriebes, sagen zu können: Wir konnten unsere Beschäftigtenzahl aufstocken, wir konnten mehreren Leuten Arbeitsplätze verschaffen. Und wenn man zu einer Geschäftseröffnung, zu einer Betriebseröffnung, zu einer Jubiläumsfeier kommt, ist das erste eigentlich, was man hört: „Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl konnte trotz der Rationalisierungsmaßnahmen gehalten werden“ oder „Trotz der Rationalisierungsmaßnahmen konnten wir die Beschäftigtenzahl erhöhen“. Und wenn man sich die Arbeitslosenraten im Vergleich in etwa anschaut, zum Beispiel August 1989 und August 1990 – wenn das auch zurückliegt –, so sind es eigentlich nur drei Bezirke, die tatsächlich eine wachsende Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben, nämlich – glaube ich – Voitsberg, Leibnitz und Knittelfeld. Das sind die einzigen drei Bezirke. Natürlich auch Anlaß dazu, nicht zu sagen: „Paßt schon“, sondern gemeinsames Bemühen, auch dort zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Ich denke auch an meinen Heimatbezirk Deutschlandsberg, wo es in erster Linie an Frauenarbeitsplätzen mangelt, aber das ist eben eine gemeinsame Aufgabe: nicht nur die der Industrie, sondern auch der Klein- und der Mittelbetriebe, die ja dennoch bei uns – wie ich es schon sagte – das Rückgrat der steirischen Wirtschaft, der heimischen Wirtschaft bilden.

Über den Fonds für gewerbliche Darlehen konnten immer wieder Zinsenzuschüsse und Kredite gewährt werden. Erfreulicherweise hat sich das Gewerbe im allgemeinen wirklich gut entwickelt und hat auch einen guten Auftragsstand. Es hat sich also im wahrsten Sinne gelohnt, Investitionen dort vorzunehmen, und aus diesem Fonds haben sich aber auch in der letzten Zeit eigentlich zwei Schwerpunkte herausgebildet: zum einen sind es die Starthilfen für Jungunternehmer, und zum anderen ist es eine finanzielle Hilfestellung für die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen geworden. Kürzlich wurde über Initiative und Antrag unserer Wirtschaftslandesrätin Waltraud Klancic eine Nahversorgungsförderungsaktion geschaffen, weil sie eben erkannt hat, daß es in der letzten Zeit zu einer sehr stürmischen Expansion im Filialsystem

gekommen ist. Wir alle streben Lebensqualität an. Die ist aber auch nur dann gewährleistet, wenn es eine funktionierende Nahversorgung gibt. Es ist besorgniserregend, wenn man sieht, daß sich zwischen 1975 und 1990 die Anzahl der Nahversorger in Österreich halbiert hat, das heißt, damals waren es 20.000, wir liegen jetzt bei etwa 10.000. Es wird nach den Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitutes zu einer weiteren Verringerung der Nahversorger kommen, österreichweit etwa um 1000 Betriebe. Das heißt, es werden dann etwa 9000 Lebensmittelgeschäfte, Nahversorgungsgeschäfte, Ende der 90er Jahre vorhanden sein. Schwierig ist es natürlich immer wieder für die Klein- und Mittelbetriebe, dieser Finanzkraft standzuhalten, die hinter diesen Filialbetrieben steht, mit denen diese Filialsysteme eben immer wieder finanziert werden können. Und dennoch bin ich aber von einem überzeugt, daß man mittels finanzieller Stützung und finanzieller Hilfen nicht alles erreichen kann. Was uns natürlich sehr am Herzen liegt, ist: Es muß zu einer Verwaltungsvereinfachung kommen. Man hört auch das Schlagwort der Steuerpauschalierung. Ich sage das vor allem für jene Betriebe, die kaum Gewinne machen, die keine Gewinne machen, ganz wenige Gewinne machen, und dort ist eine Pauschalierung sicher angebracht, weil sie ja nicht mit null Gewinn noch zusätzlich Beratungskosten begleichen sollen, um ihre Steuererklärung abgeben zu können. Ich bin überzeugt davon: Wer diese Situation erkennt, wird auch – und ich hoffe, im Finanzministerium wird man hoffentlich zu dieser Einsicht gelangen – dort Maßnahmen setzen, wobei es aber auch an den Nahversorgern liegen wird, eben eine gewisse Funktionsanreicherung vorzunehmen, durch ein Verbreitern des Warenangebotes einerseits, und andererseits aber auch der Dienstleistungen. Ich würde es mir zu einfach machen, wenn ich sage: „Ja, sollen halt alle Tabak führen, Lotto und Toto dazunehmen und auf diese Art und Weise eben eine gewisse Frequenz sichern.“ Es liegt auch an den gewerblichen Nebenrechten, die es besser zu nützen gilt. Es muß aber auch neben der Bedeutung der Bezirksstädte die Bedeutung der Märkte und der kleineren Orte dadurch erhalten werden, daß dort über die Kommunalpolitik all jene Voraussetzungen getroffen werden, daß es zu sogenannten multifunktionalen Plätzen in kleinem Maße in den Orten kommt. Die Nahversorger müssen die Möglichkeit haben, möglichst alles anzubieten, und das ist der Bereich, der in den Handelskammerbereich geht, und dann gibt es noch einen zweiten Bereich, der in den Arbeiterkammerbereich geht, wobei wir dort eben mit einer Freizügigkeit der Ladenöffnungszeiten operieren müssen. Wir müssen es ermöglichen, daß es eine sogenannte Blocköffnungszeit gibt, daß der Nahversorger dann wirklich die Möglichkeit hat, sich individuell auf die Wünsche der Konsumenten im Hinblick auf die Öffnungszeit einzustellen.

Und nicht zuletzt, und das dachte ich mir gerade beim Lesen der Zeitungen in den letzten Tagen, wenn man hört, was da mit der Getränkeabgabe passiert ist, wie viele Millionen da verschwunden sind und nur deshalb verschwunden sind, weil es notwendig wäre, das Gesetz zu ändern, die Gesetzeslage zu ändern – anders ist es ja überhaupt nicht erklärbar –, daß man vielleicht einen sogenannten Infrastrukturerhaltungsbeitrag (Glockenzeichen des Präsidenten. – Prä-

sident Dr. Kalnoky: „Es ist zu laut!“) jenen Betrieben auferlegt, die bemüht sind, sich ständig über Filialsysteme zu erweitern und andererseits aber damit unsere Nahversorgung in Zukunft weiter gefährden. Wenn wir das ernst nehmen, wenn wir die Kleinen und die Mittleren wollen, dann müssen wir uns in Gemeinsamkeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bemühen. Ich bitte Sie um Ihr Verständnis, vor allem draußen in den kleineren und mittleren Gemeinden; darum geht es. Und ist es ein Herzensanliegen, sie haben viele Ausbildungsplätze, sie sichern die Nahversorgung, sie sichern die Lebensqualität, und sie sind auch maßgebliche Investoren neben der Industrie, neben den Großen, die wir genauso brauchen wie die Kleinen und die Mittleren. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 19.34 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Meyer.

Abg. Meyer (19.34 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Die aus der Region Obersteiermark stammenden Abgeordneten stehen noch immer unter dem Eindruck dessen, was wir über die vorgesehenen Maßnahmen in Donawitz mitgeteilt erhalten haben und gelesen haben. Bevor jedoch hier vom Aufsichtsrat Beschlüsse gefaßt werden, ist es notwendig, jenen politisch Verantwortlichen für diese Region, die auch in wirtschaftlichen Fragen kompetent sind, Aufklärung über die vorgesehenen Maßnahmen und deren Notwendigkeit überhaupt einmal zu geben. Es kann von Managern, so meine ich, von Betrieben, die sich im öffentlichen Besitz befinden, verlangt werden, bei allem Verständnis dafür, daß Manager sich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu orientieren haben, daß sie mit besonderer Sorgfalt alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Beschäftigung sicherzustellen. Unser Klubobmann hat aber schon in seiner Generaldebatte deutlich gesagt, daß wir als Politiker alles daransetzen werden und müssen, daß einerseits die Obersteiermark auch als Industriegebiet erhalten bleibt, und andererseits alles getan werden muß, um arbeitsmarktpolitische Auswirkungen mildern zu helfen. Für uns als politisch Verantwortliche insgesamt muß eines feststehen: Reduzierung der Belegschaftszahlen muß jedenfalls die letzte Möglichkeit sein, die in Frage kommen darf. Für diese Fälle, die ja oft voraus abschätzbar sind, haben Politiker ihren Aufgabenstellungen entsprechend gemeinsam dafür zu sorgen, daß Alternativen auch möglich werden. Sie haben dafür zu sorgen, daß die erforderliche Infrastruktur geschaffen wird, die erforderliche und so notwendige Aus- und Weiterbildung offensiv betrieben wird, daß Forschungseinrichtungen sich mit Bereichen befassen, die in der Wirtschaft umgesetzt werden können, und daß Starthilfen entwickelt werden, die nicht nur allein aus finanziellen Förderungsmitteln bestehen, sondern dazu auch bedarfsgerechte Managementhilfen angeboten werden. Das wollte ich nur als Abgeordnete einer Industrieregion, die zur Zeit Probleme zu bewältigen hat, sagen.

Ich möchte mich aber auch noch kurz mit einem anderen Thema beschäftigen, das bisher eher vernachlässigt wurde. Die Sonderförderungsaktion für die

Obersteiermark und die anderen Problemgebiete in der Steiermark hat den Schwerpunkt bei der Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Wie die Erfahrung gezeigt hat, werden hier Arbeitsplätze gefördert, die den Beschäftigten eben qualifizierte und damit auch besser bezahlte Arbeit sichert. In all diesen Förderungsfällen handelt es sich um Arbeitsplätze, bei denen keine Frauen diese qualifizierten Stellen einnehmen. Die Branchen, in denen überwiegend weibliche Arbeitnehmer Beschäftigung finden, wie beispielsweise in der Bekleidungsindustrie oder etwa auf dem Dienstleistungssektor, waren auf Grund der derzeitigen Voraussetzungen für die Förderung nicht in der Lage, entsprechende Projekte vorzuweisen, um qualifizierte Arbeitsplätze schaffen zu können. Dadurch haben sich diese Förderungsaktionen, die ja wirklich begrüßenswert sind, zu einer reinen Förderung für Arbeitsplätze entwickelt, bei denen nur ausschließlich Männer qualifizierte und daher besser bezahlte Beschäftigung finden. Dadurch klafft natürlich die Schere nicht nur zwischen qualifizierten weiblichen und qualifizierten männlichen Arbeitnehmern auseinander, sondern auch zwischen den Einkommen wird diese Schere größer. Ich möchte hier bitte nicht mißverstanden werden, denn ich freue mich über diese Sonderförderungsaktion, aber es wäre wünschenswert, wenn in künftigen Förderungsprogrammen, wie auch durch eine eventuelle Änderung der bestehenden ein zusätzlicher Anreiz für Firmen geschaffen werden könnte, auch qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Leider muß ich feststellen, daß unsere langjährige Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit nicht einmal in ihren Ansätzen Realität geworden ist. Weibliche Beschäftigte erhalten für die gleiche Arbeit noch immer viel weniger bezahlt, viel weniger Lohn als die männlichen Arbeitnehmer. Auch hier könnte man im Sinne des Vorhin von mir Gesagten durch Förderungsaktionen einen besonderen Anreiz für Firmen schaffen, und ich könnte mir vorstellen, daß man die Sonderförderungsaktion und auch andere Förderungsprogramme insofern erweitert, daß ein Förderungsbonus an den Nachweis gebunden ist, daß qualifizierte Arbeitsplätze auch für Frauen geschaffen werden, und auch der Nachweis erbracht werden muß, daß dann die Entlohnung für diese Frauen gleich ist wie bei den männlichen Arbeitnehmern. Sollte es in nächster Zeit zu einer Neuordnung der Wirtschaftsförderung im Land Steiermark kommen, so könnte ich mir vorstellen, daß die von mir vorher skizzierten Überlegungen auch in die Programme und Richtlinien der neuen Wirtschaftsförderung einfließen könnten, und es würde mich freuen, wenn wir bei einer der nächsten Budgetdebatten schon über erste Ergebnisse diskutieren könnten. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.41 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann.

Abg. Kollmann (19.41 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wenn es vielleicht dem einen oder anderen schon zum Hals heraushängt, aber die obersteirische Region muß man wirklich etwas näher beleuchten.

Vielleicht ist der Kollege Ussar ein wenig zu pessimistisch gewesen, wenn er gemeint hat, die Wirtschaft Leobens sei voller Probleme. Es gibt Probleme, aber man soll immer wieder auch die guten Entwicklungen sehen, soll sie auch zur Kenntnis nehmen und auch sagen. Im großen und ganzen möchte ich nicht jene in weiten Bereichen richtigen Aussagen wiederholen, die der Kollege Ussar heute von dieser Stelle aus schon gemacht hat.

Meine Damen und Herren! Was Donawitz oder den obersteirischen Schwerindustrieraum betrifft, die verstaatlichte Schwerindustrie: Das Bühnenstück, das seit 1973 läuft, wird fortgesetzt. Ich möchte jetzt nicht so sehr auf die Geschichte eingehen, aber wir erinnern uns alle noch an die Zeit des Jahres 1973, und wir wissen auch alle, wer diese Fusion von VOEST und Alpine bejubelt hat und wer vorsichtig gewarnt und gesagt hat, ein so großer Konzern ist unbeweglich, kann nicht regiert und gemanagt werden und wird sicherlich in irgendeiner Form zumindest große Reibungsverluste haben. Wir Steirer sind dabei die Kleinen, wir sind die Zweiten. Was geschah denn damals auf der Produktionsseite, denn dort liegen die Wurzeln? Man hat die lukrativen Flachprodukte, das Band und das Blech, in Linz konzentriert und hat die schwierigen Produkte, die Langprodukte wie Baustahl und Draht, in Donawitz belassen beziehungsweise in Donawitz konzentriert. Nicht genug damit. Als man gemerkt hat, daß es Langprodukte in Italien etwas billiger gibt, als Donawitz sie herzustellen imstande war, hat man sogar eine VOEST-eigene Handelstochter gegründet, und diese hat schließlich – wie traurig – in Italien diese Langprodukte eingekauft, die Donawitz mit Verlust produziert und dann nicht angebracht hat. Man hat also bewußt falsch gehandelt, und als wir damals auf diese Dinge aufmerksam gemacht haben, gab es ein großes Wehklagen. Es hat alles gestimmt. Und die Entwicklung, die wir damals vorausgesagt haben, ist leider wirklich eingetreten. Von dort an, beginnend vom Zeitpunkt der Fusion. Und ich weiß, wovon ich rede: Ich war ja ein paar Jahre im Aufsichtsrat vom Beginn der Fusion an, und ich weiß, wie es dort zugeht und was man dort wirklich als Aufsichtsrat ausrichten kann: nämlich fast nichts gegen einen starken Vorstand und gegen den Willen der Regierung. So ging 's wirklich für unsere steirischen Betriebe bergab. Da können auch Investitionen, wie die neue Drahtstraße in Donawitz und das jetzt wirklich sehr schöne und hoffentlich weiterhin gut funktionierende Schienenwalzwerk in Donawitz, nicht hinwegtäuschen. Die lukrativen Produkte sind nicht bei uns angesiedelt, die Schienen vielleicht ausgenommen. Bei jedem dieser neuen Konzepte, bei jeder neuen Umstrukturierung und bei jedem neuen Organisationsplan – und da gibt es x-fach solche Ausgaben, Dutzende seit 1973 – sind ein paar hundert Arbeitsplätze verschwunden, manchmal sehr sanft verschwunden. Unter sozialen Hilfestellungen, die man an sich bejahen muß, aber in der Art und Weise, wie sie gegeben wurden, nicht unbedingt das richtige waren. Man hat den jungen Leuten gesagt: „Wenn ihr gehen wollt – wir werden möglicherweise einmal Leute kündigen müssen –, wir geben euch noch ein paar Monate dazu, aber verlaßt uns“. Jungen, hoffnungsvollen Leuten hat man das gesagt, und die Leute, die am besten verstanden haben, mit Stahl und Eisen und deren Bearbeitung umzugehen, die 50-

55jährigen, hat man in die SUG-Pension geschickt. Und die würden gerne arbeiten, dürfen aber nicht einen Schilling dazuverdienen. Warum? Man hat ihnen diese SUG-Pension sogar so schmackhaft gemacht, daß man ihnen das Aktivgehalt brutto für netto auszahlt. Sie kriegen jetzt mehr, als sie vorher als aktive Arbeiter und Angestellte verdient haben. Meine Damen und Herren, da stimmt doch etwas nicht! Da stimmt doch wirklich etwas nicht! (Abg. Reicher: „Das, was du gesagt hast, stimmt nicht!“) Das stimmt! (Abg. Reicher: „Er bekommt mit 50 Jahren keine Arbeit mehr!“) Das ist nicht wahr! Er hätte durchaus Möglichkeiten (Abg. Reicher: „Die Privatwirtschaft hätte die gleich integrieren können!“) in vielen Fällen. Ich habe gesagt: Soziale Sicherung, in Ordnung. Aber man kann nicht jemandem, der unter Umständen – und ich kenne viele davon – sehr gerne arbeiten möchte, das Arbeiten einfach verbieten, indem man sagt: „Wenn du jetzt auch nur einen Schilling dazuverdienst, dann ist es aus. Und damit du nicht arbeitest, bekommst du mehr, als wenn du arbeitest. Bitte schön, das ist doch nicht Ziel eines fleißigen Menschen, der an seinem Betrieb hängt, der arbeiten will, der etwas leisten will. Das ist doch bitte wirklich nicht das Ziel! Es gibt nur sehr wenige, die mit dieser Lösung glücklich sind. Finanziell vielleicht, aber befriedigend ist es für den einzelnen Menschen nicht, meine Damen und Herren.

Und jetzt ist folgendes passiert: Im Sommer ist ein Gerücht aufgetaucht. Man hat gemeint, Donawitz soll dreigeteilt werden. Und da haben sich Streicher und Sekyra – ich will es Ihnen gar nicht vorlesen –, „Neue Zeit“, „Salzburger Nachrichten“, sehr beeilt, das zu dementieren, und Streicher hat sogar gesagt, in den nächsten Jahren würde sich die Struktur des Werkes Donawitz nicht verändern. Meine Damen und Herren, es ist anders gekommen. Jetzt haben wir das Konzept von der Verteilung – welch schreckliches, schauriges Wort! –, und dieses – (Abg. Trampusch: „Da hat es eine ältere Aussage gegeben: Eine Großpartei hat eine Arbeitsplatzgarantie für die Obersteiermark ausgegeben!“) Die Arbeitsplatzgarantie, die war so gemeint, daß man zuerst Arbeitsplätze schaffen muß, bevor man andere wegradiert, und diese Darstellung gilt auch heute noch. Und das ist auch heute noch unsere Forderung, und wir freuen uns, daß sie von euch aufgenommen wird. Gott sei Dank, endlich, daß man, wenn auch zögernd, so doch in unsere Richtung einschwenkt.

Meine Damen und Herren, jetzt ist das Konzept da, und ich habe mich auch sofort danach erkundigt: Man hat mir seitens einiger Manager gesagt: „Nun, es wird im Aufsichtsrat noch nicht beschlossen werden.“ Es ist einmal ein Luftballon, man will sehen, wie man darauf reagiert. Man hat einmal das Messer an die Wurst gesetzt, man hat aber noch nicht die Scheibe heruntergeschnitten, wie man das in den Jahren vorher immer getan hat. Und ich bin sehr froh, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner, bei dem ich eigentlich Angst gehabt habe, daß er fürs Zusperrn ist, sich gegen dieses Konzept ausspricht. Denn im „Profil“-Interview vom 9. April hat er auf die Frage: „... und im Fall der Fälle auch zusperrn?“ geantwortet, „Ja, selbstverständlich!“ Das hat mich damals beunruhigt. Gott sei Dank ist das nicht eingetroffen, und der Herr Landeshauptmannstellvertreter

Dr. Schachner hat die Meinung geändert. Und ich habe auch die heutige Presseaussendung des SPÖ-Landtagsklubs in die Hand bekommen, und ich freue mich darüber, daß fast wörtlich die Forderung unseres Landeshauptmannes, der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion dieses Hauses, nämlich eine „konzentrierte Aktion von Bund und Land in Form eines Staatsvertrages für die Obersteiermark“, aufgenommen wurde. Das ist nichts Neues, meine Damen und Herren, das haben wir hier oft genug besprochen. Das wurde wirklich nicht immer von allen in diesem Haus goutiert. Die Regierung hat Beschlüsse gefaßt, Resolutionen haben wir hier gefaßt. Wir haben über diese konzentrierte Aktion Bund – Land und über den Staatsvertrag, bitte, mit dem Bund in Sachen Obersteiermark seit – glaube ich – 1980/81 x-mal und jährlich mehrmals in diesem Haus gesprochen. Ich könnte Ihnen stoßweise Belege bringen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Er redet da den gleichen Blödsinn wie zu Weintitzen!“)

Meine Damen und Herren, eines, bitte, darf man bei allem Konsens, den man da haben soll, auf Ihrer Seite nicht vergessen. Ich will jetzt keine Schuldzuweisung treffen, aber denken wir ein bißchen nach: Wer hat denn die verstaatlichte Industrie seit 1970 befehligt? Wo sitzen die Manager? Aus welcher Richtung kommen sie? Die, die alle diese Aktionen gemacht haben, die die Schwerindustrie in der Obersteiermark wirklich scheibenweise zerstückelt haben. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Abgeordneter, leider waren sie paritätisch besetzt. Du weißt es. Du bist so lange überall drinnen gesessen. Du bist unheimlich gut informiert!“) Leider nein! Schon lange nicht mehr, schon lange nicht mehr! Ich liebe diesen Herrn Raidl nicht, aber er ist letztlich der einzige, der aus einer anderen Richtung gekommen ist, und er ist im Vorstand auch majorisiert worden oder hat sich majorisieren lassen. Ich lobe den Herrn nicht, und ich schütze ihn nicht – keineswegs, keine Ursache.

Meine Damen und Herren! (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Es war leider paritätisch besetzt!“) Aber, gar keine Idee! Aber, gar keine Idee! (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das stimmt nicht!“) Seit einem guten Jahrzehnt gibt es von Parität in der verstaatlichten Industrie keine Spur mehr. Das wissen wir doch alle! Und ich bin auch im Aufsichtsrat gesessen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Jeder Vorstand ist paritätisch besetzt gewesen!“) Nein! Nein! (Abg. Hammer: „Er muß es wissen, er ist im Aufsichtsrat gesessen!“) Aber! Aber! Ich bin doch schon ein bißchen länger auf der Welt, und ich war im Jahr 1973 drinnen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Er redet von der VOEST, horch zu!“)

So, meine Damen und Herren, und jetzt bitte hat mich der Kollege Ussar an etwas erinnert, und zwar an eine Veranstaltung eines Geldinstitutes in Leoben, sehr prominent besetzt; auch Sekyra war da. Sekyra hat eine Verlagerung von der Grob- auf die Feinschöpfung verlangt. Eine sehr gute Aussage! Wirklich etwas, das man auch beherzigen sollte. Warum hat Sekyra als letztlich Hauptverantwortlicher für die verstaatlichte Industrie das, was er jetzt denkt, nicht schon in die Tat umgesetzt? Warum hat Sekyra es zugelassen, daß ein

Herr Professor von Bogdandy eine Milliarde Schilling in Donawitz verbrät? Was könnte man mit einer Milliarde machen bei einem Werk von 2500 Mitarbeitern? 400.000 Schilling pro Mitarbeiter könnte man einsetzen, um etwas richtig zu strukturieren, um wirklich in die Wertschöpfung zu gehen, um von der groben Struktur in die feine zu gelangen. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ja, auf welchen Inseln, mit welchen Emissionen? Dann geh hinunter und schau dir die Luft dort an. Oder wohne dort, wenn du es willst. Wir wollen es nicht. (Abg. Hammer: „Dir ist das egal. Das ist unsere Konkurrenz, damit haben wir uns auseinandersetzen!“) Wurst ist mir das auch nicht. Das ist heute nicht Stand der Technik, dieses Verfahren. (Abg. Reicher: „Da müßten wir mehrere zusperren!“ – Abg. Hammer: „Das war die einzige Chance für Donawitz!“) Kollege Ussar, du hast recht gehabt, wenn du gemeint hast, wir haben in Leoben sicherlich mehr Probleme als in anderen Regionen der Steiermark. Wir haben unsere Kleinregion Eisenerz, Kollege Hammer, du weißt es, höchste Abwanderungsrate, größter Bevölkerungsverlust aller Kleinregionen in Österreich. Du hast mir vorige Woche, ich habe die Zahlen gar nicht gekannt, genannt, daß es mehr als doppelt so viele 80jährige in Eisenerz gibt als zehnjährige. (Abg. Hammer: „Dreimal soviel!“) Dreimal soviel. Wir haben Probleme. Aus diesen Problemen müssen wir versuchen herauszukommen, indem wir Initiativen setzen. Wenn man sich hier in diesem Haus x-fach beklagt hat, daß ein Industrie- und Gewerbepark St. Peter-Freienstein initiiert wurde, und gemeint hat, das wäre nichts Richtiges, darf man nicht zum selben Zeitpunkt, wo man diesen Industriepark bekämpft und letztlich verschleppt mit Hilfe des Herrn Fauland von der VOEST Alpine und seiner Handlanger und dann noch das Pech hat, daß der Generalunternehmer Pleite geht, dann darf man nicht im selben Atemzug, auch nicht als Finanzlandesrat, einen neuen Industriepark Leoben-West fordern. (Abg. Hammer: „Das stimmt wieder nicht, frag die Frau Landesrat!“) Schritt für Schritt müssen wir vorgehen. Wir können nicht doppelgleisig arbeiten, einen schwarzen Park, einen roten Park. Dann fallen wir zurück in die Steinzeit des Proporz. So geht das nicht. (Abg. Hammer: „Stimmt wieder nicht. Damals wollten sie Donawitz erpressen!“) Es ist nicht anzunehmen, daß ein neuer Industriepark, fünf Kilometer von einem anderen, der leider noch nicht realisiert ist, aber in Realisierung begriffen, besser funktioniert oder sofort angenommen werden wird. (Abg. Hammer: „Wir brauchen nichts beschönigen. Sankt Peter ist gescheitert!“) Ich würde also vorschlagen, wir sollten mehr Zusammenarbeit und mehr Konsens pflegen, als jeder sein eigenes Pakerl schnüren und verlangen, daß es als großes Geschenk und als große Idee von allen angenommen wird. Wir dürfen ruhig zugeben, ich denke an den Technologiepark in Niklasdorf, ich denke an das Technologietransferzentrum, ich denke an das WIFI-Schulungszentrum, an das Laserzentrum, wir dürfen ruhig zugeben, daß wir im produzierenden Bereich ein Netz von kleinen und mittleren Betrieben haben, die sehr gut funktionieren und sich vergrößern konnten. Sie konnten natürlich nicht alle in Donawitz freiwerdenden Arbeitskräfte aufsaugen, aber es funktioniert besser, als wir meist zugeben, und besser, als manchmal die Medien über uns berichten. Und an diesen Berichten sind auch wir oft selbst schuld, weil wir meist

jammern, anstatt das Gute herzuzeigen. Sie werden vielleicht sagen, der hat leicht reden. Ich habe seit dem Jahr 1985 drei neue Betriebe in ganz verschiedenen Sparten gegründet. Ich sage Ihnen, alle drei Betriebe schreiben schwarze Zahlen. Das sind gute Zahlen. Aus diesem Grund bin ich optimistisch und werde optimistisch bleiben, denn eine Möglichkeit des Auffangens dieser Schwierigkeiten und eines Hochkommens unserer Wirtschaft ist gegeben. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 20.00 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer (20 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Kollmann hat sich bemüht, ich habe es ihm angemerkt, einigermaßen objektiv zu sein, aber es geht halt nicht so, wie er es gerne hätte. (Abg. Ing. Stoisser: „Da geht es ihm gleich wie dir!“) Damit habe ich überhaupt keine Probleme. Aber die Situation dort oben ist wirklich derart ernst, und das Problem, das wir haben, ist einfach das, daß wir in der Wirtschaftsfrage oder in der Bewältigung der Probleme der steirischen Wirtschaft immer nur in der Vergangenheit herumgraben, uns wenig mit der Gegenwart und schon ganz wenig mit der Zukunft beschäftigen. Wir glauben immer, wir können aufzeigen, wer hat wann wo einen Fehler gemacht, und damit haben wir die Probleme gelöst, zumindest haben wir sie von uns weggeschoben, und wir wollen uns nicht mehr damit befassen und schauen, was können wir tun für die Betroffenen. Auf der Strecke bleiben die Arbeiter dieser Betriebe, nicht die Manager. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Leider!“) Die Manager haben uns vieles bereits versprochen und nicht gehalten. Nicht nur in der verstaatlichten Industrie, sondern auch in der Privatindustrie. Wir Eisenerzer sind wahrlich leidgeprüft in dieser Frage. Uns hat man die Superlösung angeboten: Wenn diese Werkstätte von der Verstaatlichten wekommt, dann werden wir dort einen neuen Betrieb gründen. Leider! Voriges Jahr habe ich mich bemüht, ein positives Bild über den Wirtschaftsraum Eisenerz zu zeichnen, weil es durchaus Betriebe gibt, die es verdienen, daß man positiv auch über sie im Raum Eisenerz spricht, wie VA Glas, hohe Technologie in der Glasverarbeitung als Zulieferer für die Autoindustrie bis nach Japan. Vogl und Noot, ein ausgezeichneter Stahlbearbeitungsbetrieb, der für die gesamte Liebherr-Produktionspalette Präzisionswaren liefert. Aber auch Villas vom Produkt her, ein bestimmt guter Betrieb, leider ein schlechtes Management, und es gab ein böses Erwachen mit vielen Arbeitslosen im Raum Eisenerz, und ich erhoffe mir, daß der Nachfolgebetrieb, der jetzt installiert wurde, der gut läuft, allerdings nicht mit derselben Beschäftigtenanzahl, auch weiterhin bestehen und expandieren wird. Ich wünsche mir das. Wir brauchen das ganz notwendig, denn ansonsten geht uns die wirkliche Qualität, die wir dort anzubieten haben als Industriestandort, das sind die gut ausgebildeten Facharbeiter, verloren, und wir können überhaupt nichts mehr anbieten, was einen Unternehmer bewegen soll, seinen Standort nach Eisenerz zu verlegen.

Auf die Problematik der Verkehrserschließung habe ich bereits heute vormittag hingewiesen. Ein wichtiger Bestandteil, um diesen Raum rund um den steirischen

Erzberg nicht sterben zu lassen. Es ist uns durchaus Positives gelungen. Ich darf erinnern an die Lehrwerkstätte der VOEST-Alpine in Eisenerz, der wir im heurigen Jahr mit Hilfe des Sozialministeriums, des Unterrichtsministeriums eine weitere Ausbildungsmöglichkeit anfügen konnten, damit dieser Standort, diese Lehrlingsausbildung, gesichert wird. Dort können junge Menschen, die im Eisenerzer Gymnasium die Matura machen, zusätzlich zur Matura eine Berufsausbildung durchmachen, damit wir die jungen Leute in Eisenerz halten können und vielleicht noch von auswärts anziehen können. Meine Damen und Herren, hier hätte die Industrie wirklich eine Chance, gut ausgebildete Facharbeiter zu bekommen, sie nach Eisenerz zu schicken, um sie dort an der gut eingerichteten, technisch hervorragend eingerichteten Eisenerzer Lehrwerkstätte ausbilden zu lassen.

Meine Damen und Herren, der steirische Erzberg ist wiederum im Gerede. Wir hatten 1987 einen Belegschaftsstand von 1147 Personen. Derzeit haben wir einen Beschäftigtenstand von nur mehr 670 Personen – eine starke Reduzierung, meine Damen und Herren. Eine Reduzierung, die mit großen Einkommensverlusten der Betroffenen verbunden ist. Und jetzt spricht man davon, daß man den Erzliefervertrag, der 1987 zwischen den Hüttenwerken Linz und Donawitz abgeschlossen wurde, nicht mehr einhalten will. Der Erzliefervertrag hat eine Laufzeit bis zum Jahre 1993, und wir brauchen diese Übergangsphase, um Eisenerz entsprechend umstrukturieren zu können. Wir brauchen eine aggressive Betriebsansiedelung für die Obersteiermark und für Eisenerz. Wir brauchen diese Übergangsphase, um in den Fremdenverkehr einsteigen zu können, um hier entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Es gibt auch hier eine gute Zusammenarbeit mit der steirischen Raumplanungsgruppe und auch mit der Raumplanung von seiten des Bundes her, um die entsprechenden Grundlagen für eine solche Voraussetzung, in den Fremdenverkehr einsteigen zu können, zu schaffen.

Austrian Industries wird ebenfalls eine neue Form der Ausbildung für Lehrlinge und junge Führungskräfte in Eisenerz installieren. Ich glaube, das ist eine große Schuldigkeit, die Austrian Industries den Eisenerzern gegenüber hat. Denn bei aller Verantwortung von Bund und Land – man kann die ÖIAG beziehungsweise Austrian Industries von ihrer Verantwortung, für die Beschäftigungsmöglichkeit in diesem Raum zu sorgen, nicht entlassen, meine Damen und Herren. Wir brauchen die Unterstützung aller. Die Eisenerzer sind bereit, neue Wege zu gehen. Aber es darf nicht sein, daß ein Betrieb stark oder sehr hart reduziert wird oder gar geschlossen wird, ohne daß es dafür annehmbare Ersatzarbeitsplätze für die Betroffenen in diesem Raum gibt. Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren, helfen Sie mit, daß wir gerade für den schwierigen Eisenerzer Raum ein Sonderprogramm, wie gesagt in einer Form der aggressiven Betriebsansiedelung, bekommen, denn Eisenerz ist nicht geeignet, eine Wohnsitzgemeinde zu werden. Das Pendeln ist durch die Situation der geographischen Lage und des Präbichls nach wie vor in diesen Raum hinein fast unmöglich. Deshalb müssen Betriebe zu diesen Menschen hingebacht werden. Ich fordere Sie auf, all Ihren Einsatz geltend zu machen, daß wir

dieses Problem lösen können. Graben wir nicht in der Vergangenheit, sondern versuchen wir, dort für die betroffenen Menschen die Zukunft erfolgreich zu gestalten! (Beifall bei der SPÖ. – 20.08 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (20.09 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wirtschaft ist ein weiter Begriff. Wir haben mit der Landwirtschaft begonnen, und der zuständige Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat zum Schluß gesagt: „Man wird die Existenz der Bauern auf Dauer nicht durch Direktsubventionen halten können, sondern durch ertragsgerechte Preise, so daß deren Existenz gesichert ist.“ Diese Linie gilt an und für sich – glaube ich – für alle Bereiche, genauso auch letztlich für die Privatwirtschaft oder für die verstaatlichte Industrie.

Ich habe vor einiger Zeit in Bruck bei einer Mitarbeitererhebung des größten Industriebetriebes teilgenommen und habe dort gesehen, wie man mit Stolz verkündet hat, daß man jahrelang rote Ziffern geschrieben hat, aber seit zwei Jahren wieder schwarze Ziffern schreibt. Und das ist sicher sehr positiv zu bemerken, und vor allem ist das Stärken des Selbstbewußtseins dieser Arbeiter in diesem Unternehmen ja unbedingt notwendig, um ein Betriebsklima zu haben, in dem erfolgreich gearbeitet werden kann. Im späteren Gespräch dann allerdings hat man sich überlegt, wie man diese neuen Gewinne gerecht aufteilen kann, damit auch die Belegschaft einen Lohn davon hat. Und da ist mir im Vergleich zur Privatwirtschaft natürlich schon aufgefallen, daß, wenn ein Privatunternehmer einige Jahre rote Ziffern schreiben würde, er dann nicht die Sorge hätte, wie er den Gewinn von zwei Jahren aufteilen könnte, sondern er würde sehr schnell damit zur Bank gehen, um seine Verpflichtungen zu reduzieren, die ihm während der „roten“ Jahre entstanden sind. Und das ist, glaube ich, schon ein sehr wesentlicher Unterschied, und daran sollte man auch denken.

Ich habe auch früher die Wortmeldung des Kollegen Hammer gehört – das war sicher ein bißchen emotional gesagt –, aber „die Luftbelastung von Donawitz ist mir wurscht, wenn die Arbeitsplätze gesichert werden“ – inhaltlich. Ich kenne einen Tischlermeister, der ist vor kurzem zu mir gekommen. Da war der Arbeitsinspektor und hat festgestellt, daß er keine Luftfilteranlage für seine Maschinen hat und keine entsprechende Absaugung. Er hat nur zwei Mitarbeiter, und es wurde ihm eine Frist gesetzt und gesagt: „Wenn das bis dorthin nicht behoben ist, dann muß ich Anzeige erstatten und den Betrieb sperren lassen.“ Und als dieser Handwerksmeister gesagt hat: „Ja, ich kann mit meinen Finanzen diese Investition nicht tätigen“, dann hat der Arbeitsinspektor gesagt – auch sinngemäß –: „Das ist mir wurscht, dann müssen Sie die zwei Mitarbeiter entlassen. Allein können Sie ja noch weiterarbeiten, denn dann bin ich für Sie nicht mehr zuständig.“ Ich möchte nur sagen, daß man heute die Problematik „Umweltschutz“ anders sieht als seinerzeit, aber man sollte sich auch bei einem kleinen Privatbetrieb dieselben Gedanken machen, wenn man

sagt: „Du mußt zusperren, weil du die Umweltbedingungen nicht erfüllst“, wie bei einem Großunternehmen.

Und nun möchte ich aber – das wäre nur eine Replik gewesen – zum positiven Teil kommen: In der Post 7480 des gegenwärtigen Tagesordnungspunktes ist der Technologiepark von Grambach enthalten. Ich glaube, daß das eine sehr zukunftsreiche Investition ist und daß das das richtige Projekt zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist. Es gibt in Österreich zur Zeit sieben Technologieparks, wovon zwei in der Steiermark sind – in Graz und in Niklasdorf –, und nun wird Grambach als achter oder als dritter steirischer Park entstehen. Neue Technologien – darüber sind wir uns, glaube ich, einig – sind heute unverzichtbar. Nicht nur deswegen, weil sie neue Arbeitsplätze schaffen, sondern weil sie die Voraussetzung sind, daß wir im internationalen Konkurrenzkampf weiterbestehen. Hoffnungsträchtige Jungunternehmer, die die Fähigkeit zur Forschung und Entwicklung haben, müßten unterstützt werden und müßten am Start ihres Unternehmer-Seins von Dingen befreit werden, die sie hindern, ihre Ziele zu erreichen. Das sind einmal die Investitionen für die betrieblichen Anlagen und verschiedenes mehr. Eine Untersuchung der Innovationen, die in Österreich in den letzten Jahren registriert wurden, hat ergeben, daß 32 Prozent dieser Innovationen aus Kleinbetrieben kommen, 58 Prozent aus Mittelbetrieben und eigentlich bescheidene 10 Prozent aus Großbetrieben. Das heißt, unsere kleinen Unternehmen sind sehr innovativ, aber oftmals wird diese Innovation nicht in wirtschaftlichen Erfolg umgesetzt, weil einfach die anderen Hemmnisse bei der Administration und bei der Kapitalaufbringung so groß sind, daß kein Produkt daraus entsteht. Und wir wissen, daß Europa insgesamt gesehen noch immer in der Welt, betreffend Kreativität und Innovation, führend ist, daß aber zum Beispiel die Japaner, vielleicht auch auf Grund einer anderen Mentalität, besser in der Lage und konsequenter sind, die Innovation in verwertbare und wirtschaftlich umsetzbare Formen zu bringen. Es ist also sehr wichtig, daß wir junge Unternehmen in dieser Hinsicht fördern können.

Die richtige Zeit dieses Projektes ist natürlich gegeben, denn wenn wir jetzt in einem Wirtschaftswachstum sind, haben wir die besten Voraussetzungen für diese jungen Unternehmer, auch richtig durchstarten zu können. Und der richtige Ort mit Grambach ist auch gegeben. Es liegt die Grazer Infrastruktur mit den Hochschulen und den qualifizierten Mitarbeitern in der Nähe. Es gibt eine ideale Aufschlüsselung über die Autobahn, Eisenbahn und den nahegelegenen Flughafen, und außerdem ist die Gemeinde Grambach eine relativ finanzschwache Landgemeinde, die dringend Einnahmen aus Betrieben gebrauchen kann. Bei dieser Analyse habe ich auch für mich erstaunlicherweise festgestellt, daß Graz-Umgebung hinsichtlich der Steuerkopfquote erst an sechster Stelle aller steirischen Bezirke aufscheint. Hinsichtlich des Einkommens der privaten Haushalte überhaupt erst an neunter Stelle. Diese Zahlen sind erklärbar, weil die Betriebe mit hoher Wertschöpfung und auch mit entsprechend hoher Entlohnung durchwegs in Graz angesiedelt sind, so daß auch hier wirtschaftspolitisch gesehen die Region des Umlandes von Graz gestützt werden kann.

Abschließend darf ich auf Erlebnisse zurückgreifen, die ich in den letzten Monaten als Kammerfunktionär gehabt habe und wo mir oftmals in allen Teilen der Steiermark gesagt wurde, daß sie die Wirtschaftsförderung für recht gut halten und daß sie besonders den persönlichen Einsatz der Frau Landesrat als Ressortleiterin anerkennen und schätzen. Ich darf diese vielen Dankesworte, die ich gehört habe, an die Frau Landesrat weiterleiten. (Beifall bei der ÖVP. – 20.16 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (20.16 Uhr): Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Wir haben harte drei Tage hinter uns, und ich werde Ihnen primär aufzählen, was ich nicht anschneiden werde. Ich werde nicht anschneiden jene sicher sehr interessante These, die wir ein anderes Mal diskutieren werden können, warum wir zum selben Zeitpunkt, wo alle im Lande erzählen, was für positive zusätzliche Wirtschaftsdaten wir in der Steiermark haben, wir gleichzeitig auch die größten Zahlen bei den Konkursen haben, die zugenommen haben. Ich werde nicht aufzählen jene Probleme, die wir mit der Privatisierung haben, die so wichtig wäre, weil es zu einem anderen Zeitpunkt sein kann. Ich will aber nur, damit wir so enden, zumindest in unserem Bereich, wie wir begonnen haben, hinweisen, daß auch unser Erzherzog Johann schon nichts gehalten hat davon, daß der Staat besonders viel wirtschaftet. Er hat nämlich einmal geschrieben, als er die verschiedenen Betriebe besuchte: „Ein Heer Beamter, die viel kosten und viel schreiben, war ganz überflüssig. Ein Staat als Fabrikant. Höchstens einige Luxusartikel, wie Spiegel, Porzellan, Gobelins, aber im übrigen geht es nicht. Die Regie frißt alles auf. Hier ist keine Hilfe, als der Verkauf des ganzen Körpers stückweise an Private.“ Das erscheint mir so als Ansatzpunkt zu dem, was sich im Augenblick in der öffentlichen Debatte jetzt abspielt, auch im obersteirischen Bereich. Ich weiß nicht, ob man viel von jenen Geldern, die wir in der Zwischenzeit, als man wieder einmal in den obersteirischen Raum hineingesteckt hat, nicht möglicherweise viel besser hätte investieren können, indem man seinerzeit wirkliche Schritte hätte machen sollen, aber jetzt sind wir wieder einmal so weit, und ich verstehe schon, daß es einen furchtbaren Druck gibt auch unter jenen, die Ökonomen sind, aber in der Zwischenzeit politisch tätig werden mußten und daher vielleicht eine ganz andere Sicht bekommen haben in der Zwischenzeit als zu einem Zeitpunkt, als sie nur ökonomisch tätig waren. Ich verstehe das, weil man unter ganz anderen Sachzwängen steht in diesem Zusammenhang, als nur in der reinen Ökonomie. Ein reiner Sachzwang ist es wohl auch, und damit will ich schon schließen, wenn der Kollege Purr in seiner Einbegleitungsrede sehr vehement dieses Chrysler-Werk verteidigt hat, das sehr viele Arbeitsplätze im Grazer Raum in den nächsten Jahren bringen wird, und wenn gleichzeitig der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sich auf jene Studie beruft, die davon berichtet hat, daß das Grenzland im Gegensatz zu anderen Randbereichen nicht ausgedünnt ist, weil die Studie ganz genau sagt, der Arbeitskräftesog von Graz zwangsläufig nicht so dramatisch sein konnte, wie andere stärker expandie-

rende zentrale Zonen, wie etwa der Wiener Raum, der mit dem Opel-Werk sehr angezogen hat. Ich frage mich in dem Zusammenhang, und ich erspare Ihnen alle anderen Seiten, die in der Studie auch noch drinnen stehen, ob wir, wenn wir nicht scharfe Anstrengungen im Grenzland vornehmen, nicht gerade mit dieser hohen Investition im Chrysler-Werk in Graz genau jene Ausdünnung des Grenzlandes in Gang setzen werden, die bislang, Gott sei Dank, deshalb unterblieben ist, weil der Sog des Zentralraumes Graz nicht der Fall war. Aus diesem Grunde sollte man nachdenken, ob das nicht eine sehr widersprüchliche Entscheidung war. Wie auch immer, Sie haben sie gefaßt. Die Situation wird sich in diese Richtung entwickeln. Ich hoffe, daß Sie ausreichend Maßnahmen im Grenzland machen werden, damit diese Ausdünnung nicht stattfinden wird. (20.21 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (20.21 Uhr): Der Herr Landeshauptmannstellvertreter wollte sich vor mir melden, aber ich nehme gerne zuerst das Schlußwort in Gebrauch, weil ich gerne von Ihnen eine Antwort hätte auf das, was ich zu sagen habe. Also ist es sicher die richtige Reihenfolge. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Vielleicht sollten wir doch tauschen!“) Nein.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hoher Landtag! Es hat jetzt eine relativ kurze, aber nach diesen drei Tagen doch sehr zum Nachdenken anregende Wirtschaftsdebatte stattgefunden, eine Wirtschaftsdebatte, die natürlich ganz im Zeichen der Entwicklung in der Obersteiermark steht. Ich sage bewußt nicht nur in der Obersteiermark, weil wenn wir wissen, daß sich Veränderungen ergeben, wirken sie sich ja immer auf das ganze Land aus. Ich werde versuchen, ganz kurz Stellung zu nehmen. Ich beginne bei der Kollegin Mayer, die von den Förderungsrichtlinien für Frauen gesprochen hat. Ich möchte dazu sagen, daß ich gleich auch miteinpacken kann die Wortmeldung des Herrn Kollegen Hammer und der Emmy Göber bezüglich der besonderen Regionen, die unsere ganze Hilfe brauchen, und darf Ihnen versichern, daß wir bei den neuen Fondsrichtlinien die Region Eisenerz-Radmer-Hieflau und die Region oberes Feistritztal ganz besonders beachten werden und in diesen Förderungsrichtlinien selbstverständlich auch die Arbeitsplatzbeschaffung für Frauen einen hohen Stellenwert hat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Der Kollege Rainer hat das Wort von der neuen Wirtschaftsförderung angesprochen, und gestatten Sie mir, daß ich nur ganz kurz dazu sage, es ist eine andere Form der Entwicklung und der Zusammensetzung, aber vor allem der Darstellung vom Einreichen bis zur Möglichkeit der Auszahlung. Aber eines möchte ich hier an dieser Stelle sehr, sehr deutlich sagen. Auch die bisherige Wirtschaftsförderung, und vor allem jene Menschen, die dort ihre Arbeit leisten und auch in Zukunft in dieser neuen Form dabei sind und gebraucht werden, haben wirklich gute Arbeit geleistet, und es hat mir in dieser Woche unser Wirtschaftsreferent ausgerechnet und gesagt, im Jahre 1989 waren von den Gesamtmitteln nur 4 Prozent für Sanie-

rungsfälle notwendig. Das ist eine positive Form der Wirtschaftsförderung, und ich möchte dem Wirtschaftskoordinator Hofrat Feil und seinem Team ganz besonders dafür danken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenraten und all das, was damit zusammenhängt beim Kollegen Rainer, das wäre eine eigene Debatte. Es haben einige Kollegen zurückgezogen, ich spare sie mir auf. Ich möchte in dem Fall jemanden zitieren, der unverdächtig ist, nämlich den Leiter des Landesarbeitsamtes, der auch sagt, daß die Zahl der Arbeitslosen ständig in Bewegung ist und daß seit September 1990 in der Steiermark beispielsweise 11.000 Ausländer einen Arbeitsplatz gefunden haben. Man muß das Gesamte sehen. Es wäre eine eigene Debatte. Aggressive Betriebsansiedlung, Herr Kollege Hammer: aggressiv dann, wenn es notwendig ist. Auch das Eisenerzer Problem wurde etwas aggressiv gelöst. Die zwei Betriebe sind dort, und ich bin sicher, daß es gut geht. Unsere Aufgabe ist es, mit Vertrauen und mit Menschen, und beides kann nur uns allen dienen, und vor allem auch der steirischen Wirtschaft, die positive Zusammenarbeit auch nach außen hin zu signalisieren, denn wir haben große Aufgaben zu bewältigen. Und dies wurde auch jetzt in diesen letzten Wortmeldungen sehr deutlich angesprochen. Es sind strukturelle Erneuerungsbedürfnisse, vor allem in der Industrieregion rund um Leoben bis Eisenerz – das ist bekannt –, und es gibt vielfache Anforderungen unseres Landeshauptmannes an die Verantwortlichen der Verstaatlichten nach der Vorlage eines Konzeptes. Und ich denke an die Debatte, die wir heuer im Juni hier in diesem Saal geführt haben, wo wir auch die Vorlage des Konzeptes für Donawitz gefordert haben und so Sie uns dabei unterstützt haben. Es ist nicht gekommen. Es war absehbar, daß sie irgendwann im Spätherbst, das heißt mindestens dann erst, wenn die Nationalratswahl vorbei ist, vorgelegt wird.

Ich darf aber auch gleichzeitig dazusagen: Mir fällt schon dieser 28. Mai ein, wo wir zu acht in einem Raum in Wien gesessen sind und zum Beispiel über Forschung und Entwicklung in Leoben geredet haben und über die Zukunft dort und wo man kennenlernen konnte, was sich Manager einer verstaatlichten Industrie denken, und daß es halt einfach heißt: „Das geht nicht, das machen wir nicht, das wird nicht so sein.“ Und wenn ich dann auf der anderen Seite lese, daß ein neues Center in Salzburg oder in Linz von seiten der Verstaatlichten entstehen soll, dann ist mir das unverständlich. Ich finde es nur richtig, daß wir davon reden, daß wir zusammenarbeiten sollen, weil man kann nicht in einer Region etwas abziehen, ausradieren und ganz in einem anderen Bundesland es wieder aufbauen.

Ich möchte überhaupt zu Leoben sagen – und der Herr Kollege Ussar hat das so deutlich ausgesprochen –: eine alte Industrieregion, aber es gibt auch Initiativen. Ich komme zur Presseaussendung des Herrn Landeshauptmannstellvertreeters noch zurück, aber ich darf Ihnen auch versichern, es gibt eine große Gruppe Privatinitiative, wo sich alle anschließen sollen, wo wir miteinander arbeiten sollen, die sich einfach auf die Fahnen geschrieben hat: „Leoben lebt“, und wir haben dafür zu sorgen, daß in dieser Region nicht der Kopf hingengelassen wird. Denn es sind ja auch viele Dinge schon geschehen, und wenn ich's schon so mit

dem Kollegen Hammer halten kann, daß man nicht nur über die Fehler der Vergangenheit redet, dann reden wir wenigstens über das Gute der Vergangenheit, oder denken wir an den 7. März, wo wir heuer Niklasdorf eröffnen konnten – Land Steiermark, Handelskammer; gemeinsam ein großer Tag, ein wichtiger Tag, vor allem für die Bildung in dieser Region und für die Möglichkeit und die Ausstrahlung.

Die Vorlage des Konzeptes, die Weiterentwicklung, die Gespräche – Sie kennen sie. Und der Kollege Ussar hat es so deutlich angesprochen, was auf uns wartet: Ich möchte es so umschreiben, daß man manchmal das Gefühl hat, daß es für Donawitz, aber auch für den Erzberg sogenannte Gnadenfristen gibt. Dem müssen wir alle miteinander entgegenwirken. Wir können nicht von Erhaltungsparolen reden, nämlich erhalten, sondern unsere Aufgabe ist es, daß wir die Kräfte einsetzen, um Gestaltungsparolen zu haben, nämlich etwas daraus zu machen und Forderungen aufzustellen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Und bitte sind Sie nicht böse, wenn ich das hier offen ausspreche – ich habe das in kleineren Kreisen schon oft gesagt –: Eine Stärke, die wir in dieser Region brauchen, ist die Zusammenarbeit – von uns allen und von allen, die dort Verantwortung tragen. Es hilft nichts, wenn in einem Parteilokal oder in einem anderen Konzepte daliegen, wenn wir sie nicht übereinanderlegen und gemeinsam vertreten. Dann kommen wir dort nicht weiter! Diese Ansicht hat natürlich – und das war auch eine der Voraussetzungen für alle Forderungen, die Landeshauptmann Krainer aufgestellt hat, als er immer vom Staatsvertrag und vom Obersteiermarkkonzept gesprochen hat und dies auch in der letzten Rundfunksendung so deutlich angesprochen hat. Ich freue mich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß Sie heute mit dieser Presseaussendung auch Ihre starke Bereitschaft zu dieser Zusammenarbeit bekunden, weil ich überzeugt bin, daß es gemeinsam gehen wird. Wie haben Sie gesagt: „Krainer – Schachner“, ja, bitte, gemeinsam. In der Steiermark müssen wir zusammenhalten, wenn wir spüren, daß andere vergessen, in welcher wirtschaftlichen Situation sich dieses Land in den letzten Jahrzehnten befunden hat, welche Arbeitsleistung erbracht werden mußte. Ich denke an eine Diskussion in der vorigen Woche, wo der Kärntner Landeshauptmann locker gesagt hat: „Na ja, wir haben ja nur den einen großen Wirtschaftsraum Italien; wir brauchen den offenen Transit.“ Ich habe mir dann gedacht: „Welchen Wirtschaftsraum haben denn wir als Nachbarn?“ Nichts haben wir als starken Wirtschaftsraum. Das heißt, unsere Unternehmer müssen sich bemühen, daß sie in den Export, daß sie hinaus kommen, das heißt, die Infrastruktur schaffen. Und so müssen wir eben zusammenarbeiten, und gemeinsam wird es gelingen. Ich ersuche um diese Zusammenarbeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich möchte auch noch zum Grenzland etwas sagen, weil es doch irgendwann in der Presse landen wird und ich es klargestellt haben möchte: Wenn Sie in Studien lesen, daß das Grenzland als ein benachteiligtes Gebiet ausgeschrieben wird, dann bitte als „benachteiligtes Gebiet im Sinne der EG“. Und jetzt sage ich ganz ehrlich und hoffe, daß Sie mit mir einer Meinung sind: Sagen wir den Menschen draußen, wenn wir ein be-

nachteiligtes Gebiet der EG sind, dann haben wir andere Möglichkeiten beim Beitritt, dann haben wir andere Anforderungen zu bringen, und dann sind auch für uns andere Türen offen. Ich war heuer mit dem Herrn Professor Rack gemeinsam in Brüssel, und es hat uns dort ein Vorsitzender so einer Kommission sehr deutlich gesagt: „Wo ist eigentlich“ – Sie kennen die Diskussion, die es wegen der Firma Chrysler und der Förderung gegeben hat – „der Schwerpunkt, den die EG setzen möchte?“ Ja, es ist im Bildungsbereich und in der Qualifikation. Und da ist gerade in diesem steirischen Grenzland sehr viel an Vorarbeit geschehen. Dieser Kranz der Berufsschulen, das Gewerbe-BORG, die Entwicklung in Fürstfeld im Elektronikbereich oder auch die Colleges und so weiter – alles wäre aufzuzählen –, die Hotelfachschule. Das heißt, die Voraussetzungen sind da, wir müssen sie nützen.

Ich denke auch an das Konzept – und das gerade auch in diesen Tagen –, das Dr. Tichy geschrieben hat. Jetzt hat er die Grenzlandstudie festgeschrieben. Es dauert oft einige Jahre, bis sie zum Tragen kommt. Ähnlich war es auch mit dem Obersteiermarkkonzept. Aber wir müssen auch wissen, daß es doch bei dem WIFO-Konjunkturgespräch schon in leisen Andeutungen spürbar war und inzwischen viel deutlicher geworden ist, daß die Stahlkonjunktur deutlich einbricht, daß wir eben diese Donawitz-Zerteilung vorgestern von Sekyra und Bogdandy auf den Tisch bekommen haben, daß wir um die Probleme der Pengg-Ges. m. b. H. wissen und so weiter. Und in dem Zusammenhang eine Bitte, Herr Landeshauptmannstellvertreter: Wir haben in der Obersteiermark – und ich sag's Ihnen dann, weil man niemandem etwas antun soll, wenn es nicht notwendig ist, wer es ist – ein großes Werk, das erweitern möchte. Und jetzt ist es eigentlich der Bürgermeister, der sich dagegen wehrt. Das kann doch nicht gescheit sein, wenn wir endlich Arbeitsplätze bekommen – aber, ich sage es Ihnen dann direkt.

Und dann möchte ich Ihnen noch berichten, weil's auch zur Betriebsansiedelung und -erweiterung gehört und ich den Herrn Dr. Schar dort rückwärts sitzen sehe: Heute ist im „Standard“ ein Artikel „Industrie-arbeitsplätze – nein, danke“ über die Heidelberger Druckmaschinen-AG. Ich habe heute die Liste bekommen, was an Vorarbeiten gemacht wurde, an Kontakten geknüpft wurde, und es ist mir sehr deutlich aufgeschrieben – ich brauch's Ihnen nicht vorlesen –, wie man sich aus der Sicht der Steiermark bemüht hat – und, Herr Dr. Schar, ich bedanke mich bei Ihnen und bei allen, die im Team mitarbeiten, sehr dafür –, diesen Heidelberger Druckmaschinenbetrieb hierher zu bekommen. Aber woran ist es gescheitert? Noch nicht ausgebaute Pyhrnautobahn, große Entfernung vom Stammwerk und, obwohl vom Arbeitsamt anders gemeldet, vorsichtig, daß wir nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte haben. Die Bemühungen sind groß; man ist oft monate- und jahrelang unterwegs – es gelingt nicht immer! Trotzdem bin ich überzeugt, daß wir auch wieder einen Unternehmer in einer Größenordnung hierher bekommen, der in dieser Region einiges auffangen kann.

Wir brauchen klare Maßnahmen, und die wollen wir auch in Zukunft setzen.

Und nachdem das Wort „Sankt Peter-Freienstein“ heute so im Raum steht, möchte ich dazu nur ganz kurz

etwas sagen: All das, was für diesen Industrie- und Gewerbepark vorbereitet werden mußte, ist geschehen. Der Kanalanschluß ist durchgeführt, Strom- und Gasanschlüsse sind vorbereitet, und wenn sich jemand ansiedeln möchte, kann das sofort passieren. Das einzige, was noch fehlt – und das war als zweite Etappe vorgesehen –, ist der Eisenbahnanschluß. Wenn ein Betrieb kommt, der diesen braucht, kann das im Laufe der Zeit, wo der Betrieb errichtet werden muß, sicher auch geschaffen werden. Das Profil und die Anforderung an Betriebe, die dorthin kommen sollen, sind vorgeschrieben, und ich darf Ihnen von seiten der IPV versichern, daß sich im Jänner der erste melden wird und daß sich zwei weitere Betriebe bis März dort ansiedeln wollen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Und so merken wir, daß wir viel zu tun haben. Ich denke jetzt auch ein bißchen an die Budgetrede meines Kollegen Landesrat Dr. Klauser, bei dem ich mich für die Zusammenarbeit bedanke. Wo wir aber gesagt haben, Privatisierung, sie ist im Budget so vorgesehen, daß auch Einnahmen auf der Seite der Privatisierung stehen, ist ein Paket, an dem schon gearbeitet wird und wo ich überzeugt bin, daß dies auch im nächsten Jahr wenigstens in dem von uns jetzt vorgegebenen Teil umgesetzt werden kann. Das ist der Teil, den ich zur Wirtschaftsdebatte heute sagen möchte. Ich bin überzeugt, wenn wir in Gemeinschaft weiterarbeiten, werden wir erfolgreich sein.

Jetzt möchte ich mich aber bei der Presse entschuldigen. Entschuldigen aus einem ganz anderen Grund, nachdem ich sie gebeten habe zu warten auf das, was ich heute am Schluß sage, und manche es wegen des Annahmeschlusses sehr gerne gewußt hätten. Aber ich wollte es nicht jemandem von der Presse zuerst sagen, weil meine ersten Partner sind hier, der Hohe Landtag mit seiner Regierung. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Grillitsch: „Rader, hast du gehört?“) Es gibt Menschen, über die man manchmal spricht, die man oft auch gar nicht kennt, aber man redet darüber, aber auch diese Menschen haben eine Würde. Einer, der, um sein Gesicht und um sein Menschsein zu bewahren und eigentlich auch einer ganzen Region einen unendlichen Streit ersparen möchte, einer davon hat mir in diesen Tagen sein Kündigungsschreiben überreicht. Das bedeutet, wenn er selber kündigt, der Herr Dipl.-Ing. Karl Krobath, daß er keine Abfertigung, keine Pension beansprucht. Aber eines möchte ich dazu sagen. Er hat Körner gesät, die vielleicht erst in einiger Zeit Blüten oder Früchte tragen. Ich werde dann auch noch daran denken, wer das Korn gesetzt hat. Er hat auch Arbeit geleistet, das wissen nur jene, die mit ihm gearbeitet haben. Ich danke auf alle Fälle dafür. Die Kündigung ist angenommen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ, VGÖ/AL.)

Zum Abschluß möchte ich allen danken, allen, die in diesem Jahr für die steirische Wirtschaft und in der steirischen Wirtschaft gearbeitet haben, allen, die für die Menschen in diesem Land tätig waren und es auch in Zukunft sein werden. Ich bedanke mich hier beim Landtag, bei der Regierung, ich bedanke mich bei unserem Landeshauptmann. Ich bedanke mich vor allem bei jenen Herren, die mich tatkräftig unterstützen, ob es jetzt in der Abteilung, beginnend beim Hofrat Feil, bis zu meinem Büro ist. Ich kann mich einfach auf alle verlassen. Das ist das Wichtigste.

Momentan glaube ich aber, daß wir uns auch aufeinander verlassen können müssen, wenn wir erfolgreich sein wollen, und das wollen wir für die ganze Steiermark. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 20.38 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek.

Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek (20.38 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Landesrat, ich möchte zum von Ihnen Letztgesagten klarstellen, daß es im menschlichen Leben oft Situationen geben kann, daß jemand versucht, sein Bestes zu geben, daß es ihm aber nicht gelingt, daß ihm zu vieles mißlingt und daß es dann eigentlich die Selbstverständlichkeit ist, daß man Konsequenzen zieht. Ich meine, daß das ein guter Schritt ist, daß das ein Schritt des Anstandes ist, aber auch eine Selbstverständlichkeit. Ich sehe es wirklich so, daß die Erfolglosigkeit dem Grunde nach, und so sollten wir uns alle verhalten, ich hoffe, ich werde das immer so halten, daß die Erfolglosigkeit einfach zu solchen Schritten zwingt, bedeutet aber natürlich die Anerkennung, daß es sein kann, daß Früchte später aufgehen. In dem Sinne, was Sie gemeint haben, sind wir über jede Frucht froh, die gedeiht und aus der etwas entsteht. Frau Landesrat, ich möchte nur der Klarheit halber feststellen, ich wollte Ihnen wirklich das Schlußwort überlassen, das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, ich wollte hier nicht das letzte Wort haben. (Abg. Grillitsch: „Jetzt haben wir noch nichts Neues gehört!“) Ich weiß nicht, ob das nichts Neues war, was ich dem Grunde nach gesagt habe, wie man sich verhält, wenn Erfolge ausbleiben. Ich glaube schon, daß das ein Bekenntnis ist. Sie können mich auch daran erinnern eines Tages. Es ist ein grundlegendes Bekenntnis vor dem Hohen Haus. Aber es macht nichts, wenn Sie es nicht verstanden haben.

Frau Landesrat, ich glaube, die neue Wirtschaftsförderung, der wir entgegengehen, ist unzweifelhaft in erster Linie Ihr Verdienst, aber es ist schon ein gemeinsames auch mit meinem Eintritt in die Politik. Es ist dadurch erleichtert und ermöglicht worden. Sie wissen, daß das vom ersten Tag eine Forderung damit meiner Partei geworden ist, diese Schritte zu setzen. Daß es so rasch und gemeinsam realisiert werden konnte, hängt sicherlich damit zusammen.

Erlauben Sie mir ein paar Anmerkungen zur Obersteiermark. Wir haben das Problem im Verhältnis zum Raum Linz, daß wir von vornherein eigentlich seit dem Krieg und schon davor auf einer Schiene gefahren sind, die die Langproduktebene ist, wie das ein Kollege des Landtages heute schon beschrieben hat. Das ist von vornherein ein Nachteil, weil diese Produktlinie einfach nicht so viel an Verdiensten zuläßt, wie die Flachproduktebene etwa in Linz. Trotzdem glaube ich daran, daß man auch in der Langproduktserie Qualitäten entwickeln kann, mit denen man auf internationalen Märkten bestehen kann und auch bestehen wird. Die Schiene ist ein Zeichen dafür, aber es gibt eine Fülle von weiteren Marktsegmenten auch auf dieser Produktionslinie, die Fortschrittmöglichkeiten bieten

und Marktchancen eröffnen. Ich möchte im weiteren sagen, daß wir es uns zu lange in der Steiermark gefallen haben lassen, daß diese gesamte Langproduktpalette immer aufgeteilt wurde auf die Einzelbetriebe und die dortigen Erfolge im einzelnen gemessen wurden und dadurch Donawitz immer zum Stiefkind und zum Negativherzeigobjekt in der verstaatlichten Industrie geworden ist. Das waren früher auch Probleme der internen Verrechnung, das wissen wir alle, und die Auseinanderteilung, würde man sie auf der Flachproduktseite machen, würde zeigen, daß auch in Linz die Gewinne erst zu einem relativ späten Veredelungsgrad und Zeitpunkt eintreten. Ich glaube also, daß man dieses Auseinanderdividieren relativ sehr bewußt immer betrieben hat, schon in der alten VOEST, und daß das weiter gemacht wird. Ich verahre mich also dagegen, einen einzelnen Standort ununterbrochen herauszunehmen und auch heraus-schießen zu lassen. Denn es ist einfach eine Verbindung vom Erzberg über Donawitz nach Bruck zur Draht, nach Kindberg und auch in andere Bereiche, wenngleich in geringerer Größe. Jetzt sage ich noch etwas. Ich kenne noch die Zeiten, als man gesagt hat, man wird sich die Flüssigphase ersparen können, weil wir vom Osten günstig diese Vormaterialien für Kindberg, Bruck und so weiter werden beziehen können. Es hat sich herausgestellt, daß das natürlich nicht der Fall ist. Erstens sind die Qualitäten nicht vorhanden, aber was das viel Entscheidendere ist: In die Qualitäten können sie vielleicht kommen, aber logistisch sind die ja nicht in der Lage, das ordnungsgemäß abzuwickeln. Und das wird länger dauern als die reine Produktions-ebene. Ich meine, die Flüssigphase in Donawitz ist ja überhaupt außer Streit zu stellen, wenn man Kindberg weiter betreiben will und muß – und Kindberg läuft ja gut – und wenn man Bruck weiter betreiben will und wenn man in anderen Bereichen, wie Judenburg und so weiter, zuliefert.

Meine Damen und Herren, das Konzept, das daher im wahrsten Sinne des Wortes „aufgetaucht“ ist und das bitte nicht eine Dreiteilung, sondern eine Vierteilung vorgesehen hat, hat mich veranlaßt – und jetzt komme ich schon zu einer Berichtigung, die notwendig ist –, nicht zu sagen: „Kommt nicht in Frage, findet alles nicht statt“, sondern ich habe zum ersten Mal in der Politik, glaube ich, einen Weg versucht, an dem man schwerer vorbeikommt. Ich habe gesagt, ich habe ein Aufklärungsbedürfnis in bezug auf die betriebswirtschaftlichen Überlegungen, die dieses Management wieder einmal angestellt hat. Und ich sage Ihnen, ich glaube, daß es zu erheblichen Teilen keine betriebswirtschaftlichen Überlegungen sind, sondern Zerschlagungsmethoden sind. Weil man zum Beispiel mit der Drahtseite in Schwierigkeiten ist, löst man diesen Teil mit drei anderen heraus, sucht dann einen Partner, und entweder man findet einen und kriegt 's los, oder man findet keinen und sperrt das ganze zu. Und wenn das der Grund ist, bitte, dann soll man uns das sagen, aber nicht behaupten, daß das ein betriebswirtschaftlich ausgefeiltes und durchdachtes Modell ist. Und ich sehe, daß der Aufsichtsrat das offensichtlich gleich gesehen hat, und das freut mich, und es ist zumindest einmal zurückgestellt. Ich sage aber noch einmal: Ich bin der letzte, der meint, wir können es uns in irgendeinem wirtschaftlichen Bereich auf Dauer leisten, nicht höchste Qualität zu erzeugen, nicht aus-

zurationalisieren und nicht letztendlich Gewinne zu machen. Das ist gar keine Frage für mich. Nur so und über diesen Weg zu zerschlagen, ohne Rücksicht auf die Motivation der Belegschaft, die ja einfach schon gestört sein muß, meine Damen und Herren, ohne Rücksicht auch auf Alternativen, bitte – wo sind die Vorschläge in die anderen Qualitäten? Ich frage mich, ob das nicht die eigentliche Aufgabe der Manager ist. Das Zusperrren bringen wir ja bald zusammen, nicht? Die Aufgabe wäre ja wohl, zu sagen: „Okay, in dem und dem Bereich gibt 's Schwierigkeiten, aber hier haben wir die neuen Vorschläge, und hier gibt es die neuen Marktsegmente und -nischen, in die wir auch mit Qualitätsprodukten des Langsektors hineingehen können.“

Das ist das, was mich wirklich stört. Verehrte Frau Landesrat, Sie haben es angeschnitten: Auch in der Privatwirtschaft gibt es dieses Problem. Und ich sage jetzt etwas wirklich wohlmeinend: Es muß sich in bestimmten Kategorien der Wirtschaft – und dazu gehört scheinbar die Stahlindustrie – auch vom Management her etwas abgespielt haben, was ein bißchen schwer verständlich ist, was aber dort offensichtlich lange Zeit Urstände gefeiert hat, nämlich offensichtlich zum Teil bis heute. Es gibt auch Privatunternehmungen, die in Wirklichkeit seit längerer Zeit am Markt vorbeiproduzieren, die auch ihre Kostenstruktur nicht im Griff haben und mit denen wir jetzt in der letzten Konsequenz die gleichen Probleme haben, wie wir sie immer wieder mit der Verstaatlichten gehabt haben. Ich bekenne mich also dazu – im Sinne unserer Gemeinsamkeit –, daß wir alle diese Bereiche gleich beurteilen, gleich behandeln und im Sinne unserer obersteirischen Arbeitnehmer gemeinsam als Land helfen. Und da wir wissen, daß wir als Land überfordert sind, brauchen wir auch in diesem Punkt, wie in vielen anderen, die Zusammenarbeit mit dem Bund.

In diesem Sinne, Frau Landesrat, bin ich ein jederzeit Verbündeter wie auch in allen anderen Wirtschaftsfragen, und ich glaube, nur so – und auch in dieser sachlichen Form der Darstellung und der Auseinandersetzung – können wir letztlich für die Bevölkerung in der Obersteiermark etwas tun und für die Arbeitnehmer etwas tun. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL. – 20.50 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Kanduth (20.50 Uhr): Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Annahme des Kapitels 7.

Präsident Dr. Kalnoky: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8, Dienstleistungen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz (20.51 Uhr): Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 8 umfaßt Dienstleistungen, im einzelnen Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, wirtschaftliche Unternehmungen. Einnahmen insgesamt 86,629.000 Schilling, Ausgaben 176,263.000 Schilling.

Ich ersuche um Annahme. (20.51 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung und bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 8 zustimmen.

Die Gruppe 8 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Gruppe 9: Finanzwirtschaft.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Ofner (20.52 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Die Gruppe 9 beinhaltet gesonderte Verwaltung, Kapitalvermögen, Darlehen (Glockenzeichen des Präsidenten), Rücklagen, Wertpapiere, Beteiligungen, öffentliche Abgaben, Ertragsanteile, Umlagen, Finanzzuweisungen, Zuschüsse, nicht aufteilbare Schulden, Haftungen, Haushaltsausgleich.

Die Gruppe 9 hat Einnahmen in der Höhe von 14.731,372.000 Schilling, Ausgaben von 4.260,568.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme. (20.53 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Klauser.

Landesrat Dr. Klauser (20.53 Uhr): Hohes Haus!

Ich bitte um Entschuldigung, daß es doch nicht ganz so schnell geht. Ein paar Bemerkungen möchte ich auch zur Gruppe 9 machen, insbesondere zu einigen Aussagen, die im Laufe dieser drei Tage gefallen sind.

Es hätte mich ja gewundert, wenn nicht doch eine Art Vaterschaftsstreit über die exorbitante Neuverschuldung versucht worden wäre. Ich wiederhole daher: Schon im Frühsommer habe ich unmißverständlich vor einer drohenden Überschreitung der von den Regierungsparteien für diese Legislaturperiode vereinbarten Neuverschuldungsgrenze gewarnt. Auf die Personalkostenlawine in den Spitälern habe ich schon bei der gleichen Gelegenheit vor einem Jahr aufmerksam gemacht! Trotzdem sind bei den Schlußverhandlungen zum Landeshaushalt 1991 über 300 Millionen Schilling dazugekommen. Gegenüber einer absoluten Mehrheit ist das bekanntlich nicht zu verhindern.

In sachlicher Hinsicht kritisiere ich die dafür vorgesehenen Vorhaben auch heute nicht. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Demagogie!“) Ja, lieber Herr Professor, Sie sind der Richtige, der uns Demagogie lehren muß. Da haben Sie vollkommen recht. (Beifall bei der SPÖ.)

– Abg. Erhart: „Weil er von Demagogie etwas versteht!“ Ich wiederhole: Begrenzte Mittel müssen auch die Möglichkeiten begrenzen. Eine solide Zeitplanung für den Einsatz dieser Mittel hätte unserer Haushaltsentwicklung sehr gut getan. (Abg. Dr. Maitz: „Was möchten Sie streichen?“)

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba kündigte zum budgetierten Personalaufwand schon jetzt einen Mehrbedarf an, weil dabei ein Prozent eingespart wurde. (Glockenzeichen des Präsidenten – Präsident Meyer: „Am Wort ist der Herr Landesrat Dr. Klauser!“) Das überrascht mich, weil ich vom Kollegen Dipl.-Ing. Schaller im Zuge der Erstellung des Voranschlagsentwurfes am 31. Juli 1990 einen Brief folgenden Inhaltes erhalten habe – ich zitiere –: „Im Bereich des Umweltschutzes darf ich dich auf das Ergebnis der Volksbefragung hinweisen, wonach durch Einsparung beim Personalaufwand für Landesumweltschutzmaßnahmen zusätzliche Landesmittel bereitgestellt werden sollen. Ich hoffe, daß das nicht zur Farce wird.“

Ihren Vorwurf, Herr Kollege Dipl.-Ing. Hasiba, unsere Ausgliederungs- und Privatisierungsvorschläge zielen nur auf ÖVP-Ressorts, kann ich nicht gelten lassen. Erstens scheint die Ausgliederung der Landesbeteiligungen in die Landesholding und der Spitäler in die Krankenanstaltengesellschaft im Jahr 1985/86 schon vergessen zu sein. Da sind wir vorangegangen. Ich teile allerdings Ihre Skepsis gegenüber Einsparungen bei den Krankenanstalten. Viele der damaligen Hoffnungen und Wünsche blieben unerfüllt, zumal Prof. Möse Menschlichkeit verspricht, die immer mehr mit Geld verbunden ist.

Zum Zweiten möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß in meinem Bereich inzwischen beispielsweise ein großer Teil der Gebäudereinigung nach außen vergeben wurde. Bekanntlich sind auch meine Anträge, die bei der Liegenschaftsabteilung ressortierende Tischlerei und Gärtnerei zu privatisieren, von der Regierungsmehrheit abgelehnt worden. Auch ein Verkauf erfolgreicher Landesbeteiligungen, wie Planai und Loipersdorf, stieß – entgegen den plakatierten Forderungen des ÖVP-Bundesparteiobermannes – bei seiner steirischen Organisation bislang auf eine Mauer des Schweigens.

Wenn ich an das Wortspiel über die Elternschaft der neu zu ordnenden Wirtschaftsförderung zwischen Frau Landesrätin Klasnic und mir vom Ende der vorjährigen Budgetdebatte denke, kann ich nur sagen: Wir sind vom Geburtstermin nicht mehr weit entfernt. Als besorgter Vater kann ich nur wünschen, daß die Wehen nicht zu arg werden.

Beinahe ähnliche Gefühle verbinde ich mit der Gruppe 3, von der Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth im Zusammenhang mit jährlich wiederkehrenden Nachbedeckungswünschen anmerkte, das Kulturbudget umfasse nur 1,7 Prozent des Landeshaushaltes. Tatsächlich machen die 704 Millionen Schilling seiner Budgetgruppe immerhin 2,26 Prozent aus. Verzeihen Sie, wenn mir dazu ein Wort von Vater Kreisky an seinen Sohn einfiel: „Mach dich nicht so klein, so groß bist du auch wieder nicht!“ Genau umgekehrt sehe ich freilich seinen Ausdruck „Mini-Überziehungen“. In diesem Jahr sind es bei der Gruppe 3 bereits über 15 Millionen Schilling. Sie rangieren hinter dem doch mit anderen Kriterien zu messenden und ungleich dramatischer entstandenen zusätzlichen Aufwand für Spitäler, Sozialhilfe und Wirtschaftsförderung.

Kollege Kröll hat mir mit einer typischen Bemerkung vorgeworfen, an der Verzögerung von Auszahlungen für die Galsterbergbahn schuld zu sein, obwohl er

genau weiß, daß es an der Verhinderung der Bestellung des zweiten Holding-Geschäftsführers liegt. (Abg. Kröll: „Die Sparkasse hat von Ihnen den Auftrag, nicht auszahlen zu dürfen!“) Weil, Herr Kollege Kröll, in den Satzungen feststeht, daß beide Geschäftsführer zeichnen müssen. Ich habe keinen Anlaß, von dieser Vereinbarung abzugehen, Herr Kollege. Sie wollen satzungswidrige Freigaben erreichen. Es ist immer das gleiche. (Abg. Kröll: „Sehr schwach!“) Sehr schwach ist die mangelnde Bestellung, Kollege Kröll. (Abg. Kröll: „So schauen Sie aus!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.) Es freut mich ja, daß Ihnen das weh tut. (Beifall bei der SPÖ.)

Daß die Krankenanstalten weiterhin unsere besondere Obacht verlangen, ist inzwischen allgemein bekannt. Heute mußte ich in Wien erfahren, daß der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, also der KRAZAF, nicht verlängert wurde. Warum der momentane Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz Purtscher vor knapp zwei Wochen das Gegenteil behauptete, weiß ich nicht. Wir haben jedenfalls mit ganz enormen zusätzlichen Belastungen aus diesem Umstand zu rechnen, falls es nicht doch noch zu einer Einigung kommt.

Ich ersuche also den Landtag, bei der Bewältigung dieser im einzelnen sicher noch nicht abzuschätzenden Folgen um die notwendige Unterstützung. Ohne Beitragserhöhung, und zwar zum 1. Jänner 1991, und ohne bindende Festlegung einer Pflegeversicherung wird es nicht gehen. Ich hoffe, daß uns das möglich sein wird. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 21.00 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 zustimmen.

Die Gruppe 9 ist mit Mehrheit angenommen.

Außerordentlicher Haushalt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer (21.00 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der außerordentliche Haushalt sieht Einnahmen in der Höhe von 100 Millionen Schilling vor. Ausgaben in der Höhe von 1.385,726.000 Schilling. Gebarungsabgang sohin im außerordentlichen Haushalt 1.285,726.000 Schilling.

Ich bitte um Annahme des außerordentlichen Haushaltes. (21.00 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wenn Sie diesem die Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Außerordentliche Haushalt ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den 16 Beschlüssen des Landesvoranschlages 1991, die im Mündlichen Bericht Nr. 63 zusammengefaßt sind. Da nicht alle Parteien im Finanz-Ausschuß vertreten sind, werde ich über jeden einzelnen Beschlußantrag gesondert abstimmen lassen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter um Verlesung der Beschlüsse und werde nach jedem Beschlußantrag abstimmen lassen.

Herr Abgeordneter Karl Rainer, ich ersuche um den Bericht.

Abg. Rainer (21.01 Uhr): Frau Präsident, ich beginne mit der Gruppe 0.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, regionale Entwicklungsprogramme zu erlassen. Dieser Antrag ist entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen zur Gruppe 1. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Personalstand der Gendarmerie, Zollwache und Polizei entsprechend zu erhalten und die Einrichtungen aufrechtzubehalten. Der Antrag ist entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Ich bin noch bei der Gruppe 1. Resolutionsantrag über die technische Überprüfung von Geräten der Einsatzorganisationen. Dieser Antrag ist entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 2, erster Antrag: Ein Universitätssonderprogramm, das vom Bund gefördert wird. Auch dieser Antrag ist entsprechend unterstützt.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen zur Gruppe 4. Dieser Resolutionsantrag fordert die Verbesserung bei den Wohnbeihilfen. Auch diese Resolution ist entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter Gruppe 4: Alten- und behindertengerechtes Bauen. Der Antrag ist entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter Gruppe 4. Der Einsatz von Mitteln für die Seniorenwohn- und -pflegeheime. Der Antrag ist entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 4: Die Koordination der Gebietskörperschaften bei der Lösung von Flüchtlingsfragen. Auch dieser Resolutionsantrag ist entsprechend unterstützt.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Antrag der Gruppe 4: Kostenreduktion des geförderten Wohnbaues. Entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 5: Erster Resolutionsantrag. Die Errichtung eines Spitalsombudsmannes oder einer -ombudsfrau. Auch dieser Antrag ist entsprechend unterstützt.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter Gruppe 5: Die Resolution, betreffend den Natur- und Landschaftsschutz und den darin praktizierten sanften Tourismus. Entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter Gruppe 5, die Abfallverwertung, -entsorgung und der Sondermüll. Entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 6. Der Antrag beinhaltet das Konzept der Neuen Bahn und die Forderungen für das Bundesland Steiermark. Entsprechend unterstützt.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Nächster Resolutionsantrag: Die Forderung nach einem Grenzlandvertrag mit dem Bund. Entsprechend unterstützt. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Nächster: Die zukunftsorientierte Entwicklung der Obersteiermark. Auch hier bitte ich um Abstimmung.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen zur Gruppe 7, letzter Antrag, letzte Resolution, betreffend die Obersteiermark-Offensive.

Auch hier ist eine entsprechende Unterstützung gegeben. (21.05 Uhr.)

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Dienstpostenplan.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann (21.06 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

In der allgemeinen Verwaltung wird es 7917 Dienstposten geben, plus Ganzjahresposten 326, das macht 8243. Weiters gibt es Dienstposten für Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen, 50 Prozent Refundierung durch den Bund, 438 Posten, Dienstposten zu Lasten der einzelnen Wirtschaftsbetriebe 373, Dienstposten zu Lasten der einzelnen

Sozialhilfverbände 443, und das macht zusammen 9498,42 Dienstposten, zu denen noch die 7400,52 Dienstposten für die zur Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten kommen – gegen vollen Ersatz der Bezüge. Das macht insgesamt 16.898,94 Dienstposten.

Ich bitte um Annahme. (21.07 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen.

Der Dienstpostenplan ist mit Mehrheit angenommen.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan: Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer (21.08 Uhr): Hohes Haus!

Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan sieht unter Pkw 114 Fahrzeuge vor – das sind um zehn weniger –, bei Kombinationsfahrzeugen 278 – das ist ein Plus von elf –, bei Lkw 92 – ein Plus von einem – und bei Spezialfahrzeugen 91 – das ist ein Minus von 68 Fahrzeugen.

Ich bitte um Annahme des Kfz-Systemisierungsplanes. (21.08 Uhr.)

Präsident Wegart: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen.

Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan ist somit mit Mehrheit angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1260/1, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Karl Rainer das Wort.

Abg. Rainer (21.09 Uhr): Herr Präsident!

Ich beantrage, die Vorlage anzunehmen.

Präsident: Wer mit der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1260/1, über den Landesvoranschlag 1991, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Damit ist der Landesvoranschlag 1991 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1261/1, Beilage Nr. 110, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer (21.09 Uhr): Die Vorlage beinhaltet die Ermächtigung durch Gesetz zur Aufnahme von 3 Milliarden Schilling zur Finanzierung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes.

Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß mehrheitlich angenommen. Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (21.10 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 846/5, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Förderung des Einbaues von Abgasrückführsystemen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Ludwig Rader. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Rader (21.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir hatten beantragt, ein anderes System außer den berühmten Kats auch zu fördern. Im Gegensatz zur Vorarlberger Landesregierung will das die Steiermärkische nicht tun.

Der Finanz-Ausschuß hat Ihnen empfohlen, das zu akzeptieren. (21.11 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1103/3, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Zellnig, Freitag, Hammer und Genossen, betreffend die bessere Dotierung der Steirischen Förderungsaktion für regional eigenständige Initiativen (STEFREI).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Walter Kohlhammer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Kohlhammer (21.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich stelle den Antrag, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. (21.11 Uhr.)

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1221/3, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Schriftwieser, Günther Ofner, Schoiswohl, Kohlhammer und Genossen, betreffend die Aufstockung der Umweltschutzausgaben im Landesbudget.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kanape (21.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage – ich habe bereits am ersten Budgettag darauf hingewiesen –, eingebracht am 6. November 1990, beschlossen in der Regierung am 19. November 1990, betrifft die Aufstockung der Umweltschutzausgaben im Landesbudget.

Ich ersuche, diese Aufstockung zur Kenntnis zu nehmen. (21.12 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin seine Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmig Annahme fest.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1259/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht 1989.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kanape (21.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Dem vorliegenden Geschäftsbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Hypothekenbank Steiermark wurde im Bericht der Pflichtprüfer für das Jahr 1989 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk gegeben. Es wird ein Reingewinn von 8,920.988,67 Schilling ausgewiesen.

Die Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich stelle daher namens des Finanz-Ausschusses den Antrag um Zustimmung und ersuche gleichzeitig, den Mitgliedern des Aufsichtsrates, dem Vorstand sowie den Beamten und Angestellten der Landes-Hypothekenbank Steiermark den Dank auszusprechen. (21.13 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1266/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaften samt Anlagen und Fahrzeugsmittele der ehemaligen Landesbahnstrecke Preding-Wieselsdorf-Stainz an die Marktgemeinde Stainz zum Gesamtverkaufserlös von 1.200.000 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Löcker, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ing. Löcker (21.14 Uhr): Der Inhalt des Antrages: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Dem Verkauf der Liegenschaften samt Anlagen und Fahrzeugen der ehemaligen Landesbahnstrecke Preding-Wieselsdorf-Stainz an die Marktgemeinde Stainz zum Gesamtverkaufspreis von 1.200.000 Schilling wird zugestimmt". (21.14 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1267/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 364, KG. St. Peter-Freienstein, im Ausmaß von 81.708 Quadratmeter zu einem förderungskonditionierten Preis von 1,2 Millionen Schilling an die Firma Industriepark Verwaltungs-Ges. m. b. H. 8792 St. Peter-Freienstein und die Gewährung einer Zinsgarantie.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann (21.15 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Es ist eine Regierungsvorlage, die den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 364, KG. St. Peter-Freienstein, im Ausmaß von 81.708 Quadratmeter zum Inhalt hat. Es soll zunächst der Verkauf dieser landeseigenen Liegenschaft an die Industriepark Verwaltungs-Ges. m. b. H. St. Peter-Freienstein genehmigt werden, und zum Zweiten soll der Industriepark Verwaltungs-Ges. m. b. H. für die ihr im Rahmen der Aufschließungsmaßnahmen entstandenen beziehungsweise noch entstehenden Zinsaufwendungen für den Zeitraum seit der Darlehenszuzahlung bis spätestens 31. Dezember 1995 maximal ein Betrag von 10 Millionen Schilling vergütet werden.

Ich bitte um Annahme. (21.15 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1268/1, betreffend den Verkauf des Grundstückes 597/5 der Landtafel 1533, KG. Weng, mit dem darauf befindlichen Gasthof „Gesäuse“ mit Dependance an Ernst Leitner, Trofaiach, Teichgasse 25, zum Preis von 2.000.000 Schilling und Einräumung der Option für das Grundstück 597/2 der Landtafel 1533, KG. Weng.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ussar (21.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Diese Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betrifft den Verkauf des Grundstückes 597/5 der Landtafel Weng mit dem darauf befindlichen Gasthof „Gesäuse“ mit Dependance an Ernst Leitner, Trofaiach, Teichgasse, zum Preis von 2 Millionen Schilling. Die Legende liegt vor, auch der Antrag.

Ich bitte um Annahme. (21.16 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1270/1, betreffend die Bereitstellung eines weiteren Förderungsbeitrages an die Österreichische Hagelversicherungsanstalt sowie Genehmigung der Bedeckung des dafür erforderlichen Betrages in Höhe von 3,356.000 Schilling durch Aufnahme von zusätzlichen Darlehen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Trampusch (21.17 Uhr): Hohes Haus!

Der Bericht des Finanz-Ausschusses beinhaltet die Bereitstellung eines weiteren Förderungsbeitrages an die Österreichische Hagelversicherungsanstalt sowie

Genehmigung der Bedeckung für 3.356.000 Schilling durch Aufnahme von zusätzlichen Darlehen.

Ich ersuche, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. (21.17 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1272/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1990 (7. Bericht für das Rechnungsjahr 1990).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer (21.18 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Es ist dies der 7. Bericht für das Rechnungsjahr 1990, und zwar betreffend eine Mehrausgabe von 1.354.254,18 Schilling. Diese Ausgabe ist genau aufgeschlüsselt. Sie wurde im Finanz-Ausschuß genehmigt.

Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (21.18 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

13. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1178/1, betreffend den Landesrechnungsabschluß 1989.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer (21.19 Uhr): Hohes Haus!

Es handelt sich hierbei um den Landesrechnungsabschluß des Jahres 1989, der in den Bänden 1 und 2 vorlag und im Kontroll-Ausschuß einer eingehenden Erörterung unterzogen und mit Mehrheit dort angenommen wurde.

Ich beantrage daher die Annahme des Rechnungsabschlusses 1989. (21.19 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

14. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1273/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rupert Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger (21.20 Uhr): Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Der Bericht über die Lage der Land- und Forstwirtschaft liegt dem Landtag jährlich zur Beschlußfassung vor. Auch diesmal wieder.

Ich darf beantragen, diesem Bericht die Zustimmung zu erteilen. (21.20 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

15. Antrag, Einl.-Zahl 1297/1, der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Bacher, Beutl, Buchberger, Dr. Corrolez, Prof. Dr. Eichtinger, Göber, Grillitsch, Dr. Kalnoky, Kanduth, Kollmann, Kröll, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Dr. Rupp, Schweighofer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Prof. DDr. Steiner und Ing. Stoisser, betreffend die Erlassung einer Novelle zur Landtagswahlordnung auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß Paragraph 36 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und gemäß dem I. Abschnitt des Steiermärkischen Volksrechtsgesetzes, LGBl. Nr. 87/1986.

Es liegt keine Wortmeldung vor.

Gemäß Paragraph 36 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 ist für einen Beschluß auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens ist mit Mehrheit angenommen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek.

Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek (21.21 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen im Namen meiner Fraktion herzlich danken für die letztlich doch immer wieder gefundene gute Zusammenarbeit in diesem Haus. Ich bedanke mich auch bei Ihnen persönlich, daß Sie mir die ersten sieben Monate freundlich entgegengekommen sind. Ich habe natürlich als Neuer in der Politik das eine oder andere Verhalten, das in der Politik noch ungewöhnlich ist, und ich befürchte, daß es dabei bleiben wird, daß ich bestimmtes Politikerverhalten, die ohnedies, Gott sei Dank, die Minderzahl darstellen, auch nicht annehmen werde. Das war aber jetzt wirklich keine Spitze gegen den Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Er hat mich heute angesprochen. Wir haben zumindest unsere Positionen der Kränkung abgesteckt, wenn ich das so formulieren darf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir gehen in ein Wahljahr, und ich bitte darum, daß wir uns diese

Form der Zusammenarbeit erhalten, denn auch ein Wahljahr muß ein Arbeitsjahr sein. Das ist ganz wichtig, über alles hinweg ist das entscheidend. Wir sind für das Land da und haben für das Land zu wirken. Ich möchte noch sagen, daß wir mit diesem heurigen Budget für dieses nächste Jahr sicherlich nur mit einem Unikat rechnen können. Das ist eine nicht wiederholbare Sache, das ist die Verpflichtung, in der Zukunft besonders sorgsam umzugehen. Man kann sich in der Budgetpolitik vielleicht einmal eine Zacke nach oben – um das so zu formulieren – leisten. Aber es bedarf wirklich unser aller Anstrengung. An der Spitze wird das natürlich ein Problem der beiden großen Kräfte sein, daß wir die Budgetneuerschuldung wieder in den Griff bekommen. (Abg. Mag. Rader: „Das habe ich schon öfter gehört!“) Das mag sein, das bedeutet nicht, Ludwig Rader, daß es einmal eine solche Zacke geben kann, auch geben muß. Die Frage ist, ob uns im weiteren eine Konsolidierung gelingt, und ich verhehle auch nicht, daß wir nicht nur und in erster Linie uns um die Ausgabenseite kümmern sollen und dürfen, sondern daß auch die Einnahmenseite zu berücksichtigen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allen Beamten, allen Bediensteten, vor allem unseren Damen ein herzliches Danke für die geleistete Arbeit, ein herzliches Danke auch an alle Kollegen in der Regierung, an die Damen und Herren des Landtages und natürlich, keine Frage, an die Präsidenten, an der Spitze Herrn Präsident Wegart. Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute, ruhige, schöne Weihnachten. Es ist ein bißchen eine Zeit, wo man die Möglichkeit hat, sich dort wiederzufinden, was eigentlich der letzte und wichtigste Anker und Hafen ist, in den man zurückkehren kann, wo Geborgenheit und Liebe eine entscheidende Rolle spielen, und bei jedem, bei dem das möglich ist, dem wünsche ich alles Gute auch für die Familie. Ich danke Ihnen schön. (Allgemeiner Beifall. – 21.24 Uhr.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (21.24 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich bin eigentlich berührt von dem, was Sie gesagt haben, Herr Kollege. Ich freue mich sehr über den Ton, den Sie gefunden haben, weil das im Laufe der vielen Jahre, die ich diesem Hohen Haus angehöre, Gott sei Dank, sage ich, immer wieder der Fall war. Wer aufmerksam diese Tage verfolgt hat, mußte den Eindruck gewinnen, der sich nicht nur in einem vordergründig – sentimental – Sinn mir auch immer wieder aufgedrängt hat in den vergangenen Jahren, nämlich, daß es hier die harte Auseinandersetzung gibt. Sie hat auch diesmal nicht gefehlt, wenngleich sie durchaus im Rahmen geblieben ist. Daß aber trotzdem eigentlich alle Repräsentanten des Hohen Hauses letztendlich wissen, daß es um unser Land und um die Menschen unseres Landes geht. Ich bin gestern am Abend bei dieser Startveranstaltung Dialog, Tag der Steiermark in der Marienkirche und im Kammersaal gewesen, und es hat dort in einer außerordentlich aufrichtigen Weise am Forum eine auch sehr kontroversielle Diskussion zu Fragen der Kirche gegeben. Nicht nur zugelassen,

sondern sozusagen gewünscht, was in dieser zweitausendjährigen Institution ja nicht immer so war und, die Zeiten sind gar nicht so fern und auch die Gegenwart ist nicht ganz befreit davon, auch gar nicht von allen gewünscht wird. Aber es hat auch dort den Dialog wirklich gegeben. Und es hat mich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Prof. Karl Lehmann aus Mainz, tief beeindruckt, ein bedeutender Theologe, war lange Assistent des Prof. Raner, des berühmten Jesuitentheologen, und er hat zum Dialog so Überzeugendes gesagt, daß ich – ich sage es noch einmal – tief berührt gewesen bin von dieser Selbstvergessenheit, die aber gepaart war mit einem Selbstbewußtsein im Hinblick auf die Notwendigkeit, aufeinander zuzugehen. Wir waren jetzt kurz bei „30 Jahre Forum Stadtpark“, und auch dort ist, für mich jedenfalls, immer ein Signal seit der Gründung dieses Zeichens der Modernität des Geistes in unserem Lande da, der Begegnung mit Menschen, die dem Experiment in die Zukunft hinein verpflichtet sind, in einer Stadt, die so große Traditionen und auch so viel Konservativität ausstrahlt.

Ich möchte Ihnen also auch sehr herzlich danken meinerseits, und ich habe am ersten Tag anlässlich der Diskussion über unsere Einsatzorganisationen und die innere Sicherheit Gelegenheit gehabt, kurz über dieses Rumänien-Erlebnis zu berichten. Und ich habe mir ein Havel-Zitat heraussuchen lassen, das sich mir in diesen Tagen so aufgedrängt hat und das ich selber von ihm bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele gehört habe, in dieser tschechischen Sprache, die uns ja eigentlich so fremd ist und die, von einem Menschen wie Vaclav Havel gesprochen, auch in der Sprachmelodie so wohlthuend und überzeugend geklungen hat. Er hat tschechisch gesprochen, und es ist dann deutsch übersetzt worden. Und da hat er unter anderem gesagt, befragt zu seinen Gefühlen nach der Wahl als Präsident: „Es ist ein äußerst eigenartiges Gefühl“, hat er gesagt. „Ein wenig könnte man es mit dem Kater nach irgendeinem wilden Bummel vergleichen, ein wenig mit dem Erwachen aus einem schönen Traum in die häßliche Alltagsrealität. Wir begriffen, daß die Poesie zu Ende gegangen war und die Prosa begonnen hatte. Der Karneval war zu Ende, und der Alltag begann. Und eigentlich erst jetzt ging es uns auf, wie schwer die Last wiegt, die wir auf uns genommen hatten.“ Ein solcher Mann kann das nicht nur überzeugend formulieren, er deckt es auch mit seiner Existenz, und es ist mit unserer Situation überhaupt nicht vergleichbar, aber erweisen wir uns sozusagen auch solcher Worte würdig. Das wäre ein aufrichtiger Wunsch.

Zum Schluß auch ein Dank eben an jene, die in den Ruhestand getreten sind in diesem Land, die eine Lebensleistung vollbracht haben – viele von ihnen eine überzeugende. Es ist ihnen zum Teil persönlich von den zuständigen Referenten gedankt worden, stellvertretend den Abteilungsvorständen Dattinger, Ehal – ich habe das auch getan –, Holzer, Bezirkshauptleute Robert Kaufmann, Manfred Maier, Karl Schindelka und den beiden sehr bedeutenden Abteilungsvorständen Dr. Tito Kriegseisen – eine ganz ungewöhnliche Erscheinung – und dem Hofrat Dr. Josef Schaffer.

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, auch persönlich ein frohes Weihnachtsfest wünschen, Glück

und Segen für 1991, und Ihnen, Herr Landesrat Dr. Klauser, die Sie im Augenblick nicht im Saale sind oder jedenfalls die liebste Ecke nicht einmal besetzt, trotzdem sagen: Herzlichen Dank für Ihre Anstrengung und Mühewaltung bei diesem Budget. Aber wir sind uns in dieser Frage einig – ganz sicher. Das ist einmal möglich, es ist das nächste Mal sicher nicht möglich, wie immer die Konstellation in diesem Hause aussehen mag – das nächste Mal. Wenn sie verantwortungsbewußt mit diesem Budget des Jahres 1992 umgeht, wird sie in erster Linie darüber nachzudenken haben, wie man es wieder stabilisieren kann. Denn wir haben sehr wohl gehalten, was wir versprochen haben, Herr Kollege Rader, ich trete in keine neue Diskussion ein, im Schnitt der Jahre, im Hinblick auf die Nettoverschuldung – sehr wohl –, und nur deshalb war das Budget 1991 in der Weise möglich zu beschließen, weil wir vorher streng darauf gesehen haben, daß die Hürde nicht übersprungen wird. Aber es wird notwendig sein, anders mit dem nächsten Budget umzugehen. Aufrichtigen Dank, alles Gute! (Allgemeiner Beifall. – 21.33 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Nach einer Dauer von 38 Stunden und zehn Minuten haben sich die Abgeordneten und neun Regierungsmitglieder zu insgesamt 166 Wechselreden gemeldet. Ich stelle fest, daß das ein einsamer Rekord ist. Damit hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1991 und die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Punkte beendet und das Arbeitsjahr abgeschlossen. Es wurden 238 Anträge von Abgeord-

neten, 260 Regierungsvorlagen, ein Auslieferungsbegehren, elf dringliche Anfragen und 16 Petitionen eingebracht sowie 367 Beschlüsse, darunter 19 Gesetzesbeschlüsse, gefaßt. Außerdem wurden bei vier Landtagsitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, 84 Anfragen von Abgeordneten eingebracht. Von besonderer Bedeutung war auch die Arbeit der Landtags-Ausschüsse, welche in 103 Sitzungen die vom Landtag beschlossenen Geschäftsstücke vorbereiten haben.

Meine Damen und Herren, damit ist auf die so oft gestellte Frage eine sehr überzeugende Antwort mit diesen dürren Zahlen gegeben, welcher Fleiß, welche Hingabe und welcher Mut sich verbirgt, um diese Leistung zu erbringen.

Ich komme gerne einer Ehrenpflicht nach und darf den Damen und Herren des Landtagsstenographendienstes sowie den Damen und Herren der Landtagspräsidialkanzlei in Ihrem und in meinem Namen Dank und Anerkennung für ihre vorbildliche Arbeit und Leistung zum Ausdruck bringen. (Allgemeiner Beifall.) Ohne Murren haben sie alles über sich ergehen lassen. Erlauben Sie mir, Ihnen allen sowie Ihren Familien einen stimmungsvollen Heiligen Abend, frohe und erholsame Weihnachtsfeiertage und ein kräftiges Glückauf für 1991 zu wünschen. Unserer Heimat und der Welt wünschen wir vor allem den Frieden sowie den Menschen die Gesundheit, weil sie zu den höchsten Glücksgütern unseres Daseins gehören. Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall. – Ende der Sitzung 21.36 Uhr.)